

DRINGLICHKEITSANTRÄGE

1) Novellierung des Steiermärkischen Behindertengesetzes (StBHG), bezüglich „Lohnkostenzuschuss für Gemeindebedienstete in der Privatwirtschaftsverwaltung“; Petition an die Steiermärkische Landesregierung

GR. Mag. **Kowald** stellt namens von ÖVP, SPÖ, Grüne, KPÖ und FPÖ folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. Mag. **Kowald**: Geschätzter Herr Bürgermeister, werte Gemeinderätinnen und Gemeinderäte aller Fraktionen, liebe Zuschauerinnen und Zuschauer! Bis zum Inkrafttreten des Behindertengesetzes 2004 war es so, dass Menschen mit Behinderung im Gemeindedienst und Landesdienst zu 40 % gefördert wurden über die Sozialhilfeverbände oder bei uns in der Stadt Graz vom Magistrat und zu 60 % vom Land Steiermark. Gefördert heißt aber nur, Lohnkostenzuschuss. Hat nichts zu tun mit Bruttokosten oder Nettokosten. Lohnkostenzuschuss heißt nach dem derzeitigen Landesbehindertengesetz maximal 540 Euro pro Monat, abhängig vom Behinderungsgrad. Das war eine vehemente Änderung im gesamten Gemeindedienst der Steiermark und natürlich auch für uns als Magistrat. Die viel vehementere Änderung war aber schon im Jahr 2003, da wurde verfassungsrechtlich vom Nationalrat natürlich in dem Fall die berufliche und die soziale Reha strenger getrennt, berufliche Reha ist eine Sache des Bundes und soziale Reha eine Sache der Länder und das ist so in der Form nicht ganz ok, es ist nämlich so, für unsere Menschen mit Behinderung bei der Stadt Graz oder bei den Gemeinden kriegen wir vom Bund logischerweise nichts, weil es gibt ein Übereinkommen zwischen Bund, Ländern, dass der Bund uns nicht fördert. Das heißt, es ist im § 40 Abs. 2 Satz 3, denke ich, wenn ich jetzt ganz richtig bin, drinnen, dass die Menschen mit Behinderung im Gemeindedienst zu 100 % von der Gemeinde selbst finanziert werden müssen und die Menschen mit Behinderung im Landesdienst zu 100 % von den Ländern selbst. Was hat das für Folgen gehabt? Das Behindertengesetz ist ja gemeinsam mit Menschen mit Behinderungen entstanden. Ich habe das im Jahr 2004 bei Round-Table-Gesprächen beim damaligen Landesrat sehr oft angesprochen, dass das nicht förderlich ist, bin aber auf keine Zustimmung

gestoßen. Man hat aber damals auch nicht absehen können, wohin sich das entwickelt budgetär oder finanziell und, und, und. Jetzt ist es aber so, dass man die Folgen erstmals kennt; was ist die Folge in der Steiermark und die Folge bei den Gemeinden? Wir haben eine Arbeitslosigkeit von Menschen mit Behinderung von 30 %, es ist schon einmal denkbar schwierig zu den Zahlen zu kommen. Ich habe telefoniert mit AMS, Landesstelle, Bundesbehindertenanwaltschaft, Landesbehindertenanwaltschaft und, und, und, aber 30 % ist mit Sicherheit richtig, teilweise sind die Zahlen anders angegeben. Es ist aber so, dass etwa 30 % der Menschen mit Behinderung teilweise dauernd auf Kurse geschickt werden, auf Umschulungen, damit sie aus der Arbeitslosenstatistik rausfallen. Im Ergebnis ist es so, dass etwa jeder zweite arbeitsfähige und arbeitswillige Mensch mit einer Behinderung keinen Job hat und arbeitslos ist. Und das ist das, was eigentlich die Aufgabe des öffentlichen Dienstes schlechthin sein sollte, für Menschen mit Behinderungen da zu sein und Nischen anzubieten, weil der öffentliche Dienst ist so, es gibt so viele Bereiche und so viele Nischen, man findet immer sehr gute Arbeitsmöglichkeiten für Menschen mit Behinderung. Aber genau das wird nicht gefördert. Es ist so, wenn wir jetzt weiter überlegen, der öffentliche Dienst, das ist zum einen die Hoheitsverwaltung Artikel 15 BVG, wer es genau wissen will, und es ist natürlich die Privatwirtschaftsverwaltung im Artikel 17 BVG, ganz kurz geregelt. Es ist so, dass etwa zwei Drittel, bis zu 80 % würde ich sagen, der Menschen mit Behinderung bei den Gemeinden in der Privatwirtschaftsverwaltung tätig sind, nicht sehr viele Menschen mit Behinderung werden eingesetzt dazu, um Bescheide anzufertigen, um Verordnungen zu entwerfen und, und, und. Also hauptsächlich in der Privatwirtschaftsverwaltung und in der Privatwirtschaftsverwaltung nach Artikel 17 ist es ja grundsätzlich so, wenn man da jetzt wieder den 7er-BVG reinliest, sollte die Privatwirtschaft draußen mit der Privatwirtschaftsverwaltung 1 : 1 gleichgestellt sein. Das heißt, es könnte eine Verletzung des Gleichheitsgrundsatzes vorliegen. Ich habe genau aus diesem Grund bereits im Jahr 2008 eine Bescheidbeschwerde an den Verwaltungsgerichtshof erhoben, weil dort hatte ich Parteistellung und warte noch immer auf eine Entscheidung. Viele Leute geben mir sehr Recht und sagen, dass wird kommen, aber man wird sehen. Wenn die Entscheidung so ausfällt, wie ich mir das denke, dann wird es so sein, dass das automatisch an den Verfassungsgerichtshof weitergeht und dann fällt die Regelung im § 40 Abs. 2 entweder zur Gänze oder es muss differenziert werden vom Landesgesetzgeber.

Das wurde vom Landesgesetzgeber damals offensichtlich nicht erkannt der Umstand und es ist unsere Aufgabe, wir sind eine Stadt, wir haben 376 Menschen mit Behinderung, Stand 31.12.2008, und wir bekommen keine Subvention für die Menschen mit Behinderung, das ist zurückzuführen, das erstens gute Politik gemacht wird, ich danke auch dem Personalamt für die Unterstützung und für die vielen Informationen, hat auch damit zu tun, dass wir Stadt der Menschenrechte und ich würde sagen, Stadt der Menschenwürde sind. Wenn wir rein auf Finanzen schauen würden, dann würden wir die Türen verschließen und es ist ja so, wir haben gesagt, Privatwirtschaftsverwaltung und Hoheitsverwaltung, wenn sie zum Beispiel daran denken, wenn wir zum Beispiel das GGZ oder andere Bereiche unserer Stadt auslagern würden in eigene Wirtschaftsbetriebe, dann würden die Menschen mit Behinderung dort gefördert werden, nach dem üblichen Schlüssel 40 % Magistrat und 60 % Land. So kann es nicht sein, da steckt in dem § 40 Abs. 2 fast der Auftrag drinnen, möglichst alles auszusondern aus unserer Stadt oder aus den Gemeinden, so kann es nicht sein und das kann nicht der ernsthafte Wille des Gesetzgebers sein (*Applaus ÖVP*). Da geht es zum Beispiel beim GGZ um 34 Menschen mit Behinderung, ich danke auch an dieser Stelle dem Herrn Dr. Hartinger für die guten Informationen und für die tolle Zusammenarbeit. Es ist so, es muss unser überparteilicher Wille sein, dass wir da etwas ändern, dass es da zu seiner Regelung kommt, es kann auch zu einer Regelung kommen im Bundesgesetz, nämlich dass sich das Bundesministerium für Soziales, das die Förderungen auszahlt über das Bundessozialamt, dafür verantwortlich fühlt für die Privatwirtschaftsverwaltung. In der Privatwirtschaftsverwaltung sollte man ja behandelt werden wie ein privater Betrieb. Das ist auch ein Ansatz.

Deswegen stelle ich im Namen aller Klubs den gemeinsamen

d r i n g l i c h e n A n t r a g :

Der Grazer Gemeinderat möge sich am Petitionsweg an den Landtag wenden und der Landtag möge § 40 Abs. 2 Behindertengesetz dahingehend novellieren, dass Menschen mit Behinderung im Gemeindedienst, wenn sie in der Privatwirtschaftsverwaltung eingesetzt werden, Förderungen nach dem üblichen Schlüssel (40 % Sozialhilfeverband oder 40 % Magistrat und 60 % Land bekommen).

Ich hoffe auf Ihre Zustimmung und hoffe, dass wir gemeinsam mehr erreichen können, um die Arbeitslosigkeit wieder besser zu schaffen. Danke (*Applaus ÖVP*).

GR. **Grosz** zur Dringlichkeit: Sehr geehrte Damen und Herren, hoher Gemeinderat! Kollege Kowald, Respekt für diesen Antrag. Ein Antrag, der sich richtigerweise mit der Katastrophe von der Arbeitslosigkeit von Menschen mit Behinderung auseinandersetzt. Mit Menschen, die im besonderen Ausmaß von der Wirtschaftskrise betroffen sind, mit Menschen, die im besonderen Ausmaß durch die Wirtschaftskrise in ihren Möglichkeiten eingeschränkt sind, das ist das Bestreben der österreichischen Zivilgesellschaft, Menschen mit Behinderung auf dem ersten und zweiten Arbeitsmarkt dauerhaft abzusichern, variierend damit Gleichberechtigung endlich nach Jahrzehnten der Ungleichbehandlung walten zu lassen. Nur gestatten Sie mir, Kollege Kowald, dass, obwohl die hehren Ziele de facto auch vorhanden sind und begründet sind, dass ich es für den falschen Weg halte und zwar aus einem schlichtweg einfachen Grund, weil hier nicht gesehen wird offenbar, dass sich de facto alles aus einer Hand finanziert, nämlich aus der Hand des Steuerzahlers und ob ich jetzt in die Tasche des Bundes greife oder in die Tasche des Landes greife oder in die Tasche der Stadt Graz greife, es ist...

Zwischenruf unverständlich.

GR. **Grosz**: Nein, ich bin auch nicht Landtagsabgeordneter und ich glaube, ich spreche jetzt für die Steuerzahler, es ist die gleiche Summe. Ich glaube daher, dass dieses Verschieben in den Töpfen zwischen Land, Bund und Gemeinden, gerade in diesem Bereich, wo wir wissen, dass es in anderen Bereichen noch schwieriger ist, nicht sinnvoll ist, sondern ganz im Gegenteil. Ich glaube, gerade in der Zeit, wo wir Betrieben in Österreich, auch durch die Krise ausgelöst, immer weniger ermöglichen Menschen mit Behinderung endlich einzustellen, haben die Körperschaften

öffentlichen Rechts, Bund, Länder und Gemeinden, eine noch größere Vorbildwirkung und daher lege ich darauf Wert, dass wir jene Körperschaften, die wir mit dem Gesetz erreichen nicht zu ihrer gesetzlichen Verpflichtung noch ein Zuckerl dazuschicken. Schlichtweg, ich bin der Meinung, dass die Stadt Graz, wie die Stadt Feldbach, wie das Land Steiermark, das Land Kärnten, die Bundesministerien, wie die Gebietskörperschaften öffentlichen Rechts, die Organe dieses Landes, die Organe des Staates die verdammte Pflicht haben, sich als Erste daran zu halten, Menschen mit Behinderung in dieser schwierigen Situation auf dem Arbeitsplatz dauerhaft abzusichern und daher halte ich es für falsch, dass man eine Selbstverständlichkeit noch fördert. Ich halte sehr viel davon, dass wir endlich darüber diskutieren, wie wir in der Privatwirtschaft mehr Menschen mit Behinderung in Beschäftigung bringen. Ich halte sehr viel davon, wie wir einzelne Ministerien, auch öffentliche Körperschaften, davon überzeugen, dass Menschen mit Behinderung am Arbeitsmarkt keine Einschränkung sind, sondern eine Bereicherung sind, dass wir durchaus mit sanften Druck hergehen und auch sagen, ok, auch wenn es manchen wehtun dürfte, aber wir verdoppeln die Ausgleichstaxe. Ich halte nach wie vor die Ausgleichstaxe für viel zu gering, weil es sehr viele Betriebe in diesem Land gibt, und Kollege Kowald, Sie werden mit mir darin durchaus übereinstimmen können, dass es sehr viele Betriebe gibt, die sich von ihrer moralischen und gesetzlichen Verpflichtung freikaufen und zwar mit einer sehr gering bemessenen Ausgleichstaxe. Und daher wäre die richtige Initiative unbeschadet des Respekts vor Ihrem Antrag, die richtige Initiative, hier auch dafür einzutreten und im Besonderen dafür einzutreten, dass wir mit einer Verdoppelung der Ausgleichstaxe es Betrieben schwerer machen, sich aus ihrer moralischen Verpflichtung freizukaufen. Und ich glaube das würde schlussendlich sehr vielen Menschen in Österreich endlich ihr Grundrecht auf Beschäftigung geben. Ich habe die große Ehre gehabt, am Bundesbehindertengleichstellungsgesetz selbst mitarbeiten zu dürfen, legislativ wohlgerichtet, weil Experte bin ich, wie gesagt, auch keiner. Aber legislativ damals mit dem Minister mitzuarbeiten, mit Herbert Haupt, der dieses Bundesbehindertengleichstellungsgesetz legislativ auf die Reise geschickt hat und erstmals in Österreich in diesem Bereich ein Unrecht versucht hat leichter zu machen, dieses Unrecht zu tilgen. Ich glaube daher, dass auch das Bundesbehindertengleichstellungsgesetz in sehr vielen Dingen valorisiert, adaptiert und novelliert gehört, weil es für mich noch immer viel zu, auf gut steirisch gesagt,

latschert ist. Ich meine alleine die Adaptierungsarbeiten bei öffentlichen Gebäuden und, und, und, wo Institutionen der öffentlichen Hand, wie in der Steiermark ein Sozialhilfeverband, ich meine, das darf man sich nicht entgehen lassen...

Zwischenruf GR. Hohensinner: Das hätte der Haupt ändern können.

GR. **Grosz.** Ich sehe jetzt, lieber Kollege Hohensinner, ich sehe jetzt keine kontroversielle Debatte, die jetzt zu irgendwelchen provokanten Zwischenrufen, ich bin zumindest... Schau, es gibt einen Antrag vom Gemeinderat Kowald, der richtig und in Ordnung ist, aber für mich in die falsche Richtung geht. Und da wird man mir ja auch, wenn man keinen Zwischenruf tätigt, mir zugestehen, sachlich und inhaltlich dazu Position zu ergreifen und Verbesserungsvorschläge vorzulegen. Denn es kann ja für dich auch nicht, Kollege Hohensinner, als Belastung empfunden werden, wenn hier ein Wettbewerb von guten Ideen stattfindet, ansonsten hast du deine Funktion hier verkannt, das tut mir wirklich leid (*Applaus BZÖ*). Aber was auch sehr wichtig wäre und auch das stärkt den Arbeitsplatz und auch das bringt mehr Menschen in Beschäftigung, wenn wir endlich auch hergehen und die öffentliche Hand zwingen, das Bundesbehindertengleichstellungsgesetz auf Punkt und Beistrich umzusetzen. Der Sozialhilfeverband eines oststeirischen Bezirkes, ich sage jetzt nicht wer, oststeirischer Bezirk, um da gar nicht einen parteipolitischen Konflikt aufkommen zu lassen, leistete sich, dass die öffentlichen Pflegeheime im Jahr 2009 nach Christus und einige Jahre nach Inkrafttreten des Bundesbehindertengleichstellungsgesetzes noch immer nicht barrierefrei sind. Pflegeeinrichtungen, öffentliche Pflegeheime, die nicht barrierefrei sind und die jetzt drohen, Strafzahlungen zahlen zu müssen und der Sozialhilfefonds in diesem Bezirk in die Luft geht, weil die öffentliche Hand in dem Bezirk nicht einmal selbst in der Lage war, ein Grundbedürfnis, ein Grundrecht, wie das Behindertengleichstellungsgesetz in irgendeiner Form diesem nachzukommen. Lieber Kollege Kowald, wir werden dem nicht zustimmen, weil wir andere Wege sehen als Maßnahmen, wo man von einer Hand des Steuerzahlers in die andere fördert und vice versa und zweitens, weil wir der Meinung sind, dass es ohnedies

Verpflichtung der öffentlichen Hand sein muss, egal wo, Pfitschigogerl, Schmauswaberl, Graz, Feldbach, Bund, Land oder wo auch immer, dass gerade die öffentliche Hand ohne Förderung in Zukunft Menschen mit Behinderung einstellt und nicht durch Förderungen gekauft wird. Danke.

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit angenommen.

Bgm. Mag. **Nagl**: Wünscht jemand zum Antrag selbst das Wort, wenn das nicht der Fall ist, möchte ich nur einen kleinen Nebensatz anbringen, weil der Kollege Grosz aus dem Gemeinderat soeben gemeint hat, man sollte über die Ausgleichstaxe nachdenken. Ja, da würde ich mich sehr freuen, wenn auf Bundesebene einmal darüber nachgedacht werden würde, nämlich diese nicht einfach nur anzuheben, sondern einmal den alten Schlüssel zu überlegen. Der Schlüssel zielt nämlich auf Beschäftigte ab. Je mehr Beschäftigte ein Unternehmer aufnimmt, umso mehr Ausgleichstaxe muss er zahlen und all jene, die möglichst ohne Beschäftigten auskommen, müssen auch weniger Ausgleichstaxe zahlen. Das heißt, das System an sich ist aus meiner Sicht vollkommen verkehrt, wir sollten schauen, dass es zur Beschäftigung kommt und eher jene Konzerne, die kaum Mitarbeiter beschäftigen unter Umständen dann da auch zu einer Zahlung veranlassen. Ich glaube, das ist ein wesentlicher Punkt und es gibt noch etwas, was ich da schon sagen möchte, weil wir es erlebt haben. Es steht ja gleich zu Beginn, wir hatten den Zuschuss des Landes im Magistrat, das ist ein Thema, es gibt aber noch ein Thema und das hat mit dem Projekt Step by Step zu tun und wo Ursula Venemann auch versucht hat, auf der Bundesebene einmal ein paar Dämme zu brechen. Wenn wir hier gesagt haben, wir machen ein Europaprojekt und es bekommen Menschen mit einer Behinderung über 50 % und einem Leistungsvolumen dann unter 50 % erstmals Gelegenheit, in Österreich durch ein EU-Projekt begleitet hier im Magistrat einen Job zu finden und wir sagen nach dem EU-Projekt, diese jungen Herrschaften, es sind in dem Fall vier junge Menschen im Alter von 17 und 18 Jahren gewesen, die jetzt bei uns sind, die bleiben dann bei uns, wenn dir dann das Bundessozialamt mitteilt, ja wenn die jetzt einen Job haben, brauchen wir nichts mehr zahlen, dann denke ich mir einmal, in

dem System steckt ein Fehler drinnen, weil wir sollten ja möglichst nicht nur als Kommunen und als Gebietskörperschaften, sondern auch möglichst bei den Privaten endlich erwirken, dass man sagt, ich gebe jemandem einen Job, ich zahle auch für die Leistung, aber trotzdem muss es dahinter ein Sicherheits- und ein Auffangnetz geben und da wird hoffentlich auch in die richtige Richtung gearbeitet. Ich möchte das da nur noch hinzufügen, weil das sind schon Signale, die einmal vom Land und einmal vom Bund ausgegangen sind, die schmerzlich waren und wir als Stadt ersuchen auch wieder am Nächsten den Menschen eh zu helfen, aber wir kennen auch unsere Debatten zum Budget und es wird halt immer mehr in unsere Richtung abgewählt und da müssen wir auch zwischendurch aufzeigen und ich glaube, das ist so ein deutliches Aufzeigen und ich bin dem Mario Kowald dankbar, dass er das heute zur dringlichen Behandlung gebracht hat (*Applaus ÖVP*).

GR. Mag. **Kowald**: Geschätzte Damen und Herren! Nur ganz kurz noch ein Dankeschön an Sie alle, die erstens mitgehen, keine Kritik am Gerald Grosz, aber Gerald, du sitzt ja im Nationalrat und die Gesetze, die du angesprochen hast, sind ausschließlich Bundesgesetze und im Bund wird so viel diskutiert und der Behindertenstatus ist noch lange nicht dort, wo er eigentlich hingehört, also du kannst dich einbringen. Ich hoffe, dass in Zukunft im Land Steiermark es wieder zu einem Umdenken kommt und zu einer Korrektur, nämlich noch vor der Gemeinderatswahl im März 2010 für die gesamte Steiermark. Es gibt ja jetzt einen neuen Landesrat, der meines Wissens selbst irgendwann einmal Bürgermeister war in Thörl, dort gibt es auch blinde Menschen und, und, und. Ich hoffe, dass es wieder zu einer Korrektur kommt dieser Bestimmung, die eigentlich sich ein bisschen falsch entwickelt hat und diese Entwicklung hat man im Jahr 2004 wohl nicht absehen können. Weil dass überhaupt noch so viele Menschen mit Behinderungen in Beschäftigung stehen, hat damit zu tun, dass viele davon einen Kündigungsschutz haben und man nur wartet, bis sie in Pension gehen. Das ist ein trauriger Hintergrund, das ist aber Realität. Ich hoffe, es kommt dazu und wir müssen zukünftig den neuen Landesrat auf die Zehen steigen und sagen, das ist Sache und das fordern wir. Besten Dank (*Applaus ÖVP*).

Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen.

2) Ausweitung des Arbeitsprojekts MitarbeiterInnen von Post und Telekom bei der Polizei und Einrichtung einer permanenten Sondergruppe beim Stadtpolizeikommando analog der SOMO 09

GR. **Rajakovics** und GR. **Pogner** stellen namens von ÖVP und Grünen folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Rajakovics**: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist ein wichtiger Antrag, um das entsprechende Gewicht zu bekommen, nachdem wir mehr Aufmerksamkeit genau diesem Thema widmen sollten, jetzt haben wir uns erlaubt, dass wir ihn auch gemeinsam vortragen, weil wir ihn auch gemeinsam ausgearbeitet haben. Es geht um die Ausweitung des Arbeitsprojekts MitarbeiterInnen von Post und Telekom bei der Polizei und um eine Einrichtung einer permanenten Sondergruppe beim Stadtpolizeikommando analog der SOMO 09. Immer wieder werden wir von Bürgerinnen und Bürgern auf ihr persönliches Sicherheitsempfinden angesprochen. Dieses ist in den vergangenen Jahren deutlich schlechter geworden. Das liegt vor allem daran, dass die sichtbare Polizeipräsenz zurückgegangen ist und die Polizei, wenn sie auf Streife ist, sogar in Parkanlagen, dies mit dem Auto tut und so für die Menschen kaum ansprechbar ist.

Der alte Spruch, „die Polizei dein Freund und Helfer“ muss auch durch Initiativen der Polizei mit neuem Leben erfüllt werden.

GR. **Pogner**: Und damit es wirklich gewichtig ist, stelle ich mich auch dazu, vom Gewicht her ist das eine tolle Geschichte. Und damit Ihr etwas zum Lachen habt. Herr Kollege Eichberger, es ist ernst, deswegen stehen wir auch zu zweit da, weil es so ernst ist. Ein Problem für die Polizei stellt jedoch die tägliche Routinearbeit in den Wachzimmern dar, in welchen viele Bagatelldelikte, wie zum Beispiel

Handydiebstahl, gemeldet werden, deren Bearbeitung ausschließlich für die Versicherungen und die Handybetreiber eine Rolle spielt. Auf das Sicherheitsgefühl und die tatsächliche Sicherheit der GrazerInnen hat diese Arbeit leider gar keinen Einfluss. Es wäre auch für Graz notwendig, zur Bearbeitung genau so gelagerter Fälle MitarbeiterInnen von Post und Telekom zu bekommen.

GR. **Rajakovics:** Bei aller Entlastung, die diese MitarbeiterInnen für die einzelnen Dienststellen bringen würden, bleibt ein Bereich offen: Es gibt in unserer Stadt wechselnde Hot Spots, zurzeit zum Beispiel das Gebiet, ich weiß, es ist irritierend, wenn man zwei Stimmen hört, aber...

Zwischenruf GR. Eichberger: Es ist die Frage, ob das zulässig ist.

GR. **Rajakovics:** Ja, zulässig ist es, haben wir uns vorher erkundigt, brauchst dir keine Sorgen machen. Es gibt in unserer Stadt wechselnde Hot Spots, zurzeit zum Beispiel als Gebiet rund um den Volksgarten, wo es eines besonderen Augenmerks der Exekutive bedarf (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*).

Um diese Missstände zu bekämpfen, wurden immer wieder, zeitlich befristet, Sondereinheiten zusammengestellt. Zuletzt war im heurigen Sommer - von Juni bis August - im Zuge der SOMO 09 eine 15 Mann starke Truppe um Willibald Gutschi aktiv. Das Hauptaugenmerk wurde auf die Drogenbekämpfung gelegt. So konnten alleine in diesen drei Monaten 2,6 kg Suchtgifte sichergestellt und im Rahmen dieser Einsätze auch eine Vielzahl von Verwaltungsübertretungen geahndet werden.

GR. **Pogner:** Vor allem ob ihres Erfolges fällt es der Bevölkerung besonders negativ auf, wenn der Einsatz wieder beendet wird. Für Graz ist eine solche Sondereinheit

von 15 Männern und Frauen, die nicht einem Wachzimmer zugeteilt sind, daher besonders wichtig, ebenso wie die vom Bürgermeister zugesagte Aufstockung der Ordnungswache und deren fixe Stationierung in Parkanlagen.

Namens der im Gemeinderat vertretenden Parteien von ÖVP und Grünen stelle ich daher folgenden

d r i n g l i c h e n A n t r a g :

Der Gemeinderat der Stadt Graz fordert das Bundesministerium für Inneres und das Landespolizeikommando Steiermark auf:

GR. **Rajakovics**: Erstens, das Projekt bezüglich der Mitarbeit von ehemaligen Post-beziehungsweise Telekombediensteten auch auf das Stadtpolizeikommando Graz und ihre Dienststellen auszuweiten und...

GR. **Pogner**: ...und zweitens, eine Sondereinheit mit 15 Männern und Frauen analog der SOMO 09 permanent in Graz einzurichten (*Applaus ÖVP*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Meine geschätzten Damen und Herren! Nachdem ich jetzt viele Wortmeldungen zur Geschäftsordnung habe, darf ich vielleicht gleich zur Geschäftsordnung selbst kommen. Nachdem drinnen steht, dass dem Antragsteller das Wort zu erteilen ist, ist es also nicht möglich, zu zweit, oder der Antragstellerin, deswegen werden wir das hinkünftig bitte wieder auch so handhaben, es ist durchaus möglich und wird auch so gehandhabt von unterschiedlichen Fraktionen, dass mehrere Antragsteller aufscheinen, aber den Vortrag hält bitte einer hinkünftig, damit das mit der Geschäftsordnung vielleicht gleich geklärt ist.

Zwischenruf GR. Eichberger: Könntest du das bitte deinem Klub sagen.

Bgm. Mag. **Nagl**: Werde ich ihm mitteilen. Im Moment bin ich Vorsitzender und werde meine parteipolitische Rolle jetzt nicht spielen.

GR. **Grosz** zur Dringlichkeit: Hoher Gemeinderat, lieber Farkas, lieber Waldbrunn! Wir danken für die nette Doppelkonferenz und für diese Einlage, wir stimmen diesem Antrag selbstverständlich zu, weil es notwendig ist. Wir bestehen aber auf die Feststellung, und das, glaube ich, ist auch im Interesse jener, die den Antrag eingebracht haben, ausschließlich für Verwaltungstätigkeiten. Das ist sehr notwendig, sehr sinnvoll, ich glaube, dass gerade Verwaltungstätigkeiten das sind, was die Polizei hemmt, ich glaube, dass Kollege Rajakovics richtigerweise davon gesprochen hat, die Präsenz der Grazer Exekutive. Wir haben seit dem Jahr 2000 einen gleich bleibenden Personalstand von 715, zwischen 704 und 715 Beamtinnen und Beamten, immer wieder variierend 30 Personen in Karenz oder Herabsetzung der Wochendienstzeit, aber in den letzten neun Jahren, und das muss uns auch bewusst sein, eine gesamt anders gelagerte Sicherheitspositionierung in Graz, in Großstädten Österreichs, nicht zuletzt auch durch die Öffnung der Schengengrenze, logischerweise einen Anstieg der Kriminalität und der Einbruchskriminalität. Ich gebe nur eines zu bedenken und das fordere ich auch ein, dieser Antrag ist gut und richtig, dass wir die Exekutive in ihren Verwaltungstätigkeiten entlasten, aber es entlastet uns und es entlässt uns nicht aus unserer Verpflichtung, endlich dafür einzutreten, dass es zu einer Aufstockung der Exekutive um zumindest 300 Planstellen in der Stadt Graz kommt und es entlässt uns nicht aus unserer Verantwortung, dass wir es nicht zulassen, dass aus dem Grazer Stadtgebiet 100 Exekutivbedienstete an die Peripherie, an Graz Straßgang, verlegt werden. Das entlässt uns nicht, das werden wir tun, ich hoffe, dass es im Gegensatz, und das werde ich auch in anderen Gremien vorschlagen, und das sollte auch nicht Nationalräte aus Graz, wie den Herrn Schönegger, davon entlassen, jenen Anträgen auch zuzustimmen, die hier im

Grazer Gemeinderat mehrheitlich und sinnigerweise noch von seiner eigenen Fraktion unterstützt worden sind. Ich danke.

GR. Mag. **Haßler**: Ich traue mich auch alleine zum Rednerpult wie der Kollege Grosz und möchte für unsere Fraktion einmal vorwegnehmen, dass wir natürlich auch der Dringlichkeit und auch dem Inhalt zustimmen werden. Da gerade ja unsere Fraktion in dieser Periode und in der vergangenen Periode mit dem Klaus Eichberger sehr, sehr viele Initiativen schon gesetzt hat auch, um ein Mehr an Präsenz bei der Polizei zu gewährleisten. Was für uns aber wichtig ist, ist, dass die Rahmenbedingungen bei so einem Wechsel von Post- und Telekommitarbeitern/Mitarbeiterinnen gegeben sind, weil so wie es scheint, ist der Bedarf bei den Polizeistellen selber nicht sehr hoch. Wir haben dort angefragt und es hat offensichtlich eine Rundfrage unter den Polizeidienststellen gegeben, die gestern ausgelaufen ist und die Antwort war, dass offensichtlich sehr wenig geeignete Posten für diesen Wechsel bei der Polizei zur Verfügung stehen. Was auch wichtig ist, dass die Ausbildung nicht so erfolgt, wie sie derzeit geplant ist, nämlich in einem Schnellsiedekurs von drei Wochen und dann in den Polizeidienst, sondern dass doch entsprechend dem, was die Ausbildung eines Polizisten betrifft, nämlich zwei Jahre, auch eine angemessene Ausbildung zumindest dort notwendig sein soll. Was auch nicht sein darf, dass man diese Maßnahme hernimmt, um dann einfach Planposten aufzufüllen und dann zu sagen, es gibt eh genug Polizisten und wir haben das jetzt gelöst. Weil in Wahrheit sind sie ja keine einsatzfähigen Polizisten, sondern eben maximal für die Verwaltung geeignet. Was die Forderung nach einer permanenten Einrichtung einer Sondereinheit betrifft, darf ich darauf verweisen, dass die SPÖ das auch schon immer gefordert hat und dass wir auch selbstverständlich diese Forderung mitunterstützen werden. Es wäre aber schön für uns, wenn dieser Ruf nach mehr Polizei und nach einer permanenten Sondereinheit auch einmal in Wien gehört würde und ich glaube, da kann man jetzt nicht sagen, da ist wieder irgendein böser SPÖ-Minister, oder eine böse SPÖ-Ministerin die uns vielleicht gar nicht empfängt oder was, ich glaube, diesmal ist eure eigene Parteikollegin in Wien die Ansprechpartnerin und wenn ihr dort auch zu zweit auftaucht, glaube ich schon, dass das einen gewichtigen Eindruck machen wird und wenn der Herr Bürgermeister

mitkommt als Parteivorsitzender von Graz, der zweitgrößten Stadt von Österreich, wird es auch entsprechendes Gewicht haben und ich bin überzeugt davon, dass man dann hoffentlich endlich das schaffen, was wir alle wollen, mehr Polizei für Graz und dann können wir uns in Zukunft diese Anträge im Gemeinderat sparen. Danke (*Applaus SPÖ*).

GR. Mag. **Korschelt**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, hoher Gemeinderat! Mir hat schon die Vorgangsweise, die zwei Kollegen, der eine Kollege ist jetzt eh Gott sei Dank hat er sich wieder in die Reihen gesetzt, hat mich schon sehr befremdet und bei dir auch, Herr Bürgermeister, muss ich auch sagen, hat mich das auch sehr gewundert, weil ich kenne dich jetzt lang genug und ich weiß, dass gerade dir die Sicherheit sehr am Herzen liegt und dass du zulässt, dass da deine Vasallen da heraußen eine Show abziehen zu so einem Thema, also da muss ich schon sagen, das wundert mich sehr von dir, also das muss ich dir ganz ehrlich sagen (*Applaus FPÖ*) und da hätte auch gehört, immerhin bist du ja auch der Chef der Magistratsdirektion, hätte schon gehört, dass man vorher gefragt hätte, ist das überhaupt zulässig, dass da zwei Herren zu diesem Thema eine Show abziehen. Ich will nichts sagen, weil man muss ja da sehr aufpassen, weil sonst wird man wieder geklagt dann, was mir passiert ist. Aber es war nicht dir als Bürgermeister würdig diese Show, die da abgegangen ist. Zum Inhalt möchte ich nur sagen, und da kann ich nur in das Horn stoßen, was der Kollege Haßler und was der Kollege Grosz gesagt hat, es ist natürlich schön und es gibt ja Legionen von Anträgen, die hier gestellt wurden, aber es geht ja nicht darum, dass da 15 oder 20 Leute in den Verwaltungsapparat wieder einrücken, was man eh schon erlebt haben, was in den Zeitungen eh schon gestanden ist, was der eine gemacht hat, war natürlich auch nicht gerade sehr klass für die Verwaltung, aber dass da jetzt wieder 15/20 Leute in der Verwaltung sind, sondern es geht darum, und das waren auch immer wieder die Anträge, die ihr gestellt habt, die wir gestellt haben, es geht darum, dass mehr Polizei auf der Straße ist, und natürlich kann man sagen, jetzt werden die von der Verwaltung entlastet und so. Nur wissen wir das ja, das weiß ja im Prinzip jeder, dass die jetzigen Polizisten in der Verwaltung sind, die kommen ja nicht auf die Straße, also die bleiben ja dann trotzdem in der Verwaltung, das Ganze ist natürlich, aber

jede Initiative soll gut sein. Zu den zwei Personen muss ich sagen, der Kollege Pogner ist der Unsicherheits Sprecher der ÖVP und muss ich sagen, da habe ich schon Bedenken, und wenn der Kollege Rajakovics jetzt zum Sicherheits Sprecher der ÖVP ernannt wird, da hätte ich schon Angst, das habe ich auch mit großem Erstaunen gelesen die Geschichte im Volksgarten, wo Sie als großer Promoter dort ein Zelt aufstellen und dort mit den Dealern anfangen wollen Schachspielen dann, also ich halte das für den nicht richtigen Weg und ich glaube, dass die ÖVP, Gott sei Dank muss ich mich nicht hineinmischen, aber hie und da will ich doch aus meinem Herzen keine Mördergrube machen, aber dass die ÖVP jetzt dem Kollegen Rajakovics, gerade dem Kollegen Rajakovics die Sicherheitsproblematik der Stadt Graz überantwortet, da kann ich nur sagen, na pfiat di Gott (*Applaus FPÖ*).

GR. **Schneider**: Eine tatsächliche Berichtigung. Straßgang befindet sich im Stadtgebiet von Graz. Haben Sie so gesagt, das können Sie nicht zuletzt im § 2 unseres Statutes nachlesen. Für die Qualität Ihrer Wortmeldungen sind Sie überbezahlt, kommt mir manchmal vor (*Applaus Grüne*).

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

GR. **Eichberger** zum Antrag: Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ich kann es mir einfach nicht nehmen lassen, zu diesem Antrag auch als Sicherheits Sprecher der Grazer SPÖ natürlich schon etwas dazu zu sagen. Jetzt abgesehen davon, welchen Namen man diesen beiden Vortragenden geben, manche haben überhaupt gesagt, kann der eine nur reden, der andere nur lesen, weil sie zu zweit auftreten müssen, andere haben gesagt, wer ist der Petzi, wer ist der Kasperl, aber ist ja egal, wie gesagt, es war wirklich ein Trauerspiel, wie hier mit Sorgen und mit möglichen Lösungsansätzen in diesem Zusammenhang umgegangen wird, wie ernsthaft dieses Thema vielen in der ÖVP sein muss, dass man hier wie gesagt, zu zweit rausstellt und ein Theater abführt, wie ich es hier noch nicht erlebt habe, obwohl ich jetzt auch

schon einige Jahre hier im Gemeinderatssaal sitze, tätig bin und arbeite. Zur Sache selber, also wenn schon einem nichts Gescheites einfällt, aber, dass die dann zu zweit noch rausgehen und einen so einen Alibiantrag einbringen, das ist nämlich noch überhaupt das Beste an dem ganzen Stück, weil wenn man so tut, also ob man was tun würde und das dann versucht, zu zweit zu verkaufen, ist ja wirklich eine unheimlich ideenreicher Reichtum, den da die zwei Kollegen an den Tag gelegt haben (*Applaus SPÖ und FPÖ*). Aber zur Sache selber. Auch wir von der SPÖ, und nicht zum ersten Mal stehe ich hier und teile das auch mit und ich hoffe, viele von Ihnen wissen es jetzt zwischenzeitlich und wissen auch, dass wir das ernst nehmen, dass uns das Thema Sicherheit ein wichtiges ist, nicht nur zahlreiche Initiativen bis hin zu Unterschriftenaktionen etc. geben Beweis, dass wir das wirklich ernst nehmen und auch die Sorgen der Grazerinnen und Grazer in Bezug auf Sicherheitsdenken einfach vertreten und auch nach Lösungen suchen. Nur, liebe Kollegen von der ÖVP, gerade Sie als Bürgermeisterparteivertreter stellt euch da raus, bringt ihr einen Antrag, wo man natürlich sagt, na ja, da kann man ja eh nicht dagegen sein, aber bitteschön, das kann es ja letztendlich wirklich nicht sein, dass ich sage, ich löse oder zum Teil löse ich die Probleme in Graz mit 15 zusätzlichen Verwaltungsbeamten und unter Umständen mit 15 SOKO-Mitarbeiterinnen und -Mitarbeitern, die möglicherweise, und das wissen Sie, und der Herr Bürgermeister hat immer wieder darauf hingewiesen, ja wo wollen wir denn die zusätzlichen Polizistinnen und Polizisten hernehmen, sie gibt es nicht, weil sie erst ausgebildet werden, heißt im Klartext und das ist die Befürchtung und nicht nur unsere Befürchtung, sondern vor allem die Befürchtung der Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten, dass durch diese Sonderkommissionen die eine oder andere Polizeiinspektion noch weiter ausgehöhlt wird personell, das heißt im Klartext, dass diese Leute dann, diese Beamtinnen und Beamten dann einfach in den Wachzimmern fehlen, weil man eben hier nicht auf einmal zusätzliches Personal bekommt. Und ich hoffe nur, und wir werden, wie gesagt, und Kollege Haßler hat es ja angeschnitten bereits und auch in seiner Wortmeldung kundgetan, wir werden diesem Antrag und haben auch schon der Dringlichkeit zugestimmt, weil es eben auch das Thema auch für uns ist und wir werden letztendlich auch dem Inhalt zustimmen, aber ich gebe hier schon zu bedenken und ich darf vor allem die beiden Antragsteller bitten und insbesondere in Anbetracht dessen, wie sie heute diesen Antrag formuliert haben, dass sie halt irgendeinen Antrag einbringen, appelliere ich vor allem an den Herrn Bürgermeister,

dass diese Aktion, da kann man inhaltlich sicherlich ein bisschen Abstriche machen, aber nicht auch wieder dort endet, wo schon viele angekündigte, medial toll präsentierte Initiativen der ÖVP gelandet sind, nämlich im Nichts. Ich bringen nur hier zwei, drei Beispiele: Ich erinnere mich, wie oft wir über die Radpolizei gesprochen haben, eine tolle Idee des Herrn Bürgermeister, wir statten Polizeibeamte mit Fahrrädern aus und schicken sie durch das Grazer Stadtgebiet, nur es ist nie dazu gekommen, weil es ist immer Herbst geworden und im Herbst konnten sie nicht fahren. Ich denke an die berittene Polizei, ich sehe weit und breit keinen Polizisten auf einem Pferd oder sonst irgendwoher reiten, ich denke an die Geheimgespräche des Herrn Bürgermeister mit Innenministern oder -ministerinnen, um hier entsprechende Personalzuwächse für die Grazer Polizei zu erwirken oder ich denke auch an medial unheimlich gut dargestellte Präsentationen mit dem Innenminister, glaube ich, war das am Grazer Hauptbahnhof, wo hier Patenschaften geschlossen wurden zwischen dem Innenministerium und der Grazer VP oder dem Grazer Bürgermeister. Nur das Ergebnis ist, wir haben weniger Personal in den Wachstuben oder Polizeiinspektionen, wir haben weniger Personal auf den Straßen und wir haben vor allem eines, und das sollten wir auch hier einmal bedenken, die Arbeitssituation, die Belastung, der Druck für die Grazer Polizistinnen und Polizisten wird von Tag zu Tag stärker und stärker. Deshalb bitteschön in Zukunft, wenn wir hier zum Thema Sicherheit, wenn wir hier zum Thema Polizeiverstärkung zusätzliche Initiativen reden, dann danken wir vor allem einmal der Polizei, was sie bisher an Leistungen hier geboten hat, eine hervorragende Arbeit und vor allem an die Adresse der ÖVP-Gemeinderäte, nehmt dieses Thema wirklich ernst und nicht macht ihr hier eine Show aus einem wirklichen Problembereich für die Grazerinnen und Grazer (*Applaus SPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Ich werde eine tatsächliche Berichtigung machen, aber geschätzter Herr Gemeindrat Eichberger, du hast viele Initiativen aufgezählt, berittene Polizei, also diese Idee stammt nicht von mir, wobei ich ein Reiter bin und mir das durchaus auch vorstellen könnte, aber gab es noch keine Forderung. Einen wesentlichen Punkt möchte ich aber versuchen, auch da noch zu erläutern. Wie wir beide wissen, ist durch die Reform, die das Zusammengehen von Gendarmerie und Polizei

notwendig oder ermöglicht hat, je nachdem wie man das gemacht hat, ist eines auf alle Fälle herausgekommen: Der Landespolizeikommandant und sein Stellvertreter uns immer wieder versichert haben, dass sie jetzt auch durch den Zugriff auf alle Uniformierte im Land Steiermark inklusive des Stadtpolizeikommandos die Möglichkeit haben, dort, wo wirklich Hilfe gebraucht wird, diese verstärkt auch einzusetzen. Ganz konkret auch aus dem Land Steiermark aus übrigen Dienststellen Personengruppen abzuziehen und diese dann auch zeitlich begrenzt wo einzusetzen. Dieser Antrag geht schon ein bisschen auch in die Richtung zu sagen, bitte gemeinsames Vorgehen und Leute, die wir aus der ganzen Steiermark zusammenbringen können auch verstärkt im Großraum Graz, wo ja auch die Kriminalitätsrate auch auf Grund der Möglichkeiten gegenüber dem Land, weil da auch einfach leider für Einbrecher oft mehr zu holen ist, dann da gegeben ist, dass wir die da hereinholen und das wäre so wichtig, das haben wir in dem Punkt damit auch gemeint, das heißt, wenn eine Sondereinheit aus 15 Polizistinnen und Polizisten nicht nur im Sommer da sein soll, sondern jetzt auch dableiben soll, ist das ein klares Kennzeichen dafür, dass es auch ginge, weil du gemeint hast, das wird gar nicht gescheit gehen, weil zur Ausbildung brauchen wir zwei Jahre, das wissen wir, da geht es wirklich um Polizistinnen und Polizisten, die auch von woanders herkommen sollen, auch zeitlich begrenzt, und möglichst Graz verstärken, das ist das, was wir hier auch zum Ausdruck bringen wollen. Meine Vasallen sind es nicht, es sind Gemeinderäte, die von der Grazer Bevölkerung gewählt wurden, dass sie mich überrascht haben heute, kann ich da durchaus auch zu Protokoll geben, ich habe auch klar und unmissverständlich festgehalten, dass wir das auch in Hinkunft so nicht mehr handhaben werden (*Applaus ÖVP*). So aber es war beiden Gemeinderäten anscheinend wichtig, aber es ist schön, es ist eigentlich allen wichtig, weil, glaube ich, auch alle mitgehen.

GR. Rajakovics: Wenn es um Ernsthaftigkeit geht zu so einem Thema, sich so lange drüber aufzuhalten ob das von einem oder zwei vorgetragen wird, es war ein Antragsteller und es haben zu zweit ein Text, der euch allen bekannt ist, vorgetragen worden, was zwei Leuten sehr wichtig ist. Ich glaube, daraus abzuleiten, dass das ein Kasperltheater ist, eine Satire von Wilhelm Busch oder Ähnliches ist...

Zwischenruf GR. Eichberger: Den anderen Kollegen ist es wurscht.

GR. **Rajakovics**: Man kann immer versuchen, abzulenken von Inhalten, aber ich nehme es zur Kenntnis, deshalb rede ich jetzt gerne allein. Im Innenministerium, soviel ich weiß ist, ob das gut oder schlecht ist, ist Sicherheit und Integration ein Thema. Das, nachdem ich aus diesem Bezirk Gries komme oder gleich im Anschluss an den Bezirk Lend auch selber wohne und dort sehr viel mit den Bürgern zu tun habe, auch mit den Menschen, die in Parkanlagen gehen, mit den verschiedensten Menschen, glaube ich, dass es kein Problem darstellt, sich über das Thema Sicherheit Gedanken zu machen. Mich hat hier gewundert, dass hier Kollege Korschelt das eigenartig findet, dass man sich zum Thema Sicherheit zu Wort meldet, nachdem man sehr viele Versuche, gerade im Zusammenlegen von Menschen unternommen haben und festgestellt haben, dass einiges möglich ist auf dem Wege der Zivilcourage und nicht zu mehr oder weniger habe ich versucht im Volksgarten hinzuweisen, was im Übrigen immerhin mehr als 200 Leute goutiert haben, die das auch in absehbarer Zeit noch einmal wiederholt wollen wissen. Ich glaube, dass es notwendig ist auf der einen Seite, die Menschen darauf hinzuweisen, dass es nicht wahr ist, dass wir in den Bronx von New York leben, so wie das manche Parteien in Graz gerne der Bevölkerung suggerieren wollen, sondern dass es sehr schöne Parkanlagen...

Zwischenruf GR. Mag. Mariacher: Wer?

GR. **Rajakovics**: Ihr zum Beispiel, die in euren Anträgen immer von, die Menschen können keinen Park mehr betreten und sie müssen einen großen Bogen herum machen...

Zwischenruf GR. Grosz: Das stimmt eh.

GR. **Rajakovics:** ...weil ich glaube, dass das Zusammenrücken in einem Park, das Zusammenhalten von Menschen, die dort leben und im Umfeld leben, sehr wohl möglich ist und es hat gezeigt durch eine Woche Präsenz dort, dass das Sich-Hintrauen, das Nicht-die-eigenen-Kinder-nicht-mehr-in-den-Park-Schicken, nicht die Lösung sein kann und dass wir danach suchen müssen nach Möglichkeiten, wie das gemeinsam funktioniert. Ich weiß schon, dass es euch stört, wenn man nach Lösungen sucht, weil dann vielleicht manche Feindbilder wegfallen, aber ich glaube halt, dass es notwendig ist, diese Schiene der Zivilcourage und dieses Zusammenrücken von Menschen, die rund um einen Park leben, auch zu fördern, weil ich nicht möchte, dass gewisse Gegenden in einer Form abgekanzelt werden und gewisse Parkanlagen in einer Form abgekanzelt werden, die einfach nicht würdig ist. Dort gibt es jetzt überhaupt eine neue Hundewiese, es ist gerade der Spielplatz saniert worden, es gibt eigentlich auch eine große Jugendszene, die sehr nett ist. Also es gibt in diesem Park die Probleme, und da kann man auch gemeinsam unter anderem etwas bewegen, aber nicht nur. Dort wo es hapert, muss man den Finger drauflegen und das ist nur eines, dass die Polizei zuwenig Präsenz zeigt, und ich bin nicht ganz einverstanden mit dem, was der Kollege Haßler gesagt hat, ich glaube sehr wohl, dass es in einer relativ kurzen Einschulungsphase für jemanden, der sein Leben lang am Schalter gearbeitet hat oder auf einem PC gearbeitet hat, Bagatelldelikte auch aufzunehmen. In vielen Fällen, und es ist einfach so, wenn ich mit dem Kollegen Androsch in der Schmiedgasse spreche, wenn 28 bis 30 Handydiebstähle gemeldet werden, von denen er selber sagt, er möchte nicht wissen, wie viele Handys ins Wasser gefallen sind, wo man halt einfach draufgestiegen ist oder die einfach überaltert sind, wo einfach für die Versicherung ein Beleg von der Polizei her muss, damit man auch gratis ein neues Handy bekommt, dann ist das etwas, was man nach einer relativ kurzen Einschulungszeit als Verwaltungsbeamter, glaube ich, durchaus für die Polizei erledigen kann und damit sehr viel Arbeit den uniformierten Polizisten, die eine Exekutivausbildung haben, sehr viel Arbeitszeit zurückgeben kann, in der sie in der Herrengasse, in den Parkanlagen etc. präsent sein können. Deshalb glaube ich, man braucht keine

zweijährige Einschulung für Telekom- und Postmitarbeiter, weil es gar nicht um diese Arbeit geht, die Exekutive, sondern es geht tatsächlich um in erster Linie Verwaltungsverfahren, die dort in diesem Wachstaben abgewickelt werden und sehr viel Zeit bindet und das sollten an und für sich für Beamte, die sie ja schon sind, in einer ansprechenden Zeit von ein paar Monaten in einer Einschulung oder Umschulung möglich sein. Ich danke jedenfalls trotz allen für die Zustimmung zu dem Antrag und ich würde wirklich bitten, ich nehme das sehr ernst das Thema, ich habe mir auch Mühe gemacht, ich mache mir auch Mühe, gerade auch im Umfeld, wo es immer heißt, dort sind zu viele Ausländer, da kann man nicht leben, da ist alles so kompliziert und grauslich, ein Klima zu schaffen, dass die Menschen miteinander können und das ist, glaube ich, schon ein Beitrag zur Sicherheit und deshalb erlaube ich mir zu sagen, wo dann der Missing Link in Richtung Exekutive ist (*Applaus ÖVP*).

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Bürgermeisterstellvertreterin Rucker übernimmt um 19.40 Uhr den Vorsitz.

3) Schnellzugverbindung zwischen Graz und Linz

GR. **Eichberger** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Eichberger**: Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! In meinem dringlichen Antrag geht es um die befürchtete und im Raum stehende Verschlechterung im öffentlichen Verkehrsbereich. Im Konkreten um die Schnellzugverbindung zwischen Graz und Linz. Ich weiß mich mit meinem dringlichen Antrag in sehr guter Gesellschaft, da ja letztendlich auch der Kollege Gemeinderat Mayr vor rund einem halben Jahr hier einen gemeinsamen Antrag, damals nicht in Form eines dringlichen Antrages, sondern in Form eines „normalen“, Anführungszeichen, Antrages hier auf diese

Problematik aufmerksam gemacht hat. Es hat sich zwischenzeitlich auch herausgestellt, dass hier doch einiges an Befürchtungen wahr werden könnte und es hat letztendlich auch die überparteiliche Sozialinitiative „Graz braucht Bewegung“, wo Wirtschaftskammer, Industriellenvereinigung, ÖGB und Arbeiterkammer gemeinsam hier auch zu Verkehrsthemen Stellung nehmen, sich auch in einer gemeinsamen Aussendung hier bereits zu Wort gemeldet, um auf die befürchtete Kürzung beziehungsweise auf die entsprechenden geäußerten Mitfinanzierungswünsche seitens der Kommune an dieser IC-Verbindung aufmerksam gemacht. Und aus diesem Grunde und eben auch weil die Zeit drängt und gegebenenfalls bereits mit der nächsten Änderung es hier zu dieser Reduzierung, zu dieser Verschlechterung dieser unheimlich wichtigen Verbindung kommen könnte und natürlich, jetzt abgesehen davon, dass wir unheimlich viel Mittel, und ich denke jetzt insbesondere auch an den heute noch zu beschließenden Antrag hinsichtlich des Ausbaus Nahverkehrsdrehscheibe Grazer Hauptbahnhof, wo wir einfach hier ein Signal, ein Zeichen setzen, wie wichtig uns das öffentliche Verkehrsmittel ist und auch insbesondere daher, da wir auch wissen, wie wichtig eine gute Erreichbarkeit der Stadt für die Wirtschaftskraft und für das Wirtschaftsleben unserer Stadt ist, ist es nicht einfach hinzunehmen und ist es einfach notwendig, hier ein kräftiges Zeichen und wir glauben, das eben auch, ich sage auch, es wird nicht das einzige sein dürfen und bleiben, dass wir hier ein kräftiges Zeichen setzen, um aufmerksam zu machen, dass diese Verschlechterung, diese Reduzierung von Schnellverbindungen zwischen zwei Landeshauptstädten mit der möglichen Überlegung, hier auch noch mitzukassieren seitens des Bundes, dass dies nicht mit den Vorstellungen der Grazer Gemeinderätinnen und der Grazer Gemeinderäte über die Bühne gehen kann.

Und aus diesem Grund, um eben hier entsprechend vorzuwirken und darauf einzuwirken, dass das hintangehalten wird, stelle ich namens des sozialdemokratischen Gemeinderatsklubs den

d r i n g l i c h e n A n t r a g ,

der Gemeinderat möge die zuständige Verkehrsreferentin Bürgermeister-Stellvertreterin Lisa Rücker und die ressortverantwortliche Verkehrslandesrätin Kristina Edlinger-Ploder beauftragen beziehungsweise ersuchen, umgehend die ÖBB

aufzufordern, die geplante Einstellung der Schnellzugverbindung zwischen Linz und Graz aufzuheben und diese IC-Verbindung beizubehalten. Ich danke euch (*Applaus SPÖ*).

GR. **Grosz** zur Dringlichkeit: Sehr geehrte Damen und Herren, hoher Gemeinderat! Also Kollege Eichberger...

Zwischenruf GR. Mag. Frölich: Jetzt kommt wieder was Persönliches.

GR. **Grosz**: Ich weiß nicht, Herr Kollege Frölich, hast du irgendetwas? Jetzt einmal Grundsätzliches von mir auch zur Geschäftsordnung. Ich glaube, es verhält sich heute jeder eigentlich mehr oder weniger ruhig. Die Beschimpfungen halten sich in Grenzen, es wird durchaus mehr oder weniger sachlich diskutiert, aber dass ich mich da ständig jetzt, das dritte oder vierte Mal, von dir anschweinen lassen muss und ich bezeichne das wortwörtlich als anschweinen, das ist nicht in Ordnung. Also ich ersuche dich wirklich, in Zukunft dich zurückzuhalten, ich habe nichts gegen dich, du hast es eh schwer genug, aber man kann ja nicht ständig den eigenen Frust an mir abladen und ich ersuche das auch im Hinblick, dass die Sitzung heute länger dauert, dich daher diesbezüglich ein wenig zurückzuhalten. Sehr geehrte Damen und Herren, zum Kollegen Eichberger. Also in irgendeiner Form tue ich mir schon schwer und nicht nur ich tue mir schwer, sondern auch die Grünen und auch die Österreichische Volkspartei, und Kollege Hagenauer wird auch diesbezüglich einen Abänderungsantrag einbringen. Du stehst hier 15 Minuten und erklärst die Wichtigkeit und die Dringlichkeit deines Antrages, der, um ihn auf der Zunge zergehen zu lassen, ich ihn noch einmal verlese die Antragsformel, den dringlichen Antrag, der Gemeinderat möge die zuständige Verkehrsreferentin Bürgermeisterstellvertreterin Lisa Rücker und die ressortverantwortliche Verkehrslandesrätin Kristina Edlinger-Ploder beauftragen beziehungsweise

ersuchen, umgehend die ÖBB aufzufordern, die geplante Einstellung der Schnellzugverbindung zwischen Linz und Graz aufzuheben und diese IC-Verbindung beizubehalten. Bei allem Respekt vor der Verkehrsreferentin und Vizebürgermeisterin, bei aller Abneigung, die mich bei diversen Themen mit der Verkehrslandesrätin verbindet, aber weder ist die Bürgermeisterstellvertreterin zuständig noch ist die Verkehrslandesrätin ressortverantwortlich und schon gar nicht für die Österreichischen Bundesbahnen. Und wenn man schon wirklich der Meinung ist, dass man das hier ernsthaft diskutieren will, wenn man der Meinung ist, dass die Intercity-Bahnverbindung zwischen Linz und Graz tatsächlich aufrechterhalten werden soll, dann mache ich keine Briefkastenfirma auf, und das hast du heute hier in diesem Antrag gemacht. Ich fordere die nicht zuständige Verkehrsreferentin der Stadt Graz auf, möglicherweise noch die Verkehrslandesrätin der Steiermark auf, vielleicht doch mit der ÖBB Kontakt aufzunehmen, damit die vielleicht mit der Verkehrsministerin in weiterer Folge mit den Aufsichtsräten des Bundes bei der ÖBB unter Einbeziehung der ÖIAG irgendwann einmal reden, dass vielleicht in zwei Jahren eine Antwort über diesen Marathon der Unzuständigkeit herauskommt. Wenn einem das ein Anliegen ist, dann erwarte ich mir, dass man auch den Adressaten eines solchen Briefes aus der Stadt Graz auch ordentlich benennt. Und der Adressat ist einzig und allein die für die Österreichischen Bundesbahnen ressortzuständige Bundesministerin für Verkehr, Innovation und Technologie und das ist zufälligerweise die Dorli Bures, Genossin Bures, na eben, und daher bin ich der Meinung, man sollte, wenn einem etwas ein Anliegen ist, ja durchaus die parteipolitische Brille abnehmen und auch zu Recht jene ansprechen, die hier in diesem Bereich versagt haben, dass es überhaupt so weit kommt, dass diese Bahnverbindung ausgedünnt wird, dass diese Bahnverbindung schlechter wird, dass die Mobilität schlechter wird. Und ich glaube daher, dass es notwendig ist, diesen dringlichen Antrag des Gemeinderates Klaus Eichberger umgehend abzuändern, um ihn auch effektiv zu gestalten und da bin ich mir sicher, dass das der Herr Gemeindevater Hagenauer in gewohnter Manier erledigen wird und ich freue mich schon darauf (*Applaus ÖVP, Grüne und BZÖ*).

GR. **Eber**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen, lieber Kollege Eichberger! Ich danke dir zunächst für diesen Antrag, weil ich glaube, dass er ein wichtiges Thema einfach hier auf die Tagesordnung setzt und bin der Meinung und hoffe auch, dass dieses Thema hier im Haus auch entsprechend behandelt wird und halt auch die Wichtigkeit dieses Themas gesehen wird. Also auch der Städtebund schreibt in einer Stellungnahme, ja auch die Bahn ist ein Rückgrat des öffentlichen Verkehrs in Österreich und muss als solches gewährleistet werden. Weiter heißt es dann, ein Rückzug der ÖBB, wie das von einer Beratungsgruppe wieder einmal vorgeschlagen wird, wird langfristig nicht zu Einsparungen der öffentlichen Hand führen, sondern an anderer Stelle wieder volkswirtschaftliche Kosten erzeugen. Was in dem Zusammenhang auch auffällt ist, dass ja erst vor kurzem, vor wenigen Jahren die Strecke zwischen Leoben und Selztal ausgebaut beziehungsweise modernisiert worden ist. Man muss sagen, die ÖBB hat in den vergangenen Jahren immer wieder zu absurden Maßnahmen gegriffen, diese Maßnahme zuerst ausbauen, modernisieren und dann die Verbindungen zu kappen, also gehört wohl zu den Prunkstücken. Es ist leider eine Tatsache, dass die ÖBB ähnlich wie die Post eigentlich, und auch mit diesem Thema haben wir uns da schon mehrmals beschäftigt, von der Spitze her, also von der Bundesregierung her, von den Managern in diesen Betrieben her de facto zerschlagen werden soll. Fakt ist, das hat mein Vorredner, der Kollege Grosz, hier auch gesagt, verantwortlich dafür, für die ÖBB, ist die Bundesministerin Doris Bures und von da her werden wir natürlich auch den Abänderungsantrag der Grünen unterstützen und ich meine, man kann das nicht in einem Zusatz- oder Abänderungsantrag formulieren, aber ich meine, man sollte doch auch die sozialdemokratische Fraktion aufordern, dass sie dafür Sorge tragen sollen, dass dann die Frau Vizebürgermeisterin auch tatsächlich von der Frau Bundesministerin empfangen wird. Dankesehr (*Applaus ÖVP, Grüne und KPÖ*).

GR. **Mayr**: Liebe Kolleginnen des Stadtsenates und des Gemeinderates! Natürlich ist das ein äußerst dringliches Thema. Bekannt ist es seit dem Frühjahr, seit dem späten Frühjahr, wir haben damals ja, Kollege Eichberger hat das erwähnt, vollkommen richtig einen gemeinsamen Antrag auch gestellt. Natürlich haben sich alle auf Seiten der Stadt und auch die Verkehrslandesrätin seither bemüht,

entsprechende Zugeständnisse, die Rücknahme dieses eigentlich ungeheuerlichen Ansinnens der ÖBB zu erreichen. Bis dato ist die Sache aber noch lange nicht ausgestanden und steht nach wie vor im Raum, nämlich wirklich sozusagen die Kappung der Intercity-Verbindungen zwischen Graz und Linz und man hört auch, selbst die IC-Verbindungen zwischen Graz und Wien stehen durchaus, zumindest die eine oder andere Verbindung, in Diskussion. Jetzt wenn die ÖBB und wenn die Bundesregierung und auch die Bundesministerin im öffentlichen Verkehr nicht mehr sicherstellen kann, dass zwischen den Landeshauptstädten eine Intercity-Verbindung aufrechterhalten werden kann, ich meine, bitte dann hört es sich wirklich in der Verkehrspolitik in Österreich auch auf Bundesebene auf (*Applaus ÖVP, Grüne und KPÖ*). Man muss es eigentlich hinzufügen, würde das Wirklichkeit werden, dann ist diese Bundesministerin für Verkehr rücktrittsreif, man muss das ganz klar sagen (*Applaus ÖVP, Grüne und KPÖ*). In diesem Sinne sind wir natürlich in der Dringlichkeit absolut bei dir und stimmen der Dringlichkeit zu, haben aber gemeinsam Fraktionen Grün und BZÖ, uns ganz klar zu diesem Abänderungsantrag zusammengefunden, wo es eigentlich darum geht, den Adressaten richtigzustellen und ganz klar zu sagen, wer hier Einfluss nehmen kann und es auch machen soll. In diesem Sinne kommt dann im Zuge der Debattenrede um den Antrag selbst noch der Abänderungsantrag vom Kollegen Hagenauer. Zunächst werden wir einmal der Dringlichkeit natürlich zustimmen (*Applaus ÖVP und Grüne*).

GR. **Hagenauer**: Ich will die Ausführungen meiner Vorredner jetzt nicht wiederholen, aus den genannten Gründen ist auch das Thema für die Grünen dringlich. Wir stimmen daher der Dringlichkeit zu. In der Sache werde ich mich dann nachher zu Wort melden.

GR. **Eichberger**: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich nehme an und habe es den Wortmeldungen entnommen, dass die Problematik, glaube ich, allen Fraktionen hier im Haus bewusst ist und dass es notwendig ist, hier ein Signal, eine Initiative zu setzen. Ich freue mich auf der anderen Seite, wenn ich hier heute durch meinen

Antrag als Brückenbauer fungieren kann, nämlich als Brückenbauer zwischen Gerald Grosz und Kollegen Hagenauer, die sich ja letztendlich nicht immer so nahe gekommen sind und doch jetzt durch meinen dringlichen Antrag einen gemeinsam Abänderungsantrag gebracht haben, also das ist ja einmalig und ich freue mich, dass das mit meinem Antrag gelungen ist. Zur Sache selber, muss man schon eines sagen, man kann jetzt natürlich schon diskutieren, wer ist der richtige Adressat und wer ist es nicht. Was jetzt die Frage der Kompetenz, Inkompetenz, Verantwortlichkeit oder das Vertrauen in eigene Mandatarinnen und Mandatare betrifft in dieser Frage, wird sich der Kollege Haßler noch zu Wort melden, aber so viel zum Schluss, erstens einmal ein Danke, dass Sie also die Dringlichkeit erkannt haben und zum Zweiten, weil es heute schon des Öfteren Gegenstand von Diskussionen in diesem Haus war, dass unsere geschätzte Frau Vizebürgermeisterin keinen Termin bei der Frau Bundesministerin bekommt, ist es so, dass ich mich gerne anbiete, auch hier vielleicht als Brückenbauer zu fungieren und wenn natürlich die Frau Bürgermeisterstellvertreterin Lust, Interesse an einem Gespräch mit der Frau Ministerin hat, werde ich mich bemühen, zu so einem Termin zukommen. In diesem Sinne, dankeschön (*Applaus ÖVP und Grüne*).

Bgm.-Stvin. **Rücker**: Es wäre sehr freundlich, wenn du dann gleich auch die Antworten auf meine inzwischen doch einigen Briefe an die Frau Ministerin auch gleich mitbringen könntest, weil auf die warte ich nämlich ja auch, es wird nämlich nicht einmal beantwortet, wenn man was schreibt oder was immer (*Applaus ÖVP und Grüne*).

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

GR. **Grosz** zum Antrag: So wird das recht kurz, hoher Gemeinderat, lieber Klaus Eichberger! Du bist nicht der Pontifex Maximus, der oberste Brückenbauer, und auch nicht der Ideengeber in dieser Sache, ich bin dankbar, und das möchte ich auch hier

sagen, dass dieser Abänderungsantrag heute beschlossen wird, ich habe am 1. September, und ich darf es Ihnen mitbringen, es liegt bereits im Verkehrsausschuss ein Antrag des Nationalratsabgeordneten Grosz mit der gleichen Beschlussformel und ich gehe daher davon aus, den Antrag werden wir bei der nächsten Nationalratssitzung als Entschließungsantrag sofort zur Abstimmung bringen, auch mit einer namentlichen Abstimmung, dass die Abgeordnete Silhavy und der Abgeordnete Schönegger selbstverständlich dem zustimmen werden und wir die Verkehrsministerin auch zwingend binden werden, hier keine Änderung des Fahrplanes zuzulassen, denn das ist dann konsequent. Nicht nur Briefe abschicken und darauf warten, dass es draußen in einem Ministerium in die Rundablage kommt, sondern selbstverständlich darüber auch abstimmen zu lassen, um die Nagelprobe zu machen und Kollegin Judith Schwendtner, und da mache ich mir überhaupt keine Sorgen, die wird dem selbstverständlich zustimmen. Ich danke Ihnen (*Applaus BZÖ*).

GR. **Hagenauer**: Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Zuerst zum Thema Adresse. Es ist schon gesagt worden, Herrn Kollegen Eichberger darf ich vorweg ein Kompliment machen. Einem erfahrenen Kommunalpolitiker unterstelle ich nicht, dass der Antrag, den er da formuliert hat, ohne Absicht passiert ist inklusive der Adresse, darf ich das Kompliment machen. Das heißt, ich gehe natürlich davon aus, dass das politische Absicht war, die Frau Ministerin einmal wegzulassen, da reden wir nicht lange ums Thema herum, denke ich mal (*Applaus ÖVP und Grüne*). Und jetzt in der Sache. Das Thema Eisenbahn und Verkehrsinfrastruktur ist irgendwann einmal ein hochpolitisches, wenn ich eine Fahrplanänderung mache und einen Zug um 17.14 Uhr wegfahren lasse und nicht um 17.04 Uhr für irgendwelche Pendler, dann wende ich mich auch an die ÖBB. Wenn es aber um die Frage geht eben der Verbindung der zweit- und der drittgrößten Stadt der Republik und dahinter natürlich übrigens in der Folge, weil dass der Intercity in der Tat nicht gut ausgelastet ist zwischen Graz und Linz und das nicht der erste Versuch ist, den einzustellen, das ist ja schon unter Forstingers Zeiten einmal versucht worden, das hat einen Grund, nämlich eine schlechte Infrastruktur. Die Phyrnbahn ist im Zustand über weite Strecken ihrer Eröffnung, und das war vor hundert Jahren. Das ist eine enorm politische Aufgabe, eine verkehrspolitische, aber Betonung auf politische Aufgabe, da kann ich mich

nicht mehr an die ÖBB wenden, das ist österreichische Verkehrspolitik. Da muss die Politik auf die Bühne, das ist eigentlich völlig klar. Anmerkung eben des Grünen, Sie haben es gehört, natürlich müssen wir uns bewusst sein, dass man nicht ungestraft auf jahrzehntelang zuerst die Autobahnen ausbauen kann und dann sich wundern, wenn die Leute auf der Straße nun doppelt so schnell sind, dass dann im Zug keine Leute mehr sitzen. Ich fahre ab und zu von Graz nach Linz oder umgekehrt, ich weiß, wovon ich spreche. Also das ist eine verkehrspolitische Aufgabe erster Ordnung, trotzdem, wenn in der Tat momentan die Frequenz also endenwollend ist, wäre es das völlig falsche fatale Signal, jetzt diesen Zug einzustellen, da gibt es gar keine Debatte. Abgesehen davon, dass es hier auch um weit mehr geht, nämlich um diesen absurden Versuch, und das ist auch eine verkehrspolitische Aufgabe, eine Aufgabe, eine Dimension der bundesstaatlichen Struktur der Republik, dass nämlich die Länder jetzt zu Verbindungen zahlen sollen, die nicht regionale sind, sondern die wirklich das Verkehrsgrundgerüst Österreichs darstellen. Stellen Sie sich einmal vor, in der Schweiz würde jemand den Vorschlag machen, der Zuständige, was würde mit dem Moritz Leuenberger passieren, Verkehrsminister der Eidgenossenschaft, wenn jetzt die Debatte wäre, zwischen Bern und Basel die Intercity-Verbindung einzustellen. Da kann man sich dann das Lachen nicht mehr verhalten, da wäre das Schicksal der Habsburger von seinerzeit noch ein Lapperl dagegen, was da passieren würde, völlig unvorstellbar und zwar aus dem staatspolitischen Verhältnis der Eidgenossenschaft, da reden wir noch nicht einmal über die Verkehrspolitik. Das rührt an den Festungen durchaus, meiner Meinung nach, eines Bundesstaates, wenn man hergeht und sagt, ja macht mal. Ihr seid ja selber schuld, dass irgendwo die Berge sind zwischen euch und ihr zahlt jetzt zur Intercity-Verbindung dazu beziehungsweise der Tunnel, der kommt uns zu teuer, den bauen wir nicht, euer Pech, ja wie denn, was denn? Also das ist völlig und sollte völlig klar sein, ist auch, wie gesagt, dem von mir so geschätzten Kommunalpolitiker Eichberger völlig klar, dass er sich da in der Adresse ein bisschen geirrt hat. Daher also der bereits angekündigte Abänderungsantrag, ganz einfach: Der Gemeinderat möge die zuständige Verkehrsreferentin Bürgermeisterstellvertreterin Lisa Rücker und die Verkehrslandesrätin Kristina Edlinger-Ploder beauftragen beziehungsweise ersuchen, umgehend Frau Bundesministerin Doris Bures aufzufordern dafür Sorge zu tragen, dass

1. die geplante Einstellung der Schnellzugverbindung zwischen Linz und Graz nicht erfolgt sowie
2. der Ausbau der Phyrnbahn zwischen Selzthal und Linz in das Schienenausbauprogramm der Bundesregierung aufgenommen wird (*Applaus ÖVP und Grüne*).

Abschließend die kurze Anmerkung von mir, um noch einmal den Hintergrund auf den Punkt zu bringen. Sollte dieses Ansinnen, diese Aktivität nicht erfolgreich sein, dann wollen wir, die Antragsteller, Herr Kollege Eichberger natürlich, damit einfach klarstellen, dass das „Scheitern“ unter Anführungszeichen wo liegt, damit wir uns richtig verstehen. Ich gehe davon aus, dass es nicht die Aufgabe ist der Politik, der Kommunalpolitik in Graz und auch nicht der Landespolitik, österreichische Verkehrspolitik zu machen und daher kann man denen, den zuständigen Verantwortlichen auch nicht die Verantwortung dafür umhängen. Danke für die Aufmerksamkeit und ersuche um Zustimmung (*Applaus ÖVP und Grüne*).

GRin. **Krampl:** Ich bin jetzt nur ein bisschen verwirrt, wir haben einen Abänderungsantrag von ÖVP und Grünen und BZÖ vor uns liegen, der leider im ersten Punkt abweichend war von dem, den Gemeinderat Hagenauer jetzt vorgebracht hat. Jetzt würde ich nur gerne wissen, welcher jetzt gilt, der mir vorliegende? Der ist richtig. Gut, dann nehme ich auf diesen Abänderungsantrag Bezug, beziehungsweise auch auf die Wortmeldung von Herrn Gemeinderat Hagenauer. Man merkt, er kennt den Herrn Gemeinderat Eichberger sehr gut und er kennt die ganze SPÖ sehr gut, wir haben uns tatsächlich nicht in der Adresse geirrt, sondern wir haben bewusst die Grazer Verkehrsreferentin und Vizebürgermeisterin Lisa Rücker und die Verkehrslandesrätin des Landes Steiermark sozusagen gewählt, um diese wichtige Aufgabe wahrzunehmen in der Hoffnung und im Zutrauen, dass einfach die Stimmen und das Wort einer Vizebürgermeisterin, einer Landesverkehrsreferentin sehr viel Gewicht hat und deshalb haben wir eigentlich voll Zutrauen auf Lisa Rücker und Edlinger-Ploder diese Vorgangsweise gewählt. Wir haben uns also nicht in der Adresse geirrt, wir haben uns nur darin geirrt, dass wir es ihr zwar zutrauen, aber scheinbar ihre eigene Fraktion nicht, das BZÖ nicht und auch die ÖVP nicht, das tut uns leid, aber im Interesse der Sache, das müssen wir zur

Kenntnis nehmen, werden wir selbstverständlich dem Abänderungsantrag zustimmen und sozusagen einfach einen Brief an Frau Dr. Bures schreiben, wenn es leider auf diese Art nicht möglich ist. Danke (*Applaus SPÖ*).

Bgm.-Stvin. **Rücker**: Ich freue mich über so viel Zutrauen, ist auch zu Recht so, weil die Frau Landesrätin und ich, seit wir erfahren haben, dass das im Raum steht, das war ungefähr im Juni, regelmäßig versuchen, und die Frau Landesrätin verhandelt auch schon sehr eifrig, also es ist nicht so, dass wir warten, was passiert und das uns ganz neu trifft, aber es ehrt uns das Zutrauen. Trotzdem ist die Adresse ganz klar.

GR. **Hagenauer**: Meine Vorrednerin hat zu Recht darauf hingewiesen, dass ich mich an eine inzwischen leicht revidierte Fassung bei meiner Wortmeldung gehalten habe. Ich wiederhole daher, damit alles seine Ordnung hat, meinen Antrag im Punkt 1) der Vollständigkeit halber, der lautet: Im Interesse der Bahnkundinnen und -kunden in Verhandlungen mit der ÖBB die Aufrechterhaltung der Intercity-Bahnverbindung Linz – Graz zu erreichen und damit diese wichtige Verkehrsinfrastruktur für die betroffenen Länder und Städte im Personenverkehr zu sichern. Danke.

Der Abänderungsantrag von GR. Hagenauer wurde einstimmig angenommen.

4) Zentraler Einkauf von Schulmaterialien

GRin. **Meißlitzer** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GRin. **Meißlitzer**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Besonders zu Schulbeginn sehen sich die Eltern mit überbordenden finanziellen Belastungen konfrontiert: Vom Selbstbehalt bei Schulbüchern und der SchülerInnenfreifahrt über Schultaschen, Turnzeug, Hefte, Stifte, Füllfedern bis hin zu Zeichenblöcken und dergleichen reichen die Einkaufslisten, dazu kommen noch in den Schulen Bastelgeld, Kopiergeld, die Elternvereinbeiträge und, und, und. Und das alles konzentriert innerhalb nur weniger Tage. Und nicht überall gibt es Omas, Opas, Onkel und Tanten, die in dieser Situation „aushelfen“ und das eine oder andere Mal mit den Kindern auf Shoppingtour gehen.

Nicht zuletzt aufgrund der zunehmenden Klagen von Eltern, die sich diese Ausgaben nicht oder nur schwer leisten können, hat Stadtrat Dr. Wolfgang Riedler einen sehr konkreten Vorschlag gemacht, der auf großes Interesse und breite Zustimmung stieß: Der Einkauf von Schulmaterialien - von Heften, Bleistiften, Farbstiften, Malfarben, Radierern etc solle über das Stadtschulamt erfolgen (*Die Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*). Was einen doppelten Vorteil hätte: Durch diesen zentralen Einkauf könnte man aufgrund der Menge der Waren bestimmt sehr deutliche Preisnachlässe erzielen. Und auch der Druck auf die Eltern, was den klasseninternen „Wettbewerb“ um die größte Buntstiftschachtel, den buntesten Bleistift und die exklusivsten Fineliner betrifft, wäre vorbei.

Ehe jetzt der theatralische Aufschrei eines Nationalratsabgeordneten und Parteigeschäftsführers wiederholt wird, der sofort kommunistische Uniformität zu wittern glaubte, sei eines klargestellt: Um Schuluniformen geht es da nicht, wiewohl sich bei diesem Ex-Kollegen aus dem Gemeinderat manche Privatschulen, und da speziell kirchliche Schulen, sicher sehr bedanken werden, dass er sie in die Nähe von Marx, Mao, Stalin und Co gerückt hat. Es kommt ja nicht von ungefähr, dass es heißt: Gepriesen sei derjenige, der nichts zu sagen hat und das für sich behält.

Was aber sehr wohl angedacht werden sollte, das wäre ein zentraler Einkauf von Turnbekleidung. Wissen Sie, und jeder, der von Ihnen Kinder hat, weiß, worüber sich Kinder in Sportvereinen zu allererst am meisten freuen: Über den gemeinsamen Dress, über das Logo des Vereins am Leibchen. Das macht stolz - und vor allem wirkt das identitätsstiftend - und Derartiges kann ich mir auch für den Turnunterricht

in den Schulen sehr gut vorstellen. Wobei das, falls der Aufwand ob der verschiedenen Größen zu hoch ist, nicht einmal zentral eingekauft werden müsste: Es würde vielleicht sogar schon reichen, von den Eltern einfärbige Leibchen und Hosen zu erbitten - und diese dann über das Stadtschulamt mit den jeweiligen Schullogos bedrucken zu lassen. Damit fiel ein wesentlicher Kostenfaktor für die Eltern weg - nämlich der zunehmende Zwang zu Markenartikeln - dann sind die drei Streifen, das Krokodil oder das Häkchen nicht mehr gefragt. Denn das Schullogo ersetzt dann das teure Markenzeichen.

In diesem Sinne stelle ich daher namens des sozialdemokratischen Gemeinderatsklubs den

d r i n g l i c h e n A n t r a g ,

das Stadtschulamt möge beauftragt werden,

I.

unter Einbindung des Landesverbandes der Elternvereine

1. gemäß Motivenbericht unter den Eltern der an den städtischen Pflichtschulen unterrichteten Kindern zu erheben, inwieweit ein zentraler und damit für die Eltern kostensenkender Einkauf von Schulmaterialien durch die Stadt befürwortet wird
2. gemäß Motivenbericht unter den städtischen Pflichtschulen beziehungsweise unter den Eltern zu erheben, inwieweit eine einheitliche Turnbekleidung (*Die Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*),...

Bgm.-Stvin. **Rücker**: Wir sind in einer Gemeinderatssitzung und dafür werden wir alle hier bezahlt und dafür gibt es auch eine vorgesehene Zeit und die findet jetzt hier statt und deswegen bitte um Aufmerksamkeit, wenn die Gemeinderätin ihren Antrag einbringt.

GRin. **Meißlitzer**: Also ich glaube ja, dass sehr viele keine Schulkinder haben und daher mit der Thematik nicht viel anfangen können. Also

2. gemäß Motivenbericht unter den städtischen Pflichtschulen beziehungsweise unter den Eltern zu erheben, inwieweit eine einheitliche Turnbekleidung, versehen mit dem Logo der jeweiligen Schule befürwortet wird

II.

und bis spätestens Februar 2010 dem Gemeinderat einen entsprechenden Bericht vorzulegen (*Applaus SPÖ*).

StRin. Mag.^a **Grabner**: Sehr geehrte Frau Gemeinderätin! Es ist sehr lieb gemeint von Ihnen, muss ich sagen, und auch sehr sozial, für 12.000 Schüler einen gesammelten Einkauf zu machen. Vergessen wurde, und ich halte mich nun wirklich sehr kurz, das Kinderbetreuungsgeld wurde erhöht und auch die sozialen Leistungen der Stadt in der Schule gibt es. Die Handelsunternehmen würden, welche bis zu einem Jahresumsatz von 50 % ihres Jahresumsatzes mit diesen Utensilien einnehmen, ja fast zugrunde gehen, ich denke nicht, dass wir das wollen in Graz, dass unsere Grazer Betriebe dadurch leiden. Individualität vor Uniformität, Arbeitsplätze würden verlorengehen, wenn wir eine Monopolstellung auch den Betrieben oder einem Betrieb geben, der diesen zentral einkauft, unterschiedliches Alter auch unterschiedliche Vorstellungen, nicht nur von Mode, das wäre ein Zwang und auch Vorgaben und letztlich, und dann bin ich schon fertig, schädigt die Entfaltung und Entwicklung unserer Kinder auch und der Händler in unserer Stadt, und daher stimmen wir als ÖVP der Dringlichkeit nicht zu (*Applaus ÖVP*).

Zwischenruf GR. Grosz: Frau Stadträtin, dürfen Sie mitstimmen im Gemeinderat?

Bgm.-Stvin. **Rücker**: Es darf die Stadträtin für Ihre Fraktion sprechen.

GR. **Schröck**: Sehr geehrte Frau Kollegin Meißlitzer! Ich gratuliere Ihnen durchaus zu einem Antrag, in dem Sie in weiser Voraussicht bereits die vermuteten Einwände von Kolleginnen und Kollegen vorausgeahnt haben. Was Sie leider nicht vorausgeahnt haben, ist eine wirtschaftspolitische Weitsicht, die Sie nicht beweisen in diesem Antrag. Denn was Sie in diesem Antrag vorhaben, bedeutet massive wirtschaftliche Einbußen für die Klein- und Mittelbetriebe in unserer Stadt, für die kleinen Greißler, für den kleinen Papierfachhandel, die auf dieses Geschäft zu Schulanfang massiv angewiesen sind (*Applaus BZÖ*). Es ist aber natürlich richtig und völlig unbestritten, dass es in Zeiten einer Wirtschaftskrise, in der Haushalte immer weniger Geld zur Verfügung haben, in der Schulartikel, Nachhilfe aber immer mehr kostet und die Eltern richtiggehend ausgesackelt werden, wir von der Politik Lösungen anbieten müssen. Wir haben daher ein einheitliche Schulstartgeld von 200,- Euro vorgeschlagen, wie es auch in Kärnten bereits erfolgreichst praktiziert wird, das genau jene einkommensschwachen Familien gerade zum Schulanfang erheblich entlasten würde, aber nicht, wie in Ihrem Vorschlag, die Wirtschaftstreibenden dermaßen massiv angreifen würde, daher ein klares Nein zur Dringlichkeit und ein klares Nein zum Inhalt. Danke schön (*Applaus BZÖ*).

GR. Ing. **Lohr**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeister, hoher Gemeinderat! Auch in der Idee muss ich der Frau Kollegin Meißlitzer Recht geben, es ist eine gute Sache, wenn man den Eltern bei Schulbeginn finanziell helfen will. Es ist im Herbst die Belastung natürlich groß, aber in der Umsetzung haben wir als FPÖ natürlich auch ein Problem mit einer Zentralisierung. Ein zentraler Einkauf bedeutet, dass ein so großes Unternehmen diesen Auftrag kriegt, das wird vor allem die kleinen, und ein paar Papierfachgeschäfte gibt es noch in der Grazer Innenstadt, die würde das besonders treffen. Darum die Kleinunternehmer wollen auch ihr Geschäft machen, es gibt da sicher bessere Modelle, man kann eben an ein Gutscheinmodell denken, sozial Bedürftige bekommen ja jetzt schon von der Stadt Graz 50 Euro, vielleicht

kann man das ausweiten auf alle Pflichtschüler, und Richtung ÖVP, also heute denken Sie an die kleinen Unternehmen, wir hoffen, dass Sie auch in Zukunft wieder öfters an die Kleinunternehmer denken. Der zweite Punkt der einheitlichen Turnkleidung hat bei uns auch eine kontroverielle Diskussion ausgelöst, aber es bleibt unterm Strich über...

Zwischenruf GR. Grosz: Der Sippel bestellt immer solche Uniformen.

GR. Ing. **Lohr**: Die SP- und ÖVP-Kollegen lachen da, nein, wir bestellen solche Uniformen nicht und es bleibt unterm Strich, dass so eine Uniformität die persönlichen Freiheiten einschränkt. Es führt nicht zu einem besseren Sozialklima, und der Markendruck oder der Markenzwang wird dann eben nicht über die Kleidung, sondern eben über die Turnschuhe fortgeführt. Also in diesem Fall ist das auch keine Entlastung für die Kinder, aber auch über Handy, Fahrräder wird es immer soziale Unterschiede in den Klassen geben und das wird hier dokumentiert. Also ja zu einer Entlastung, aber die Umsetzung muss anders erfolgen, darum werden wir die Dringlichkeit ablehnen (*Applaus FPÖ*).

GRin. **Bergmann**: Liebe Edeltraud! Grundsätzlich ist der Antrag ja von der Idee her ganz toll, dass man vor allem Eltern zu Schulbeginn Hilfestellung geben möchte, vor allem im finanziellen Bereich (*Die Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*). Wo ich grundsätzlich meine Bedenken habe, das ist die Abwicklung, der Verwaltungsaufwand, der glaube ich, einfach auch mitberücksichtigt werden muss und der auch bei dieser Prüfung wahrscheinlich miteinfließen muss, wie weit jetzt ein zentraler Einkauf von Radiergummis den Aufwand, die Gegenverrechnung mit den Eltern, wir haben gehört 12.000 Schüler, also das möchte ich irgendwie einfach zu bedenken geben. Was ich mir aber gut vorstellen kann, das ist zum Beispiel, was gerade am Anfang kritisiert worden ist von dem einen oder anderen, diese

Uniformierung. Ich kann mir sehr gut vorstellen, dass zum Beispiel jede Schule zum Beispiel ihre Turnleiberl hat mit einem Logo, das kann man, denke ich schon, Schule zu Schule organisieren.

Zwischenruf GR. Mag. Korschelt: *Das hatten wir schon einmal.*

GRin. **Bergmann:** Aber wie gesagt, mich würde interessieren einfach die Gegenrechnung dieses Verwaltungsaufwandes, ob es da nicht sinnvoller ist, mit diesem Geld die Eltern direkt zu unterstützen (*Applaus KPÖ*).

GRin. **Meißlitzer:** Also, ich sehe einfach (*Die Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*), ich verstehe die Bedenken, die gekommen sind, Wirtschaftstreibende oder wirtschaftliche Weitsicht und alle diese Dinge. Ich sehe nur die Menschen, die tagtäglich kämpfen um jeden einzelnen Euro und ich habe mir ganz bewusst Rechnungen angeschaut von Schulkindern, und ich kann Ihnen nur ein Beispiel nennen: Eine Familie mit fünf Kindern, die Tochter ist jetzt in die erste Hauptschule gekommen, die haben vorige Woche eine Rechnung von 123,90 Euro für Hefte, Farben und dergleichen gehabt und diese Woche eine Rechnung für die Klassenkasse, Kopierbeitrag, das sind aber nur Beiträge, da sind also noch keine freiwilligen Beiträge dabei wie zum Beispiel Buchklub, das auch etwas Wichtiges wäre, gerade für Kinder, die lesen müssen, jedenfalls ist diese Rechnung von der Schule gekommen in der Höhe von 94,60 und ist zu bezahlen bis am Montag. Sie können sich vorstellen, das ist aber jetzt nur ein Kind, diese Familie hat vier Schulkindern, der Vater ist berufstätig und Sie können sich dann ausrechnen, wie das im September in der Familie aussieht.

Zwischenruf GRin. Potzinger: Erhöhte Familienbeihilfe.

GRin. **Meißlitzer**: Erhöhte Familienbeihilfe? Kinderbetreuungsgeld, Gutscheine, alles schön und gut, aber es bleibt nicht nur bei diesen Ausgaben, denn diese Ausgaben beziehen sich jetzt nur auf das erste Semester, da ist das zweite Semester noch gar nicht mitgerechnet. Also ich kann Ihnen sagen, es geht um die Familien, es geht um die Kinder und es geht darum, dort vielleicht 10/20 Euro für jedes Schulkind einzusparen und das muss es uns doch wert sein, unsere Kinder (*Applaus SPÖ*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Die Vorsitzende erklärt, der dringliche Antrag wird der geschäftsmäßigen Behandlung zugewiesen.

5) Verletzung der UN-Kinderrechtskonvention durch geplante Novelle des Asylgesetzes 2005 und des Fremdenpolizeigesetzes 2005

GRin. **Binder** und GRin. **Jahn** stellen namens von Grünen und ÖVP folgenden Dringlichkeitsantrag:

GRin. **Binder**: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vielleicht geht es Ihnen und euch auch so, dass man (*Die Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*), ich probiere es noch einmal. Es gibt Gesetze, wo ich mir denke, grauslicher kann es nicht mehr eh nicht mehr werden und werde dann trotzdem immer wieder aufs Neue überrascht, dass es noch schlimmer geht. Um was es uns heute geht, sind die unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge, da ist eine geplante Novelle vorgesehen, die soll im Oktober zur Beschlussfassung vorgelegt werden im Nationalrat. Worum geht es da

bei dieser Gesetzesänderung? Es geht schlicht und ergreifend um einen medizinischen Eingriff bei Jugendlichen zur Altersfeststellung. Also wenn Jugendliche, die in Österreich einen Asylantrag stellen, kein Dokument vorweisen können, aus dem klar ihr Alter hervorgeht oder ihr Alter belegt wird, wird die Asylbehörde künftig eine Röntgenuntersuchung anordnen können, um das Alter des/der Antragsteller/in festzustellen. Die geplanten radiologischen Untersuchungen verletzen jedoch die Vorgaben der Kinderrechtskonvention in zwei Punkten. Zum einen ist diese Methode wissenschaftlich höchst umstritten. Sie ist keine Methode, die ein sicheres Ergebnis erstellt, sondern es gibt laut Experten Abweichungen von eineinhalb bis zwei Jahren und das kann entscheidend sein für die einzelne Asylwerberin, für den einzelnen minderjährigen Asylwerber, wie er eingestuft wird nach so einer radiologischen Untersuchung.

Zum anderen kann eine körperliche Schädigung durch diese radiologische Untersuchung nicht ausgeschlossen werden. Sie wissen selber, es gibt genug Kolleginnen und Kollegen bei uns herinnen, die auch dieser Untersuchungsmethode an sich selber sehr kritisch gegenüber stehen. Hier geht es um unbegleitete minderjährige Flüchtlinge, die sich diesem Apparat ausgeliefert sehen und die niemanden haben, die sich schützend vor sie stellen.

Eine - immerhin das weitere Schicksal von unbegleiteten, minderjährigen Flüchtlingen entscheidende - Altersfeststellung sollte, so die Empfehlung der Kinder- und Jugendanwaltschaft Österreich, nur nach Durchführung von Beobachtungen über einen längeren Zeitraum gemacht werden. Wobei sich diese Beobachtungen konzentrieren sollten auf die psychische Reife dieses jeweiligen jungen Menschen.

Schubhaftverhängung über Minderjährige:

In Österreich ist es noch immer Praxis, dass über unbegleitete, minderjährige Flüchtlinge die Schubhaft verhängt wird; 2007 gab es diesbezüglich 163 Fälle und 2008 181 Fälle. Sie werden gemeinsam mit Erwachsenen in den Polizeianhaltezentren unter Bedingungen untergebracht, die weder kindgerecht noch menschenwürdig sind, wie wir auch jüngst durch das traurige Beispiel wieder erleben haben müssen. Diese Praxis widerspricht ebenfalls eindeutig der UN-Kinderrechtskonvention und es ist auch für mich noch zusätzlich dieses erschütternde Moment, dass die Kinderrechtskonvention, wenn es dann darauf

ankommen würde, dass sie tatsächlich einen politischen Stellenwert bekommen würde, diesen nicht zugestanden bekommt.

Mit der geplanten Gesetzesnovelle, die, wie gesagt, im Oktober jetzt beschlossen werden soll, werden die Gründe für die Verhängung der Schubhaft noch ausgeweitet. Zukünftig ist also damit zu rechnen, dass die Zahl der Minderjährigen in Schubhaft weiter ansteigen wird. Entsprechend der UN-Kinderrechtskonvention und den Empfehlungen des Menschenrechtsbeirates und der Kinder- und Jugendanwaltschaft folgend muss ein generelles Verbot der Schubhaftverhängung über Minderjährige gesetzlich verankert werden.

Für uns ist es ein zentrales Anliegen, dass die volle Umsetzung der Kinderrechtskonvention für alle Kinder und Jugendlichen, die sich in Österreich aufhalten, gewährleistet wird. Gerade Kinder und Jugendliche, die ohne Eltern vor Gewalt und Krieg geflüchtet sind, ein Schicksal sie zu uns gebracht hat sozusagen, brauchen ihren besonderen Schutz und unsere Unterstützung. Daher wird diese Petition an den Bundesgesetzgeber sowohl im Gemeinderat als auch im Landtag eingebracht werden.

Wir stellen daher im Namen der Grünen Fraktion und der ÖVP folgenden

d r i n g l i c h e n A n t r a g :

Der Gemeinderat möge sich mittels Petition an den Bundesgesetzgeber wenden, um die volle Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention für alle Minderjährigen, die sich im Hoheitsgebiet Österreich aufhalten, zu gewährleisten.

Dabei sind insbesondere folgende Punkte zu berücksichtigen:

1. Sicherstellung, dass ausschließlich Verfahren zur Altersfeststellung angewandt werden, die wissenschaftlich fundiert, zuverlässig und menschenwürdig sind.
2. Verbot der Schubhaft für alle unbegleiteten Minderjährigen.

Danke (*Applaus Grüne*).

GR. **Grosz** zur Dringlichkeit: Hoher Gemeinderat, sehr geehrte Damen und Herren! Wir werden weder der Dringlichkeit noch dem Inhalt zustimmen und zwar aus einem einfachen Grund nicht. Ich versuche jetzt einmal, Sie alle in die Situation zu versetzen, dass eine Familie mit ihrem Kind nach Österreich kommt, Asyl ansucht, ob jetzt die Asylgründe berechtigt sind oder nicht, sei jetzt einmal dahingestellt. Um Asyl ansucht, diese Asylbescheide über sechs, sieben Instanzen bis zu 14 Instanzen, wie wir wissen, über einen sehr langen Zeitraum und unter Aushöhlung der ganzen Bürokratie und aller Institutionen, die wir im Asylbereich haben, dazu führt, dass ein negativer Asylbescheid und eine angeordnete Schubhaft verhängt wird. Wann, sehr geehrte Damen und Herren, wird in Österreich eine Schubhaft verhängt? Dann, wenn wirklich sämtliche Möglichkeiten nicht mehr vorhanden sind, dass jener, der Asyl beantragt hat, hier den Aufenthaltstatus von Asyl weiter bekommt. Sie bringen es jetzt, Frau Kollegin Binder, das ist auch Ihr gutes Recht, so hin, indem Sie sagen, also das ist ein Menschenrecht und Menschen, die durch das Schicksal aus Krieg und Not hierher geführt worden sind...

Zwischenruf GRin. Jahn: Es geht um unbegleitete Minderjährige ohne Eltern.

GR. **Grosz**: Kinder und Jugendliche, jawohl, aber noch einmal, jetzt darf ich Sie einmal daran in irgendeiner Form erinnern, dass Österreich mit der Verhängung der Schubhaft sehr, sehr restriktiv umgeht. Wann wird die Schubhaft verhängt? Wissen Sie es? Wenn keiner der Asylgründe vorhanden ist und wenn nicht einmal der humanitäre Aufenthaltsstatus mehr gelten. Wenn also der, der Asyl beantragt hat aus keinem Land kommt, wo Krieg und Not herrscht, wenn keinerlei Asylgründe mehr vorliegen, wenn Gründe vorliegen, die einem weiteren Aufenthalt in Österreich

widersprechen, dann wird die Schubhaft verhängt und die Schubhaft in Österreich so kurz als möglich gehalten, um eine zügige Abschiebung zu ermöglichen. Die Schubhaft ist quasi das letzte Stadium nach einem elendslangen bürokratischen Prozess, wo die Republik und ihre Institutionen festgestellt haben, es ist schön und gut, dass sie hier sind, aber sie erfüllen nicht einmal einen Funken, nicht einmal einen Punkt oder einen Beistrich der Grundbedingungen, warum wir ihnen hier in Österreich Asyl gewähren sollen. Das was Sie hier mit ihrem Antrag machen, das ist Rosstäuscherei, weil Sie nicht dazu gesagt haben, was eigentlich die Schubhaft unterm Strich hier bedeutet. Der zweite Fall, und das möchte ich auch zu Ihrem Antrag dazusagen, es gibt ja auch sehr viele sich in Schubhaft befindliche Familien, wo das Kind sich in Schubhaft mitbefindet, über das Kind ist selbstverständlich keine Schubhaft verhängt worden, sondern das Kind belässt man bei den Eltern, weil es humaner ist, dass das Kind nicht von den Eltern getrennt wird. Das was Sie mit Ihrem Antrag hier auch, Verbot der Schubhaft für Minderjährige, was Sie hier...

Zwischenruf unverständlich.

GR. **Grosz:** Das ist egal, ich gebe Ihnen ja vollkommen Recht, unbegleitete Minderjährige, Verbot der Schubhaft für alle Minderjährigen, Verbot auch in Ihrem eigenen abgeänderten Antrag, Verbot der Schubhaft aller Minderjährigen. Da steht jetzt nicht mehr unbegleitete dabei, der Beschlusstext ist es und auf den kommt es, glaube ich, ja an, sehr geehrte Frau Bürgermeisterin oder Vizebürgermeisterin, Herr Magistratsdirektor, vielleicht klären Sie mich auf, das ist ja das, was dem Bund geschickt wird, der Gemeinderat der Stadt hat in seiner Sitzung am soundsovielten beschlossen, der Gemeinderat wendet sich mittels Verbot der Schubhaft für alle Minderjährigen. Na da wünsche ich Ihnen viel Spaß. Also...

Zwischenruf GRin. Jahn:...dass Kinder nicht in Schubhaft kommen sollen?

GR. **Grosz**: Entschuldigung, wenn eine Schubhaft festgestellt, wenn die Asylgründe nicht vorliegen, dann ist die Schubhaft zu verhängen, um zügig abzuschicken, und man wird alles daran setzen, dass zügig und human abgeschoben werden wird, na logisch. Und wenn die Frau Gemeinderätin Binder jetzt auch den tragischen Fall unlängst, ich nehme an, dass sie den Fall eines aus Indien, meines Wissens, stammenden vorgeblichen 20-jährigen, schlussendlich 30-jährigen, nennen, dann darf ich nur dazu sagen, auch mein Schock war groß, wie das passiert ist, weil ich immer hinterfrage, warum, wieso lag ein Behördenfehler vor, waren die Schubhaftbedingungen schlecht, ist er vergiftet worden, hat er sich durch den Hungerstreik zu Tode gebracht und hat die Anstaltsleitung und die ärztliche Aufsicht den Schubhäftling nicht vom Schubhaftzentrum in die Justizwacheanstalt überstellt, wo man dann nach den Vollzugsparagrafen die Zwangsernährung anordnen kann? Auch diese Fragen habe ich mir gestellt. Und die Obduktion ergibt: Herzinfarkt, tragisch, schlimm, wirklich, nur wenn Sie jetzt da sagen, der Fall unlängst zeigt, wie menschenunwürdig die Schubhaftzentren sind, dann ist das falsch. Und dann lasse ich das auch hier als Argument wirklich nicht gelten. Daher werden wir dem Antrag nicht zustimmen aus dem einfachen Grund, weil er bereits im Vorfeld die Schubhaftverhängung für alle Minderjährigen meint, nicht einmal für jene, die unbegleitet minderjährig sind, dann hätten Sie ihren Beschlusstext abändern müssen, und dann möchte ich am Schluss schon noch etwas sagen, wenn wir uns nicht in Österreich dazu durchringen, und ich glaube die Sozialdemokratie führt jetzt seit einer Woche eine umfassende Diskussion darüber, wenn wir uns nicht endlich dazu durchringen, dass wir rasch und auch human abschieben, wenn die Abschiebegründe vorliegen, dann führen wir unser System ad absurdum und wenn wir nicht auch diese Gründe für eine Schubhaft endlich verschärfen, dann führen sie sich auch ad absurdum, dann können sie sich noch so beklagen, dass der Herr Strache und wie sie alle heißen, Wahlerfolge feiern, bei allem Respekt, sei ihnen auch zugestanden, mich freut es nicht, aber offenbar freut es ja alle, deswegen versucht man ja das Problem nicht zu lösen, wenn ich alleine mir die Zahlen aus der Steiermark anschau. Im Jahr 2008 haben sich 2051 Asylwerber in der Grundversorgung in der Steiermark befunden, davon wurden von diesen 2051 Asylwerbern sind 744 straffällig geworden und wenn wir nicht auch endlich hergehen und auch dann abschieben und das auch als Abschiebegrund anerkennen, wenn der Asylwerber hier in diesem Land straffällig geworden ist und er jegliches Recht

verwirkt hat, noch eine Sekunde länger das Gastrecht unseres Landes zu genießen, wenn wir uns nicht dazu durchringen, dann wird uns im Volksmund gesagt, der Teufel holen, weil dann wird uns das gesamte Asylwesen und das Schubhaftzentrum irgendwann einmal um die Ohren fliegen und die Bevölkerung wird zu Recht sagen, also wenn die Politik dazu nicht mehr in der Lage ist, dann werden wir einmal am Ende anlangen. Daher sage ich, der Antrag ist genau das Gegenteil, was human ist, der Antrag weicht ein Gesetz auf, das im Übrigen die ÖVP mit der Sozialdemokratie in der Regierung verhandelt hat, das gibt sie auch zu die Frau Klubobfrau, ich gratuliere Ihnen zu Ihrer Weitsicht von der Grazer Volkspartei und...

Zwischenruf GRin. Jahn: Gott sei Dank ist die Grazer ÖVP anders gestrickt.

GR. **Grosz:** Kolleginnen und Kollegen von der ÖVP, hören Sie der Klubobfrau zu, Gott sei Dank hält es das Gesetz der ÖVP auf Bundesebene aus. Ich würde Sie eindringlich, bei keiner Schadenfreude, ganz im Gegenteil, noch ersuchen, sich zu überlegen, ob Sie diesem Antrag eine Mehrheit geben wollen. Wir werden es sicher nicht tun und zwar mit gutem Gewissen und reinem Herzen. Ich danke Ihnen (*Applaus BZÖ*).

GR. **Sippel:** Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin! Ich glaube, jeder, der die freiheitlichen Grundsätze zu diesem Thema kennt, wird ebenfalls nicht überrascht sein, dass wir dem Inhalt und auch der Dringlichkeit nicht die Zustimmung geben wird, aber ich möchte die Gelegenheit auch nutzen, hier ein paar grundsätzliche Worte diesbezüglich zu verlieren. Ich glaube, Österreich braucht sich hier nichts vorwerfen zu lassen, wir haben die Kinderrechtskonvention mit dem Erfüllungsvorbehalt, der ja vorherrscht, einwandfrei umgesetzt. In Österreich dürfen keine Gesetze oder Bestimmungen dieser Konvention zuwiderlaufen und Faktum ist, Sie behaupten, dass die Novellierung der Gesetze eben der Konvention

zuwiderlaufen, dem möchte ich entgegenhalten, dass das eine grüne Behauptung ist, dass das absolut nicht etwas ist, was auch die Öffentlichkeit so wahrnimmt, das ist eine grüne Behauptung und deshalb möchte ich auch hier die Gelegenheit nutzen, das einmal genauer auch anzuschauen. Tatsächlich ist es so, dass viele Asylwerber bei uns versuchen, mit jeder Menge Tricks ihre Identität zu verschleiern. Die Identitätsfeststellung hier wird nicht aktiv teilgenommen und das genau laut Asylgesetz berechtigt auch den Gesetzgeber, geeignete Maßnahmen, welche das auch immer sein mögen, geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um die Sache eben, die Identität eben aufzuklären. Auch Sie behaupten ja auch immer, dass es in Ihrem Interesse ist, dass das Asylverfahren human, im humanitären Sinn abläuft, aber andererseits, und das hat mein Vorredner, der Kollege Grosz, auch schon erwähnt, genau diese Maßnahme hilft eigentlich hier oder wenn man hier keine Maßstäbe ansetzt oder solche Mittel zur Verfügung hat, helfen Sie damit mit, die Identität weiter zu ermöglichen, zu verschleiern. Und ich glaube, das ist auch ein Grund, warum wir hier eine enorme Verschleppung der Asylverfahren in letzter Konsequenz auch erleben. Ich möchte Ihnen aber auch ein paar Zahlen präsentieren, wenn Sie ohnehin nicht schon bekannt sind. Juni 2009, das sind Zahlen aus Wien, im Juni 2009 gab es 135 Asylanträge, davon sind 131 von Personen, die in irgendeiner Weise Straftaten begangen haben oder im Zuge einer polizeilichen Amtshandlung gestellt worden sind und wo es sich um Identitätsfeststellungen gehandelt hat. Also nur vier Asylanträge waren freiwillig und haben in irgendeiner Art und Weise nichts mit der Polizei zu tun gehabt. Eine weitere Zahl, und zwar von der Wiener Fremdenpolizei, mit Jahresbeginn 2009 ist auf dem Tisch der Wiener Fremdenpolizei sind 104.300 Akten verschiedenster Lage gelegen und laut Auskunft des obersten Fremdenpolizisten der Wiener Polizei, Kowarik, waren die meisten dazu mehr oder weniger vorhanden, um die Identität der Asylwerber festzustellen. Also diesen Arbeitsaufwand muss man sich einmal vorstellen. Aber wie flexibel die Grünen auch in dieser Frage sind, das möchte ich hier an einem Beispiel auch vor Augen führen, 7. Mai 2009, Europäisches Parlament, da hat es auch ein umfassendes Asylpaket gegeben, das auch zur Abstimmung vorgelegen ist, gelesen worden ist, wie es so schön heißt, und da ist es darum genau gegangen, da ist es darum gegangen, Mindestnormen für Asylwerber in der Europäischen Union für die europäischen Mitgliedsstaaten auch festzulegen und es wurde auch hier das Asyl- und Fremdenrecht in Europa, in der Europäischen Union, überarbeitet. Neben einer Fülle

von Vorschlägen ist dort aber auch drinnen gestanden, ich zitiere: Verfahren zur Bestimmung des Mitgliedsstaates, der die Prüfung eines von einem Drittstaatsangehörigen oder Staatenlosen in einem Mitgliedsstaat gestellten Antrages... da ist internationaler Schutz zuständig und damit sind, das bedeutet nichts anderes, dass die Mitgliedsstaaten auch verpflichtet sind, die Identität des Antragstellers zweifelsfrei, ich betone zweifelsfrei, festzustellen. Da sind Möglichkeiten erörtert worden, wie Abgleich von Fingerabdruckdaten und auch andere Maßnahmen zur zweifelsfreien Festlegung der Identität des Antragstellers. Und jetzt kommt es, genau im Zuge der Lösung im EU-Parlament hatten, wo die grünen Abgeordneten, zwei sind es an der Zahl, auch die Möglichkeit gehabt hätten, hier sich einzubringen und hier Einwände geltend zu machen, haben sie nicht mitgestimmt beziehungsweise haben sie mitgestimmt und zwar mitgestimmt der Abgeordnete Voggenhuber, die Abgeordnete Lichtenberger war nicht anwesend. Also das zeigt uns ja nur eines, dass wir hier uns auf einer Ebene, die damit nur bedingt zuständig ist, das ist ja wieder nur einmal eine Petition. Wir behandeln hier Themen, die in Wirklichkeit auf ganz anderer Ebene entschieden werden, wo die Grünen hier in der Stadt anscheinend eine ganz eine andere Linie vertreten wie die Grünen Vertreter im EU-Parlament, ich bezeichne das schlicht und einfach als eine Augenauswischerei an falscher Stelle. Danke (*Applaus FPÖ*).

GR. Mag. **Haßler**: Nachdem ich nicht die Absicht habe, so wie meine Vorredner diesen dringlichen Antrag für eine Asyl- oder Zuwanderungsdebatte zu missbrauchen, kann ich es relativ kurz machen. Für unsere Fraktion steht außer Zweifel, dass Minderjährige, das Kinder und Jugendliche, und zwar unabhängig von Hautfarbe, Konfession oder Nationalität, dass die eines erhöhten Schutzes bedürfen, also darüber brauchen wir, glaube ich, gar nicht diskutieren und die Vorgaben der UNO-Kinderrechtskonvention, das ist unsere Meinung, sollten eigentlich in der Stadt der Menschenrechte gar nicht mehr diskutiert werden müssen, deshalb ja zur Dringlichkeit und ja zum Inhalt (*Applaus SPÖ*).

GRin. **Bergmann:** Liebe Sigi, ich bin sehr froh, dass du diesen Antrag hier eingebracht hast. Wie du weißt und wie vielleicht auch viele andere wissen, ich habe mich jahrelang, fast 20 Jahre lang, mit dem Thema auch Kinderrechte beschäftigt. In knapp drei Wochen, am 20. November, wird es in Graz wieder viele Veranstaltungen zum Tag der Kinderrechte geben. Es gibt sehr viele Kinder- und Jugendorganisationen, auch unser Kinder- und Jugendanwalt und viele andere, auch öffentliche Institutionen sind an diesem Tag immer sehr aktiv und zwar aus folgendem Grund: Österreich hat zwar diese Kinderrechtskonvention der UNO anerkannt, aber eine wesentliche Forderung vieler, vieler Jugend- und Kinderorganisationen ist die, dass Österreich diese UNO-Kinderrechtskonvention auch in der Österreichischen Bundesverfassung verankert. Sodass auch eine gesetzliche Grundlage hergestellt wird, sodass auch diese Dinge ganz eindeutig und klar in Österreich geregelt werden. Leider sind wir im Gegensatz zu vielen anderen europäischen Staaten noch nicht so weit. Wenn ich unseren Nachbarstaat Slowenien hernehme, die haben das längst schon geschafft. Und wenn es hier geht um Schubhaft, also ich habe mich ehrlich gesagt sehr aufgeregt also über die Worte von dir, Gerald Grosz, du bezeichnest hier Kinder und Jugendliche, die aus welchen Gründen auch immer auf der Flucht sind, in Österreich Schutz suchen, als, das sind jetzt meine Worte, so habe ich es verstanden, als Verbrecher, wenn man jetzt von Leuten, die in Schubhaft kommen, ausschließlich jene Leute sieht, die sich eines Verbrechens in Österreich schuldig gemacht haben, dann sehe ich hier, ehrlich gesagt, keinen Zusammenhang und wenn du sprichst, du kannst das mit reinem Herzen hier vertreten, dann möchte ich in dein Herz nicht weiter hineinschauen.

Zwischenruf GR. Grosz: Hast du es schon probiert?

GRin. **Bergmann:** Nein, ich möchte es auch gar nicht. In Österreich sollten wir eher dafür kämpfen, dass Kinder, Minderjährige, Flüchtlinge einen Rechtsbeistand erhalten, so wie es in Italien zum Beispiel schon lange der Fall ist. Da hinkt auch Österreich hinten nach. Ich möchte mich eigentlich jetzt gar nicht weiter über das

äußern, ich bin sehr froh, dass dieser Antrag hier liegt und wir werden ihn natürlich die Dringlichkeit und im Inhalt voll unterstützen. Danke (*Applaus KPÖ*).

GRin. **Binder**: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Grosz, ich gehe ja davon aus, dass Sie, nachdem Sie so eine große politische Karriere gemacht haben, dass Sie sehr gut lesen können und Sie sollten auch zuhören können, das ist eine wichtige Eigenschaft, weil man sonst Gefahr läuft, Dinge einfach ganz wüst zu interpretieren oder Geschichten zu erzählen, die in einem Antragstext nicht drinnen stehen. Hier steht nichts davon drinnen, dass es überhaupt keine Schubhaft geben soll, ich erspare mir jetzt im Moment aber meine persönliche Meinung dazu, sondern der Antrag geht ausschließlich um unbegleitete minderjährige Flüchtlinge. Sie haben irgendetwas erzählt von den Tricks, die die Flüchtlinge anwenden, damit sie möglichst lange alles Mögliche hinauszögern können und da reden Sie, vielleicht haben Sie sich aber versprochen, und Sie werden mich korrigieren, von bis zu 14 Instanzen. Herr Kollege Grosz...

Zwischenruf GR. Grosz: Verfahren.

GRin. **Binder**: ..bis zu 14 Verfahren, ok, das ist zwar ein bisschen etwas anderes, aber mir kommt vor, Sie haben von Instanzen geredet, denn eigentlich, und das müsste ich korrigieren, gibt es nur zwei Instanzen, das Asylamt und den Asylgerichtshof, die dritte Instanz ist ja faktisch abgeschafft worden mit dem Verwaltungsgerichtshof. Was die Schubhaft betrifft, Sie haben weiters behauptet, die Schubhaft steht immer dann am Ende eines Verfahrens. Dies stimmt so nicht ganz und wenn Sie sich damit befasst haben, dann wissen Sie auch, dass es das Dublinabkommen gibt. Also es kann passieren, dass ein minderjähriger unbegleiteter Flüchtling nach Griechenland kommt. Ich nenne das jetzt nur einmal so. Auf Grund der Bedingungen aber für unbegleitete minderjährige in Griechenland, die haben

weder Unterkunft noch eine Betreuung, die stehen tatsächlich vor dem Nichts dort, versucht dieser flüchtige junge Mensch weiterzukommen. Jetzt kann es ihm passieren, dass er nach Österreich kommt und dort hat er gar keine Verfahren, sondern es wird ihm sofort, und das ist das erste Mittel, wird er in Schubhaft genommen. Also, auch diese Aussage von Ihnen, Herr Kollege Grosz, stimmt so nicht und ich würde Sie schon sehr bitten, in so einer sehr diffizilen und heiklen Angelegenheit sehr genau zu sein. Ich freue mich, dass die SPÖ das auch in Verbindung setzt mit der Stadt der Menschenrechte, das ist natürlich ein sehr wichtiger Aspekt und ich möchte noch, ich weiß es nicht, ob es der Herr Sippel gesagt hat, dass das so diese grünen Ideen wären, natürlich wir stehen dahinter, aber ich sage Ihnen, dass der Hochkommissär des UNHCR diese Dinge vertritt und das sind keine krausen Ideen der Grünen und das ist schon eine wichtige Instanz, die weltweit Bedeutung hat und gehört wird. Ich möchte mich aber jetzt noch entschuldigen für einen Fehler, auf den ich aufmerksam gemacht wurde, nämlich der zweite Punkt, da habe ich vergessen die unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge, das tut mir leid. Und warum lachen Sie, ist das ein Witz?

Zwischenruf GR. Grosz: Weil Sie zehn Minuten referieren und nur Vorhaltungen machen und dann erst tun, was ich von Ihnen wollte.

GRin. **Binder:** Nein, überhaupt nicht, ich werde mich hüten, auch nur irgendetwas von dem einzubringen in einen Antrag, was Sie wollen. Hier geht es um (*Die Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*), nein, Herr Grosz, ich weiß, dass Sie wirklich Schwierigkeiten mit dem Zuhören haben, vielleicht haben Sie andere Kanäle, wo Sie besser aufnehmen können, mir tut es leid, dass Ihnen das nicht gelingt. Mir persönlich ist es unangenehm, dass ich das vergessen habe, aber Gott sei Dank ist mir das noch aufgefallen. Daher bitte ich, und werde das dann in der richtigen Form abgeben, Verbot der Schubhaft für alle unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge. Ich hätte es besser wissen müssen und bitte um Annahme der Dringlichkeit (*Applaus Grüne*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit angenommen.

GRin. **Jahn** zum Antrag: Ich freue mich, dass der Antrag zumindest mehrheitlich die Dringlichkeit gefunden hat, die er auch verdient. Gleichzeitig muss ich sagen, ich finde es extrem bestürzend, wie hier herinnen mit diesem sehr sensiblen und heiklen Thema umgegangen wird. Wir reden hier um unbegleitete minderjährige Flüchtlinge, die oft sehr, sehr schwierigen Situationen zu kämpfen haben und hier nach Österreich kommen, weil sie unsere Hilfe brauchen und unseren Schutz. Und wenn ich mir das Gejohle und das Gelache von gewissen Reihen hier anschau, muss ich sagen, das macht mich wirklich echt betroffen. Gerade auch dann beim BZÖ, wenn das BZÖ in einem anderen Zusammenhang die UN-Kinderrechtskonvention sehr wohl positiv betrachtet, wenn es um Menschenhandel, Bettelei, solche...wir kennen ja die Diskussionen, da ist die Kinderrechtskonvention in Ihrer Auslegung, für Ihre Argumentation sehr wohl legitim. Wenn wir uns auf die Kinderrechtskonvention uns auf die Empfehlungen von der Kinder- und Jugendanwaltschaft, auf die Empfehlungen des UN-Flüchtlingshochkommissariats beziehen, dann wird das heruntergemacht und ich finde das wirklich unsäglich, was da teilweise von Ihnen hier geboten wird. Sie haben, gerade das BZÖ, auch die Freiheitlichen, alles wieder durcheinandergemengt und ich muss mich wirklich fragen, ob Sie den Antrag überhaupt wirklich gelesen haben. Ich bin sehr froh, dass wir es geschafft haben, auch mit der ÖVP gemeinsam zu diesem sehr schwierigen Thema, das uns auch in Graz beschäftigt, weil auch in Graz gibt es natürlich minderjährige unbegleitete Flüchtlinge in zwei Quartieren insgesamt, bei der Caritas und bei der Diakonie, sind ungefähr 50 Jugendliche, also auch für die Kollegen von den Freiheitlichen und vom BZÖ, damit wir auch wissen, worüber wir hier eigentlich reden. Bin sehr froh, dass wir es geschafft haben, auch über die Grenzen der Fraktionen hinweg, zumindest bei SPÖ und vor allem auch bei der ÖVP, hier gemeinsam eine Initiative zu setzen und wir werden uns auch in Zukunft engagieren, gemeinsam mit dem Jugendamt da notwendige Maßnahmen im Sinne der Rechte für die Kinder zu setzen. Danke noch einmal an alle UnterstützerInnen (*Applaus Grüne*).

GR. **Grosz**: Also ich bin einmal sehr dankbar, dass die Frau Gemeinderätin Binder diese Ergänzung getroffen hat. Aber dennoch bleibe ich dabei, ich gratuliere der Grazer Volkspartei, denn Sie haben einen Großteil der Familie Zogaj soeben herzlich willkommen geheißen in Österreich, das ist sehr interessant, das sollte man wissen, 13-jährige, 14-jährige, wir werden sie nicht in Schubhaft nehmen dürfen, ein Teil davon ist nämlich unbegleitet, wie zum Beispiel die Brüder, die in einem mehrmaligen Anlauf jetzt schon wieder probieren, in Österreich einen Aufenthaltstitel zu erreichen. Gratuliere Ihnen recht herzlich und vielleicht senden Sie der Familie Zogaj, alle ihren Mitgliedern auch dieser Familie, auch jenen minderjährigen, die bereits straffällig geworden sind, eine Willkommenskarte, sie werden sich sehr darüber freuen (*Applaus BZÖ*).

GRin. **Potzinger**: Lieber Kollege Grosz! Immer wieder, aber nicht immer geschätzt, es dürfte deiner werten Aufmerksamkeit entgangen sein, dass 21-jährige bei uns volljährig sind, das heißt, wenn die Gebrüder Zogaj, wenn einer von ihnen volljährig ist, ist der andere kein unbegleiteter Minderjähriger mehr. Nur zur Klarstellung, und wir haben ganz klar gesagt, wir wollen die Regelung für unbegleitete Minderjährige. Zuhören und Aufpassen (*Applaus ÖVP*).

GRin. **Binder**: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich danke der Mehrheit in diesem Gemeinderat für die Unterstützung. Lassen Sie mich nur ein Beispiel nennen, mit dem ich heuer im Sommer konfrontiert wurde, und vielleicht wird dann klar oder noch zusätzlich klar, wie wichtig das auch ist, was heute hier beschlossen wird. Im Sommer kam eine Frau zu mir, die betreut eine Familie, die seit zehn Jahren in Graz ist. Ich sage nicht, woher sie kommt. Diese Familie (*Die Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*), drei Kinder, zwei sind hier geboren worden, eines davon von diesen drei Kindern geht noch nicht in die Schule. Die andere ist jetzt eingeschult worden und eine geht schon in die Volksschule, sie ist Vorzugsschülerin. Mittlerweile im Sommer war es so, dass sie im Landeskrankenhaus gelandet ist, weil sie psychisch betreut werden musste, was ist passiert? Dieser Familie droht die

Abschiebung, obwohl sie seit zehn Jahren hier ist, der Vater lange Zeit gearbeitet hat, die Familie hat sich überhaupt nichts zu Schulden kommen lassen, die zwei hier geborenen Kinder sind mit Deutsch aufgewachsen, alle sprechen Deutsch und trotzdem droht ihnen genau das, also schon etwas anders, aber genau das, dass sie nämlich in Schubhaft genommen werden, mit den Kindern abgeschoben werden. Danke für Ihre Unterstützung. Ich glaube, wir haben wieder einen wichtigen Beitrag zur Humanität geleistet (*Applaus Grüne*).

Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen.

6) Gegenmaßnahmen zur EU-Verpackungsverordnung

GR. Mag. **Fabisch** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. Mag. **Fabisch**: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die neue Verpackungsverordnung oder Mogelpackungsverordnung oder Fertigpackungsverordnung der EU vom April dieses Jahres erleichtert den Konzernen die Einführung von Mogelpackungen, welche die Konsumentinnen und Konsumenten verwirren und die oft bei gleichem Preis weniger Inhalt haben.

Diese Verordnung wurde vom zuständigen EU-Kommissar, dem Sozialdemokraten Günter Verheugen, als Meilenstein bezeichnet. Für viele Menschen bedeutet die Tatsache, dass die meisten Produkte in fast jeder Packungsgröße verkauft werden dürfen, eigentlich einen Anschlag auf ihre Brieftasche.

Diese Verordnung ist europaweit in Kraft getreten. Das österreichische Parlament wurde - anders bei Richtlinien, die in nationales Recht umgesetzt werden müssen - damit nicht befasst.

Nach Auffassung der KPÖ ist eine Rücknahme dieser verbraucherfeindlichen und irritierenden Verpackungsverordnung der EU wünschenswert.

Da dies aber kurzfristig nicht möglich sein dürfte, ist als Sofortmaßnahme eine Entschärfung sinnvoll. Schon jetzt ist es Pflicht, den Kilo- beziehungsweise Literpreis

einer Ware auf der Verpackung anzuführen, allerdings erfolgt das meist in einer zu kleinen Schrift. Hier ist eine Änderung sofort möglich.

Ich stelle daher im Namen der KPÖ folgenden

d r i n g l i c h e n A n t r a g :

Der Gemeinderat fordert die Bundesregierung auf sicherzustellen, dass die Lesbarkeit der Kilogramm- beziehungsweise Literpreise der Waren, die von der EU-Verpackungsverordnung betroffen sind, verbessert wird. Sie sollen in zumindest halber Schriftgröße der Preisauszeichnung am Regal leserlich dargestellt werden. Danke (*Applaus KPÖ*).

GR. **Sippel** zur Dringlichkeit: Frau Vizebürgermeisterin, wir unterstützen diesen Antrag in Dringlichkeit und Inhalt. Ich glaube, es ist wieder einmal ein Beispiel, das aufzeigt, wie konsumentenfeindlich und konzernfreundlich die EU-Bürokratie agiert. Das ist die Folge davon, wenn solche wichtigen Entscheidungen den nationalen Parlamenten entzogen werden. Ich glaube, hier ist es natürlich wichtig, wenn man von kommunaler Seite hier auch Widerstand entgegenträgt. Eines möchte ich natürlich sagen, es ist halt wieder einmal eine Petition, wo man ja alle gemeinsam nicht wissen, wo sie dann versiegen wird im Endeffekt. Wir erleben heute insgesamt von 13 dringlichen Anträgen neun Anträge mit Petitionen, ich glaube, das allein zeigt, wie notwendig die heute zu reformierende Geschäftsordnung ist. Danke (*Applaus FPÖ*).

GR. Mag. **Mariacher**: Sehr geehrte Damen und Herren, lieber Kollege Fabisch! Das Thema ist virulent und wird daher seitens des BZÖ durchaus auch als dringlich erachtet, weil hier das ein sehr klassisches Beispiel ist, wie hier über den Normalbürger, sage ich einmal, drübergefahren wird, wie hier getäuscht wird, wie hier getarnt wird, wie der Bürger im Unklaren gelassen wird und eigentlich ein

allgemeiner Rechtsgrundsatz, nämlich der Rechtsgrundsatz der Treue und des Glaubens beim Kauf eines Produktes einfach von Grund auf eigentlich nicht eingehalten wird. Der Bürger hatte bisher bei einem Pfund oder halben Kilo die Sicherheit, auch diese Menge an Ware zu bekommen, dies ist in Zukunft nicht möglich, und wie du richtig gesagt hast, durch andere Verpackungsmöglichkeiten der Eindruck zu erwecken, es sei das Gleiche drinnen, obwohl die Verpackung anders strukturiert ist und einfach weniger Ware verkauft wird. Damit besteht eine zweite Möglichkeit, neben der Preisänderung auch durch einfache Mengenreduktionen einen viel, viel höhere Preislawenschub zu erreichen und da ist wirklich Gefahr im Verzug und da gehört auch der EU und allen Mandatären, die hier in den Gremien sind, aber vor allem den Kommissaren, die leider Gottes nicht einmal von den Bürgern direkt gewählt werden, was ja ein absoluter demokratischer Mangel ist und Mangelsituation ist, einfach die Rute ins Fester gestellt. Wenn diese Petition etwas dazu beiträgt, gratuliere ich. Wir unterstützen das und werden auch dem Antrag zustimmen. Danke (*Applaus BZÖ*).

GRin. Mag.^a **Ennemoser**: Wir sind der Meinung, dass Bestimmungen, solche Maßnahmen im Sinne des Verbrauchers und nicht gegen den Verbraucher sein sollen. Gerade für ältere Leute sind solche Bestimmungen eben sehr irreführend, wenn sie dann auch noch klein leserlich sind, wenn in manchen Verpackungen, wo bis jetzt immer zehn Stück drinnen sind, plötzlich neun Stück, und es ist in so einer kleinen Fusselschrift dort oben, meinen wir auch, dass das eher irreführend ist und im Interesse der Bürgerinnen und Bürger stimmen wir der Dringlichkeit in Kenntnis des Zusatzantrages dem Zusatzantrag und dem Inhalt auch zu (*Applaus ÖVP*).

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

Stadtrat Dipl.-Ing. Dr. Rüscher übernimmt um 21.10 Uhr den Vorsitz.

GRin. Mag.^a **Bauer** zum Antrag: Werte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Antragsteller! Wir haben ja schon im Vorfeld gesprochen, ich habe meine Bemerkung schon dahingehend angebracht, es geht nicht um die Verpackungsverordnung, es ist da eine Korrektur zum Titel. Für die Verpackungsverordnung ist die Frau Vizebürgermeister zuständig. Es geht hier im Endeffekt um die Fertigpackungsrichtlinien und die Fertigpackungsverordnung und im Kern um das Preisgesetz. Es geht um die Preisauszeichnung und um diese klarzustellen. Nichtsdestotrotz auch eine Korrektur und eine Erläuterung noch zum Inhalt. Es wurde die Fertigpackungsrichtlinie in meiner Erinnerung am 11. Februar, aber sicher im Februar, im Europäischen Rat abgestimmt. Damals hat Minister Bartenstein dem zugestimmt, dass die Fertigpackungsrichtlinie hier auch in Österreich umgesetzt wurde. Die Verbraucherorganisationen haben sich bereits im Jahr 2007 gegen die Aufhebung der normierten Abfüllung von Lebensmitteln und anderen Produkten ausgesprochen, also gegen die Öffnung ausgesprochen. Ich darf auch vielleicht noch auf ein Foto verweisen, mir hat das sehr gut gefallen, ich habe das E-Mail auch mehrmals erhalten. Die KPÖ hat es in ihrer Zeitung als Nepp bei Verpackung titulierte, ich habe mehrmals persönlich rückgefragt bei Personen, die mir das geschickt haben, habt ihr einen Preis auch dazu bei dieser Größenänderung oder zeigt ihr mir jetzt nur die Größenänderung, weil das wäre jetzt etwas Relevantes nämlich, und Preis in Verbindung zu bringen und hier geht es im Wesentlichen um das Preisauszeichnungsgesetz, weil es hier natürlich die Verpackungsgrößen geändert werden, aber die Konsumentinnen und Konsumenten umlernen müssen und auf den Grundpreis zu achten. Leider, und das wissen wir, ist der Handel noch nicht so weit und es gilt hier eine Forderung von der Arbeiterkammer, die ich hier in einer Form von Zusatzantrag einbringen will, auch Umsetzungskraft zu erlangen. Ich bedanke mich schon vorab für die Zusagen von zwei Fraktionen, die ich erhalten habe, darf hier den Zusatzantrag einbringen. Im Endeffekt ist es eigentlich ein Abänderungsantrag, aber er ist titulierte als Zusatzantrag zur Fertigverpackungsverordnung beziehungsweise zum Preisgesetz:

Diese Auszeichnungen sollen nach AK-Vorschlägen folgendermaßen aussehen:

- Mindestschriftgröße des Verkaufspreises 8 mm
- Mindestschriftgröße des Grundpreises: 4 mm
- Grundpreisgröße soll am Preisschild immer rechts oben stehen
- Grundpreis soll am Preisschild immer rechts unten stehen

- Einheitliche Berechnung des Grundpreises auf Basis des Produktpreises und nicht umgekehrt. Ausnahme zum Beispiel bei vorverpacktem Käse beziehungsweise wenn die Stücke unterschiedlich schwer sind.
- Einheitliche Regelung der offenen Frage, ob bei Produkten, die in Öl eingelegt sind, der Grundpreis auf das Abtropfgewicht oder auf das Gesamtgewicht zu beziehen ist.
- Grundpreisauszeichnung auch bei Küchenrollen, Taschentüchern, Baby-Feuchttüchern, WC-Papier.

Ich denke, dass das eine Forderung ist, die Konsumentinnen und Konsumenten das Konsumleben wesentlich erleichtern wird. Ich ersuche um Ihre Zustimmung und Annahme hier im Gemeinderat (*Applaus SPÖ*).

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Es ist, Herr Polz macht richtigerweise aufmerksam, dass es kein reiner Zusatzantrag ist, sondern teilweise jedenfalls ein Abänderungsantrag, weil im Hauptantrag steht, sie sollen in halber Schriftgröße der Preisauszeichnung am Regal dargestellt werden, und bei dem Zusatzantrag gibt es Veränderungen dazu, das heißt, es ist teilweise ein Abänderungsantrag. Das mag spitzfindig klingen, hat aber für die Abstimmung zum Beispiel Auswirkung, weil über einen Abänderungsantrag zunächst abgestimmt wird und über einen Zusatzantrag nach dem Hauptantrag.

GRin. Mag.^a **Bauer**: Es ist in meiner Interpretation, auch wie ich den Antrag hier vorgetragen habe, ein Abänderungsantrag und eine Konkretisierung hinsichtlich der Schriftgröße. Die Intention ist dieselbe.

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Das heißt ein Abänderungsantrag, der den zweiten Satz des Antrages ersetzen soll, sie soll in halber Schriftgröße der Preisauszeichnung am

Regal dargestellt werden, auf diesen Satz bezieht sich dieser Abänderungsantrag gestellt von der Frau Kollegin Bauer.

GR. Mag. **Fabisch**: Dankeschön, ich sehe es trotzdem als ergänzenden, detaillierenden Zusatzantrag, das ist jetzt der Sache ja nicht abträglich. Ich bedanke mich bei der AK, die sich darüber schon genauestens Gedanken gemacht hat. Ich sehe das als gemeinsamen Antrag quasi und wir werden natürlich auch diesen Zusatz von der SPÖ unterstützten (*Applaus KPÖ*).

Der Abänderungsantrag der SPÖ wurde einstimmig angenommen.

Der dringliche Antrag wurde einstimmig angenommen.

Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt um 21.15 Uhr den Vorsitz.

7) Aufhebung der Prekarien bei bestehenden Heimgartenanlagen

GRin. **Schloffer** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GRin. **Schloffer**: Mein dringlicher Antrag betrifft die Aufhebung der Prekarien bei bestehenden Heimgartenanlagen. Heimgärten sind grüne Oasen in einem immer dichter verbauten Lebensraum. Sie dienen einerseits als Naherholungsraum, andererseits als Kommunikationsstätte und wichtiges Bindeglied zwischen den verschiedenen Menschen und Generationen. Vielen jungen, aber vor allem auch älteren Personen, bereitet ihre Kleingartenanlage, welche sie mit Liebe und Hingabe

pflegen, Sinn und Freude. Damit erfüllen Heimgärten sowohl eine kulturelle und gesundheitliche als auch eine soziale Funktion.

Doch obwohl ihre Bedeutung für unsere Gesellschaft unumstritten ist, gilt ihr Bestand zum Teil keineswegs als gesichert. So bestehen fünf der 27 Heimgartenanlagen, die es in Graz derzeit gibt, lediglich als Prekarien auf öffentlichem Gut. Es sind dies die Heimgärten: „Steirischer Panther“, „Blumenfreunde“, „Theodor Körner“, „Freie Erde“ und „Hanuschplatz“.

In drei weiteren Anlagen, nämlich den Kleingärten „Grünanger“, „Fröhlich“ und „Schönau“, sind Vorbehaltsflächen ausgewiesen, sodass diese als Teilprekarien anzusehen sind.

Für die Pächter der Kleingärten bedeutet dies einen Zustand der Unsicherheit, da sie jederzeit befürchten müssen, dass die Stadt Graz ihnen das Recht auf „ihr“ Stückchen Land abspricht.

Deshalb stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

d r i n g l i c h e n A n t r a g :

Die zuständige Magistratsabteilung möge prüfen, ob die im Prekarium beziehungsweise teilweisen Prekarium bestehenden Heimgartenanlagen in Daueranlagen der Stadt Graz umgewandelt werden können. Danke (*Applaus KPÖ*).

GR. **Eichberger** zur Dringlichkeit: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ich danke der Kollegin Gerti Schloffer, dass sie hier wieder dieses Thema in den Gemeinderatssaal hier hereinbringt, weil es nicht nur dringlich ist, sondern es ist sogar sehr dringlich. Es freut mich auf der anderen Seite, dass die KPÖ, so nehme ich zumindest an, weil es ist fast wortident mit meinem gleich lautenden Antrag vom 5. Juni des Vorjahres, zum Anlass genommen hat, um hier heute...

Zwischenruf StRin. Kahr: Nein.

GR. **Eichberger:** ...wieder einen Antrag einzubringen. Schade ist es nur, und das zeigt auch, mit welcher Konsequenz, mit welcher Ehrlichkeit hier in diesem Raum von Verantwortungsträgern gearbeitet wird, weil, liebe Kolleginnen und Kollegen, vor mehr als einem Jahr habe ich hier einen dringlichen Antrag eingebracht mit diesem Inhalt, man möge prüfen, inwieweit nicht diese genannten Heimgartenanlagen in ein Dauerland übergeführt werden kann. Zu meiner großen Freude und Überraschung haben damals, zumindest dem ersten Punkt meines dringlichen Antrages alle Fraktionen in diesem Hause zugestimmt, nur eines ist, wir haben zwar zugestimmt, wir haben applaudiert, die eine oder andere KollegIn von der einen oder anderen Fraktion ist auch ans Rednerpult gegangen und hat die Wichtigkeit, die Bedeutung dieser Heimgartenbewegung erklärt und viele, die heute in Heimgartenkommissionen tätig sind, tun das fast jeden Sonntag oder sonst an irgendeinem Tag, wenn es ein Fest gibt in Heimgartenanlagen, wo sie den Heimgärtnerinnen und Heimgärtnern erklären, wie stolz sie auf die Heimgartenbewegung sind, nur letztendlich, wenn es um die Lösung ihrer Probleme geht, wenn es darum geht, den Heimgärtnerinnen und Heimgärtnern Sicherheit zu geben, dass die Heimgärtnerinnen und Heimgärtnern auch wissen und damit rechnen können, in einem Jahr oder in zwei Jahren auch noch ihre Heimgartenparzelle bearbeiten zu dürfen, dann herrscht Schweigen, dann herrscht Untätigkeit, dann herrscht einfach eines, das in die Ferne zu schieben, sich zu überlegen, wie kann ich Beschlüsse, Entscheidungen hintanhaltend und das ist nicht ehrlich. Und da denke ich vor allem, und sie schaut jetzt momentan nicht her, aber ich nenne sie beim Namen, weil sie ja diese Vertreterin der Heimgärtnerinnen und Heimgärtnern, so zumindest sich selbst titulierte, der ÖVP, und liebe Gerda, wo du sehr viel unterwegs bist, und ich habe es dir auch vor einem Jahr gesagt und habe dir gratuliert, dass du eine sehr treue Besucherin von diversen Veranstaltungen der Heimgartenanlagen bist, aber zu dieser Funktion als Sprecherin deiner Fraktion für Heimgartenbewegungen, als Mitglied der Kleingartenkommission erwarten sich die Heimgärtnerinnen und Heimgärtnern, und das sind tausende Grazerinnen und Grazer, nicht nur Lippenbekenntnisse bei Sommerfesten, sondern sie wollen Aktivitäten sehen und sie wollen eines haben, sie wollen sichere, abgesicherte auf Dauer fixe

Heimgartenanlagen haben und aus diesem Grund (*Applaus SPÖ*) stimmen wir selbstverständlich der Dringlichkeit zu und natürlich auch dem Inhalt. Ich hoffe nur eines, dass nicht irgendjemand wieder in einem Jahr hier auftreten muss am Rednerpult und wieder einen dringlichen Antrag stellt, der zwar auch wieder vielleicht die allgemeine Zustimmung erhält, aber wo nach wie vor nichts weitergeht und da bitte ich wirklich alle, das betrifft eine Sigi Binder, die ebenfalls in der Kommission ist, das betrifft die Gerda Gesek, die anderen Fraktionen wurden ja ausgeschlossen aus diesem Kreis, aus der Mitwirkung, wenn es darum geht, vernünftige Verhältnisse für die Grazer HeimgärtnerInnen zu schaffen, aber ich appelliere an euch und die anderen Mitglieder dieser Kommission, wirklich es ernst zu meinen und wirklich Taten umzusetzen (*Applaus SPÖ*).

GR. Mag. **Mariacher**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kollegen! Begrüße das erste Mal den Bezirksvorsteherstellvertreter aus Puntigam, Karl Kampfer, herzlich willkommen auch hier im Hause. Zu dem Thema an sich, zu dem von der KPÖ eingebracht und jetzt auch vom Kollegen Eichberger Stellung bezogen, eigentlich ins gleiche Horn stoßen, ich muss sagen, man muss schon bei der Sache im Detail auch bleiben und man kann diese Angelegenheit der Prekarien nicht in Bausch und Bogen beantworten. Wenn wir einmal das Ganze analysieren, so sind einmal sämtliche Heimgärten nicht betroffen, wo es keine Prekarien gibt, weil die würden ja vom Antrag nicht umfasst werden. Das heißt, jene Anlagen sind betroffen, in denen Prekarien vereinbart sind, wo auch die Heimgärtner, die dort ihr Gartenhäuschen haben, die ihre Beete betreiben, die ihren Garten betreiben, verständig sind, unter welchen Bedingungen, mit welchen Fristen sie diese Gärten haben. Und die Problematik ist richtig analysiert, da gebe ich auch dem Kollegen Eichberger recht, dass man bis zu einem gewissen Datum immer wieder zittern muss, kann man im nächsten Jahr sozusagen noch in diesem Heimgarten bleiben, weil meistens ja eine jährliche Frist vereinbart ist, wo dieses Prekarium schlagend werden kann. Die Problematik ist, was ich gemeint habe mit Bausch und Bogen, dass bei jedem Heimgarten, bei jeder einzelnen Parzelle möglicherweise andere Gründe vorliegen, warum dieses Prekarium vereinbart worden ist. Das können gegebenenfalls Trassenprojekte sein, das können aber auch andere Ideen gewesen

sein, die im Hintergrund stehen, wo auch die Stadt gesagt hat, und es auch so vereinbart ist, wir wollen diese Fläche uns vorbehalten für diese Investition, für diese Initiative frei halten, als Gedankenmöglichkeit frei halten und so lange, bis diese Initiative schlagend wird, können und dürfen Heimgärten dort errichtet werden, betrieben werden. Und ich bin vollkommen beim Antragsteller, wenn es darum geht, Prekarien aufzulösen, wo die Sinnhaftigkeit der dahinterliegenden Argumentation, warum dieses Prekarium überhaupt gebildet worden ist, wenn das wegfällt, wenn das nicht mehr Gegenstand unserer heutigen Gedanken sind, wie wir die Stadt entwickeln möchten, dann bin ich dafür und dann gehen wir selber auch mit als Antragsteller drauf, wir bieten uns da gerne an, dass wir in diesen Fällen wirklich eine Bereinigung der Strukturen schaffen, um diesen Heimgärtnern dort die entsprechende Sicherheit zu geben. Generaliter, so wie es in diesem Antrag formuliert wird, sämtliche Aufhebung der Prekarien können wir in dieser Form nicht zustimmen, weil wir die Hintergründe nicht im Einzelfall kennen. Aus diesem, nur aus diesem Grund, stimmen wir der Dringlichkeit und dem Antrag nicht zu. Danke.

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit angenommen.

GRin. **Gesek** zum Antrag: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Namens der Gemeinderatsclubs von ÖVP und Grünen stelle ich zum dringlichen Antrag der KPÖ den Abänderungsantrag:

1. Die Stadt Graz bekennt sich zu den Heimgartenanlagen und unterstützt die Heimgärtner nach Möglichkeit bei ihrer wertvollen Arbeit zur Erhaltung und Pflege dieser für Graz so unverzichtbaren Grünräume.
2. Es besteht keinerlei aktueller Anlass zur Sorge hinsichtlich des Weiterbestandes der Grazer Heimgärten. Lieber Kollege Eichberger, um auch in der Zukunft unsere Heimgärten bestmöglichst abzusichern, möge der Gemeinderat der Stadt Graz an die Kleingartenkommission mit dem Ziel herantreten, ein entsprechendes Konzept zu erarbeiten. Dies soll unter Einbindung der städtischen Liegenschaftsabteilungen und unserer Töchter in

enger Abstimmung mit der Neuerstellung des Flächenwidmungsplanes unter Einbindung der Vertreter der Grazer Heimgartenvereine erfolgen (*Applaus ÖVP*).

GR. **Eichberger**: Nicht alles, was eine grüne Jacke ist, ist auch eine Vertreterin der Heimgartenbewegung (*Applaus SPÖ*). Liebe Gerda, sei mir bitteschön nicht böse, dass du dich getraust, als Mitglied dieser Kommission herauszugehen und einen so einen Larifari-Abänderungsantrag einzubringen, das ist ja unbeschreiblich (*Applaus SPÖ*), aber zur Sache selbst. Es steckt schon mehr dahinter, weil wenn eine grüne Bürgermeisterstellvertreterin das Vorwort für eine Festschrift eines Heimgartenvereines verweigert, wenn die ÖVP-Gemeinderätin da herausgeht und tatsächlich in Punkt 1 sagt, nach Möglichkeit sollen die HeimgärtnerInnen unterstützt werden, dann müssen ja berechtigterweise bei allen Heimgärtnerinnen und Heimgärtnern die Alarmglocken läuten, dass sie taub werden, weil dann ist ja wirklich äußerste Gefahr im Verzug, dass hier etwas anderes geplant ist mit den Heimgartenanlagen und nicht das hehre Ziel, die Heimgartenbewegung zu fördern, zu unterstützen und auszubauen (*Applaus SPÖ*), sondern der ÖVP und den Grünen geht es anscheinend darum, billige Baugründe oder Gründe für den Ausbau von Straßen oder dergleichen zu erlangen, weil sonst kann es ja nicht passieren, dass so ein Abänderungsantrag passiert. Und seid mir nicht böse, der zweite Punkte, wo der erste ja schon verwerflich ist, dass ich nur nach Möglichkeit, was heißt nach Möglichkeit, wenn ich will, wenn ich nicht will, wenn ich mag oder was heißt das, wenn ich kann, und im zweiten Punkt vor allem, das ist überhaupt das Interessante, da soll sich jetzt auf einmal eine Kommission beschäftigen und ein Konzept ausarbeiten, wo wir vor einem Jahr bereits beschlossen haben, dass das geprüft werden soll, kommt die ÖVP, die vor einem Jahr dem Dringlichen zugestimmt hat, dass geprüft werden soll, dass endlich das in Dauerland umgewandelt wird, will sie jetzt eine Kommission einberufen und ein Konzept erarbeiten, das ist ja eine Frotzelei (*Applaus SPÖ*) aller Heimgärtnerinnen und Heimgärtner. Und wenn dann eine Gemeinderätin Gerda Gesek selbst diesen Abänderungsantrag hier vorliest und sagt, es gibt keinen aktuellen Anlass zur Sorge...

Zwischenruf GRin. Gesek: Nenne sie.

GR. **Eichberger:** Keinen akuten Anlass, dann nenne ich sie, dazu wollte ich ja gerade kommen, aber die Aufregung ist ja so groß. Ich verstehe auch den Grund der Aufregung, weil, was bedeutet für die ÖVP akut? Akut bedeutet vielleicht für die ÖVP nicht im Jahr 2009, aber wenn der Liegenschaftsreferent und ÖVP-Stadtrat Dipl.-Ing. Rüschi erst unlängst am Samstag in einer Heimgartenanlage Theodor-Körner zum Ausdruck bringt, liebe HeimgärtnerInnen, bis 2012 sehe ich keine Gefahr, aber...

Zwischenruf GRin. Gesek: Du hast durch Abwesenheit geblüht.

GR. **Eichberger:** ..und jetzt spitzt die Ohren, liebe Gerda Gesek, der Herr Stadtrat Rüschi hat festgehalten, dass nach dem Jahr 2012 es nicht sicher ist, dass diese Heimgartenanlage dort noch besteht und bitte natürlich, wenn man heute hier davon großartig hineinschreibt, dass es keine aktuelle Sorge gibt, dann kann da irgendwas nicht stimmen. Von der Sorge und den Ängsten der anderen Heimgartenanlagen, die kein Dauerland haben, möchte ich gar nicht reden. Nur so viel zur Ehrlichkeit und zum Bewusstsein, wie mit dieser Heimgartenbewegung in Graz umgegangen wird. Liebe Gerda, es ist eine Schande (*Applaus SPÖ und Teile KPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl:** Herr Gemeinderat, zum Thema Schande, und das ist jetzt ganz was Wichtiges. Selbstverständlich hat der Gerhard Rüschi zum Ausdruck gebracht, dass solange Schwarz und Grün in der Stadtregierung was zu reden haben, sind diese Anlagen geschützt (*Applaus ÖVP*) und ich hoffe, dass das weitergeht. Ich weiß ja, dass du ein beherzter Kämpfer für Heimgartenanlagen bist, aber ich weiß auch noch etwas und du weißt das auch, wo sind die Menschen, und da gehören wir nicht

dazu von der ÖVP, die permanent die Heimgartenbesitzerinnen und Heimgartenbesitzer verunsichern. Du müsstest aus unserer gemeinsamen Arbeit und Geschichte hier wissen, dass die Stadt Graz überhaupt kein Prekarium aufgelöst hat oder daran gedacht hat in den letzten Jahren, eine Heimgartenanlage, nicht als Grünoase, nicht als Nachwuchsausbildungsstätte, nämlich für die Kinder usw. zu schützen, da ist ja überhaupt niemand da in der Stadt Graz, der so etwas denkt weder auf der Regierungsbank kenne ich jemanden, noch im Gemeinderat. Es rennen aber durchaus ein paar durch die Heimgartenanlagen und erzählen dauernd, dass alles so gefährdet ist. Eines stimmt, es gibt auch Prekarien und Nutzungserlaubnis von Unternehmungen und von privater Seite und von Seiten des Bundes und wir haben Gott sei Dank gemeinsam drum gekämpft, dass eine Bundesfläche, und ich sage jetzt nur Schörgelgasse (*Applaus ÖVP*), ein solches Ende gefunden hat und spätestens damals muss allen klar gewesen sein, dass auch ÖVP, eine SPÖ, eine KPÖ, eine FPÖ und die Grünen voll und ganz sich dafür eingesetzt haben, dass wir eine Lösung finden. Das war eine teure und nicht einfache Lösung, wir haben es endgültig abgesichert und ich kann es dir und den Heimgartenbesitzern sagen, solange ich da bin, brauchen sie sich keine Sorgen machen, dass wir in der Stadt Graz ein solches Prekarium auflösen sollen. Nichtsdestotrotz wäre es einmal gescheit, einmal darüber nachzudenken, und das hat der Gemeinderat Mariacher auch zum Ausdruck gebracht, das war einmal früher so, dass man gesagt hat, na das Grundstück ist jetzt frei, wer weiß, was es einmal werden soll, da habt ein Prekarium. Wenn wir jetzt auch im Rahmen des Stadtentwicklungskonzeptes, und deswegen auch der Abänderungsantrag, drüber im Klaren sind, dass das wertvolle Flächen sind und dass man diese Debatte auf unseren eigenen Flächen beenden wollen, dann sollte man das einmal klar und deutlich tun, indem man das wirklich auch umwidmet und dass man dann die Prekarien auflöst.

Zwischenruf GR. Eichberger: Dafür hättet ihr ein Jahr Zeit gehabt.

Bgm. Mag. **Nagl**: Noch einmal, das wird jetzt auch im Rahmen des gesamten Fläwiplans gebracht werden. Es ist ja nichts anderes als ein Wettrennen aller Fraktionen, um wieder alle zu beruhigen, aber nur deswegen, weil es auch ein paar gibt, die dauernd alle beunruhigen, und wo ich mehr Gefahr sehe und das ist nicht unwesentlich: Wir müssen wirklich schauen, wo sind noch die privaten Flächen, und ich sage jetzt nur Siemens, dort müssen wir wirklich schauen, wie man da künftig damit umgehen, weil das kommt dann oft ziemlich schnell auf uns zu und dann brauchen wir wieder eine Lösung, also das sind die Flächen, die fast prioritär behandelt gehören, weil ich da herinnen diese Ängste nicht habe, weil, wie gesagt, ich kenne im Rathaus niemanden, der sagt, er...

Zwischenruf GR. Eichberger: Auch die Privaten...

Bgm. Mag. **Nagl**: Ja, und das ist ganz wichtig, du weißt, wir haben mit der GVB und mit der Graz AG etwas zustande gebracht und haben jetzt relativ großzügige Heimgartenanlagen dort oben zustande gebracht, aber wir sollten uns zuerst um die kümmern, wo wir schon wissen, dass das in den nächsten Jahren schwieriger werden wird. Aber in der Stadt Graz weiß ich jetzt keinen Politiker und keine Politikerin, weder auf den Gemeinderatsbänken noch da, die irgendwo Lust hätte irgendwas da zu verändern, ganz im Gegenteil, wir gehen alle hin und freuen uns, dass wir solche, ich sage einmal, grüne Oasen in der Stadt haben, die eine Sozialfunktion haben, die eine Luft- und Ökofunktion haben, die für die Kinder wichtig sind, die für die Senioren ein wichtiges Thema sind.

Zwischenruf GR. Eichberger: Dann muss man auch was tun dafür.

Bgm. Mag. **Nagl**: Ja, ja, aber ich sage nur, keine Sonntagsrede, du weiß, ich bin da...

Zwischenruf GR. Eichberger unverständlich.

Bgm. Mag. **Nagl**: Das wäre gefährlich für die Heimgartenanlagen vielleicht, du weiß es ja nicht, aber...(*Applaus ÖVP*).

StR. Mag. Dr. **Riedler**: Also, Herr Bürgermeister, erstens einmal freue ich mich über das, was du gesagt hast, nur, das möchte ich dir schon einmal sagen, weil offenbar merkst du das nicht oder ist dir das nicht so bewusst. Die Wortmeldungen, die da gemacht wurden, und ich kenne Gerhard Rüscher schon sehr lange und er ist ein sehr vorsichtiger Politiker, er hat sich auch vorsichtig geäußert bei seiner Wortmeldung, wir waren ja, Kollegin Gesek, Gerhard Rüscher, auch ich bei der 60-Jahr-Feier des Heimgartens Theodor-Körner. Die hat die Menschen tatsächlich im Glauben gelassen, die Sache wäre nicht sicher, ich habe das dem Gerhard dort auch gesagt direkt danach, als wir noch kurz zusammen gesessen sind. Die Verunsicherung wird sehr oft auch von anderen Personen, auch von dir, erzeugt, oft vielleicht auch gar nicht absichtlich, aber sie ist dann da und dann bin ich der Meinung, sollten wir alles dazu tun, um sie wieder wegzukriegen diese Verunsicherung. Die Sache ist ganz einfach, wir müssen gar nicht warten auf die große Revision des Flächenwidmungsplanes, weil die dauert noch sehr lange, wir können, wenn wir uns darauf einigen, selbstverständlich, Herr Bürgermeister, im nächsten Gemeinderat beschließen, dass zum Beispiel Theodor-Körner zum Dauerland wird, das ist kein Problem. Wenn wir das nur alle wollen, Herr Bürgermeister, wenn wir das nur alle wollen (*Applaus SPÖ*). Daher frage ich mich, wenn eh alle der Meinung sind, wenn du niemanden kennst hier im Hause und auf der Regierungsbank, der das anders sieht oder der etwas anderes möchte, was steht uns noch im Wege? Bringen wir doch diese Freude und diese Sicherheit zu den Menschen, sie werden uns das

danken quer durch die Fraktionen. Nächster Gemeinderat, die SPÖ wird einen Antrag stellen, wir können alle zustimmen, hoffe ich (*Applaus SPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Noch einmal, ganz wichtig ist, zuerst muss man die Widmungsfragen der Grundstücke klären, das haben wir ja auch im Fall der Schörgelgasse so gemacht, da wurde...

Zwischenruf GRin. Gesek: Das gehört ja geklärt.

Zwischenruf StR. Mag. Dr. Riedler: Das geht ganz leicht. Da brauchst keine große Revision dafür.

Bgm. Mag. **Nagl**: Ganz wichtig, es haben manche den Abänderungsantrag nicht genau gelesen, da steht genau diese Geschichte drinnen: Unter Einbindung der Liegenschaftsabteilung unserer Töchter in enger Abstimmung, nämlich auch unserer Töchter, in Abstimmung mit der Neuerstellung des Fläwiplanes unter Einbindung der Vertreter der Grazer Heimgartenanlagen soll das erfolgen. Das geht über das hinaus...

Zwischenruf GR. Eichberger: Da brauchen wir kein Konzept.

Bgm. Mag. **Nagl**: Na sicher ist das ein Gesamtkonzept der Stadt Graz und das werden wir machen und deswegen ist das ja gar nicht so ein Streitthema.

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Finde ich toll, dass meine kurzen Worte in Andritz soviel Beachtung gefunden haben. Es war tatsächlich so, soweit stimmt das vom Kollegen Riedler, ich habe mich dort bemüht, sehr offen und ehrlich zu den Leuten zu reden, ich bin sehr oft angesprochen worden, was ist los und was ist nach 2012 los. Und das Jahr ist zustande gekommen, weil klar ist, auch den Heimgartenbesitzerinnen und -besitzern, dass 2012 die Flächenwidmungsplanrevision ist, und ich habe dort klar gesagt, dass bis 2012 aus meiner Sicht der Heimgarten völlig gesichert ist und danach kann es durchaus sein, dass andere Vorstellungen jedenfalls diskutiert worden sind, ich habe das sehr vorsichtig gesagt, ich verstehe das durchaus, die Leute haben genau den Umkehrschluss gezogen dann, ich wurde auch darauf aufmerksam gemacht, sie haben gesagt, aha, jetzt hat der Rüsch gesagt, ab 2012 gibt es den Heimgarten nicht mehr. Das habe ich dort nicht gesagt, sondern ich habe versucht, sehr offen und ehrlich das zu sagen, ich habe den Leuten dort auch gesagt, wenn ich ihnen jetzt sagen würde, ich garantiere dafür, dass dieser Heimgarten für immer und ewig bestehen bleibt, dann kann ich das nicht, und das wissen sie auch und das sagen die Leute auch. Also ich habe das versucht, so darzulegen und möchte jetzt gerne aber noch zwei oder drei Bemerkungen machen. Erstens an die SPÖ gerichtet. Sie wissen ja, wie das funktioniert, wenn das Dauerland wird, der Liegenschaftsreferent stellt den Antrag, dass das Prekarium umgewandelt wird in einen Dauervertrag. Ich denke, dass bis zum März 2008 der Liegenschaftsreferent nicht der Gerhard Rüsch war, sondern dass das jemand von Ihrer Partei war, der hier auf der Regierungsbank sitzt (*Applaus ÖVP*). Ich denke aber auch, es ist politisch wahnsinnig leicht Kleingeld zu holen, lieber Klaus Eichberger, soviel ich weiß, bist du ja auch einer, der von Fest zu Fest geht und sagt, ich stehe hinter euch, wir machen das. Ich finde es auch gut, wenn man das macht, aber ein paar Dinge sind schon zu bedenken. Wenn es ein Prekarium gibt, dann heißt das, dass der Grund vom Eigentümer unentgeltlich zur Verfügung gestellt wird. Ich kann mir nicht vorstellen, dass man Verträge abschließt, privatrechtliche Verträge mit Heimgartenvereinen, wo tatsächlich dann unentgeltlich und auf Dauer mit eingeschränkter Kündigung zur Verfügung stellt. Ich sage damit nicht, dass es nicht möglich ist, aber ich sage, das soll man sich sehr genau überlegen und das ist ja in diesem Konzept jedenfalls mit drinnen, dass man sich das tatsächlich von Heimgarten zu Heimgarten ansieht, das bitte ich auch zu bedenken. Wir machen ja den Leuten dann durchaus auch Versprechen und der dritte Punkt ist der, mir liegt

persönlich wahnsinnig viel daran, ich halte die Heimgartenbewegung für eine wirklich tolle Bewegung und Sie wissen alle, genauso wie ich das weiß, das ist für Menschen, die zum Beispiel in Hochhäusern leben im 8. Stock und keine Möglichkeit haben für ein paar Quadratmeter Grünfläche zum Gemüseanbauen, zum Blumenanpflanzen, was auch immer und das sind Menschen, die in den unteren Einkommen leben und das soll auch so bleiben bitte, das finde ich sehr, sehr wichtig und wie wir alle wissen, gibt es in manchen Heimgärten durchaus Leute, die dort Heimgärten haben, die nicht mehr dieser Einkommensklasse angehören und ich finde, man sollte auch darauf schauen, das ist auch ein Vorgriff auf die Heimordnung, die ich schon angekündigt habe, die wir diskutieren werden, dass eben auch der Charakter der Heimgärten erhalten bleibt (*Applaus ÖVP*) und dass wir uns dort weniger mit Dingen befassen und Einrichtungen, die eben einfach einem Kurzwochenendaufenthalt einer gehobeneren Schicht zukommt, wie Schwimmbäder zum Beispiel. Ich denke, das sollte man ebenfalls beachten, es geht nicht nur um das Prekarium, aber es geht auch darum, wir werden auch da um Unterstützung bitten (*Applaus ÖVP*).

GRin. **Binder**: Also es geht darum, dass ein Konzept erstellt wird, und Herr Stadtrat Rüschi hat von der Qualität gesprochen und da springe ich jetzt ein, und vom Charakter der Heimgartenbewegung. Wenn wir ein Konzept erstellen, dann geht es mir oder uns Grünen nicht nur darum, wo müssen gesicherte Flächen sein und wo könnten eventuell zusätzliche Flächen gewidmet werden, sondern mir geht es auch darum, dass sich der Charakter der Heimgartenbewegung auch in gewisser Weise ändert. Mittlerweile gibt es ja nicht nur diese klassischen Heimgärten, es gibt ja auch interkulturelle Gärten, es gibt Gemeinschaftsgärten...

Zwischenruf unverständlich.

GRin. **Binder**: Du weißt das nur nicht, weil du offenbar so Scheuklappen hast und nur das eine siehst. Also es gibt diese anderen Gärten schon, ob der Kollege Eichberger das wahrhaben möchte oder nicht, ist völlig belanglos in dieser Geschichte und wenn es um eine Konzepterstellung geht, dann wird auch dieser Punkt sicherlich Beachtung finden müssen, wie können diese Gärten, die von Menschen mit Migrationshintergrund bearbeitet werden, mit genauso viel Liebe wie unsere Leute das tun, wie können die auch abgesichert werden (*Applaus Grüne und ÖVP*).

GRin. **Bergmann**: Sehr geehrte Damen und Herren! Es geht, wenn wir uns jetzt alle zu diesen Heimgärten bekennen, das glaube ich sofort, allerdings worum es uns geht, ist das, dass diese Heimgärten im städtischen Besitz bleiben. Wenn es jetzt Prekarien sind, ist das ok, solange diese Prekarien nicht angetastet werden, also ich rede jetzt in erster Linie von diesen Heimgärten, die auf städtischem Grund sind. Aber wenn es nicht die Absicht ist, diese Prekarien in der nächsten Zeit anzugreifen, was widerspricht dann, diesen Heimgärten einen Dauervertrag zu geben? Ich habe früher mit der Gerda Gesek gesprochen in der Pause und da haben bei mir eigentlich die Alarmglocken geläutet, denn dieses Konzept, wenn das in diese Richtung geht, dass dann einzelne Heimgärten an die Heimgartenpächter verkauft werden sollen und diese ganzen Heimgartenanlagen dann in einem privaten Verein enden, das kann auch nicht die Lösung sein. Also, wir möchten in erster Linie diese Heimgärten im städtischen Besitz haben, aber dennoch den Heimgartenpächtern und den Heimgartenvereinen Sicherheit für die Zukunft geben, das ist uns in erster Linie wichtig, dabei. Danke (*Applaus KPÖ*).

GR. **Grosz**: Hoher Gemeinderat, wir haben der Dringlichkeit zuerst nicht zugestimmt, des Antrages, wir stimmen dem Inhalt selbstverständlich zu. Frau Kollegin Binder, ich danke Ihnen, Sie haben mir die Augen geöffnet, inhaltlich sind wir voll auf Antrag und auf Linie der KPÖ und der Sozialdemokratie und das ist auch gut so (*Applaus BZÖ*).

GRin. **Schloffer**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Sie haben gesagt, man soll nicht durch die Gegend gehen und die Leute verunsichern. Ich denke nicht, dass ich eine der Personen bin, die die Leute verunsichert und durch die Heimgärten geht.

Zwischenruf GR. Dr. Piffl-Percevic: Das hat jemand anderer gepachtet.

GRin. **Schloffer**: Nicht auf mich? Danke. Das wollte ich klarstellen. Sehr geehrter Herr Bürgermeister, Sie haben gesagt, Sie wollen die Widmungen klären, Sie wollen ein Gesamtkonzept klären. Das will ich auch mit meinem Antrag, da sind wir eigentlich einer Meinung, da brauchen wir keinen Zusatzantrag. Genau das wollte ich mit meinem Antrag. Herr Kollege Eichberger, ich brauche nicht abschreiben, ich habe noch nie abgeschrieben, nicht einmal in der Schule, das habe ich nicht notwendig, das kam von mir persönlich als Anlassfall, ich habe nichts abgeschrieben, da können Sie sicher sein. Danke trotzdem für die Unterstützung. Wir wissen, die Heimgärtner haben keine Lobby hinter sich, sie werden geduldet, aber sie haben keine Lobby, so wie manch andere Menschengruppen. Die, die befristet haben, denen geht es genauso, wie wenn ich eine befristete Wohnung habe, da tue ich auch nicht viel investieren, wenn ich nicht weiß, wie lange ich noch drinnen bleiben kann und genauso gibt es Leute von den befristeten Gärten, die haben wirklich schon alte Holzhütten oben, wissen aber nicht, sollen sie es jetzt erneuern, sie würden schon gerne, weil sie schämen sich für die alte Holzhütte, aber sie können sie nicht erneuern, weil sie nicht wissen, können sie nächstes Jahre noch bleiben oder nicht, das ist mit ein Grund. Irgendwie haben ÖVP und Grüne dann meinen Antrag nicht richtig gelesen. Mein Ansinnen ist, die Prekarien, warum akut oder aktuell, liebe Gerda, du hast da heraußen gesagt akut, geschrieben hast du aktuell, heraußen hast du gesagt akut. Ich finde es sehr wohl akut, da gebe ich dir Recht, im nächsten Jahr wird der neue Flächenwidmungsplan beschlossen (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*). Mein Ansinnen ist es eben zu prüfen, dass man diese Prekarien umwidmet in Dauerland. Nichts anderes, als es zu prüfen, du hast es anders formuliert. Wir sind auf einer Linie, Gerda, darum habe ich jetzt gesagt, ihr

habt meinen Antrag nicht richtig kapiert oder verstanden. Ich möchte haben, dass es geprüft wird, der Gemeinderat soll sich bekennen, dass die Prekarien aufgelöst werden und in Dauerland umgewidmet werden und die Leute nicht mehr verunsichert sind, das ist das (*Applaus SPÖ, KPÖ und BZÖ*). Haarscharf der gleiche Antrag, also bitte, aber du stellst trotzdem deinen eigenen. Dankeschön für die Unterstützung.

Der Abänderungsantrag von ÖVP und Grünen wird mit Mehrheit angenommen.

8) Erweiterung der sicherheitspolizeilichen Kompetenzen von Bürgermeistern in Statutarstädten

GR. Mag. **Korschelt** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. Mag. **Korschelt**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, hoher Gemeinderat! Nachdem die Uhr ja schon fünf vor zehn zeigt, möchte ich es kurz machen. Im Wesentlichen geht es darum, dass wir das immer wieder leidvoll festgestellt haben, ja heute auch bei Beginn der Gemeinderatssitzung bei der Diskussion, dass der Bürgermeister ja im Großen auch Bezirkshauptmann der Stadt oder in dem Fall des Bezirkes Graz ist mit einer Ausnahme, die Sicherheitskomponente ist ihm nicht gegeben. Also er unterscheidet sich da sehr wohl vom Bezirkshauptmann von Leibnitz, oder wo auch immer, der ja auch gleichzeitig Vorgesetzter der Polizei beziehungsweise vor langer Zeit auch der Gendarmerie war. Es gibt immer, und da wird auch der Bürgermeister und da muss ich ihm auch, ich hoffe, er verzeiht es mir, sogar in Schutz nehmen, weil er wird immer zu Unrecht oft geprügelt, weil er immer wieder, wenn es Sicherheitsprobleme gibt, eigentlich auf den Bürgermeister eingepügelte wird, aber im Prinzip in dem Fall gar nichts dafür kann, weil er ja nur immer wieder bitten und im Prinzip betteln kann bei der Polizei, dass sie eben gewisse Aktionen im Sinne einer besonderen Sicherheit für Graz oder für eben Städte mit eigenem Statut macht oder machen soll. Wir haben uns das sehr lange

überlegt, ob es eine Änderung geben würde, auch danke dem Klubobmann der ÖVP, der uns da sehr unterstützt hat. Die ursprüngliche Idee von uns ist fast nicht möglich, weil es eine Änderung der Bundesverfassung beinhalten würde, deswegen haben wir uns zu folgendem Antrag durchgerungen und wo ich eben bitte um die Annahme dieses

d r i n g l i c h e n A n t r a g e s :

Der Grazer Gemeinderat wolle beschließen:

Herr Bürgermeister Nagl wird ersucht, an den Städte- und Gemeindebund mit der Zielsetzung heranzutreten, den Bürgermeistern von Statutartstädten im Bereich von Bundespolizeibehörden eine effiziente Koordination der Sicherheitsaufgaben zu ermöglichen.

Als mögliche Vorstufe zu einer Neuordnung der Kompetenzen von Städten mit eigenem Statut wird Herr Bürgermeister Nagl ersucht, im Städte- und Gemeindebund auch anzuregen, den Bezirkskoordinationsausschuss für Angelegenheiten des Katastrophenschutzes um die Angelegenheiten der allgemeinen Sicherheitspolizei zu erweitern. Ich ersuche um Annahme (*Applaus FPÖ*).

GR. **Grosz** zur Dringlichkeit: Hoher Gemeinderat, lieber Kollege Korschelt, wir unterstützen es und regen an, der Bürgermeister Nagl wird ersucht, an den Bundesgesetzgeber sowie an den Städte- und Gemeindebund heranzutreten. Der Zusatz Bundesgesetzgeber ist, glaube ich, in diesem Fall wirksam, weil wir dann auf zwei Spuren wandeln in der Hoffnung, dass unser Bürgermeister zum Obersheriff dieser Stadt wird.

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

GR. **Schneider** zum Antrag: Herr Kollege, ich unterstelle Ihnen einmal, dass Sie mit dem Antrag die Sicherheitssituation hier in Graz verbessern helfen wollen. Dem stehen wir sehr offen gegenüber. Bei dem Antrag ist natürlich zu bemerken, dass er Chancen und Gefahren gleichzeitig in sich birgt, also die Chancen sind sicher, dass eine effizientere Steuerung der Polizei in Graz mit unserem Hintergrund, mit dem Hintergrund der Gemeindepolitik, nämlich einem vermehrten Wissen über die Probleme, die es tatsächlich in der Stadt gibt, möglich sein soll. Selbstverständlich gibt es auch Gefahren, die Polizei ist innerhalb des Staates die Verwahrerin des Gewaltmonopols und das Gewaltmonopol mehr als in anderen Bereichen der staatlichen Verwaltung muss ausgeübt werden, also da ist eine ganz besondere Sorgfalt notwendig. Dieses Gewaltmonopol der Tagespolitik auszusetzen, birgt eine gewisse Gefahr in sich. Davor wollen wir nicht zuletzt auch die Entscheidungsträgerinnen und –träger in den Statutargemeinden schützen. Deswegen kommt von unserer Seite und auch namens der ÖVP ein Zusatzantrag zu Ihrem Antrag, der wie folgt lautet: Der letzte Satz Ihres Antrages soll quasi auch ergänzt werden, dass weiters auch anzuregen ist, den Bezirkskoordinationsausschuss für die Angelegenheiten des Katastrophenschutzes auch um die Angelegenheiten der Verkehrsüberwachung zu erweitern, auch das wäre ja ein Bereich, der interessant wäre anzusehen, dass die Stadt hier mehr Möglichkeiten der Mitsprache auch bekommt und der Steuerung und um da eine gute Basis und eine gute Diskussion über diese Vorschläge zu haben, weiters dass vor einer Initiative des Bürgermeisters oder der Stadt im Gemeinde- und Städtebund das Grazer Netzwerk Sicherheit mit der Angelegenheit zu befassen ist und dazu auch VertreterInnen der Polizei sowie Verfassungs- und GrundrechtsexpertInnen einzuladen sind und auch dem Gemeinderat über diese Beratungen Bericht zu erstatten ist. Ich bitte um Annahme auch dieses Zusatzantrages. Vielen Dank (*Applaus Grüne*).

GR. Mag. **Korschelt**: Selbstverständlich bin ich natürlich gerne bereit, den Zusatzantrag, danke, dass Sie das erweitern, ich habe kein Problem. Ich möchte nur sagen mit Ferdinand Raimund, lang steht die Welt nimmer, ein Antrag vom Korschelt wird einstimmig angenommen, das wundert mich. Herzlichen Dank (*Applaus FPÖ*).

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Der Zusatzantrag wurde einstimmig angenommen.

9) Sicherheitsinitiative Volksgarten-Sigmundstadl

GR. **Sippel** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Sippel**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Wie allgemein bekannt, ist die Grazer Hochburg des Drogenhandels seit gut einem Jahr der Volksgarten, und der ist auch verstärkt in der letzten Woche auch in das Blickfeld der Öffentlichkeit geraten.

Es gab Bürgerproteste, es gab Bürgerversammlungen und natürlich dementsprechend auch viele begleitende Medienberichte.

Es ist natürlich erfreulich das plötzliche Interesse der Rathauskoalition in dieser wichtigen Frage, wenngleich die Wirksamkeit der bisher ergriffenen Maßnahmen, die auch angesichts der Komplexität dieses Themas, an diesem muss ernsthaft gezweifelt werden. Am Beispiel Volksgarten offenbart sich dem aufmerksamen Politbeobachter eine Chronik des Scheiterns, die an jedem beliebigen Platz in Graz wiederholt werden könnte, sodass Maßnahmen lokaler Natur ohne die nötige Grundsätzlichkeit vielleicht zu einer Verlegung der Probleme, nicht aber zu deren Lösung führen werden.

Dieses Kumulat an gescheiterter Drogen-, Integrations-, Familien-, Sozial- und Bildungspolitik ist durch jahrelanges Wegsehen und Schönreden erst zur gegenwärtigen Größe im Volksgarten angewachsen.

Den kriminell handelnden Personen, gleichgültig welcher Herkunft sie sein mögen, das Handwerk zu legen, ist ein Ansatz, der nicht zuletzt durch einen verstärkten Exekutiveinsatz zu bewältigen sein wird.

Den vorwiegend jugendlichen Konsumenten andere Perspektiven aufzuzeigen, ist Aufgabe höherer politischer Körperschaften und kann aus Grazer Sicht alleine nicht gelöst werden. Dennoch ist der ÖVP, im Speziellen Herrn Gemeinderat Rajakovics, Recht zu geben, wenn er vorschlägt, dass es die öffentlichen Räume zurückzugewinnen gilt.

Da aber im Volksgarten nicht jeden Tag Kuchen essende Gemeinderäte zugegen sein können und sich weder Drogendealer noch Konsumenten durch eine aufregende Partie Schach von ihren Machenschaften abbringen lassen werden, gilt es, begleitend auch konkrete Maßnahmen zu ergreifen.

Ich stelle daher namens des FPÖ-Gemeinderatsklubs nachstehenden

d r i n g l i c h e n A n t r a g :

Der Grazer Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Stellen des Magistrates werden beauftragt, die rechtlich relevanten Schritte zur Umsetzung nachfolgender Maßnahmen einzuleiten beziehungsweise über damit in Verbindung stehende allfällige rechtliche Notwendigkeiten dem Gemeinderat Bericht zu erstatten:

- Zur Unterstützung der Exekutive soll im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten im Volksgarten und Sigmundstadl auch die Ordnungswache eingesetzt werden, wobei die hierzu eingeteilten Ordnungswächter im Sinne einer „Ordnungswache Volksgarten“ ihr ausschließliches Einsatzgebiet im Volksgartenpark und im Umfeld der in der näheren Umgebung befindlichen Schulen haben sollen.
- Im Bereich des Volksgartenparks und der umliegenden Schulen soll das gesamte Areal als „hot spot“ markiert und in der Folge videoüberwacht werden, auch wie das die Stadträtin Edlinger bei der Bürgerversammlung ja begeistert aufgegriffen hat diese Idee, die von den Bürgern vorgebracht wurde, wobei durch eine eigene Beschilderung gesondert auf diesen Umstand hinzuweisen ist. Danke (*Applaus FPÖ*).

10) Maßnahmenpaket im „Notstandsgebiet Volksgarten“, Bezirk Lend

GR. Mag. **Mariacher** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

Mag. **Mariacher**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Situation in und rund um den Volksgarten in diesem Viertel ist akut. Wir haben dort eine Steigerung an Kriminalität, aber auch ein Absinken im gleichen Maß an Lebensqualität, die himmelschreiend ist und ich habe mir die Frage gestellt, ob die Situation schlechter wäre, wenn wir keine Stadtregierung hätten, die an sich dort zuständig ist. Wir sind dort in einer Situation, die als hot spot bezeichnet worden ist bereits, ich bezeichne sie als No-go-Zone, wo Frauen sich am Abend nicht mehr raus trauen, wo Kinder, Jugendliche angesprochen werden, mehrfach hintereinander, ob sie Drogen kaufen möchten, ob sie nicht einmal etwas probieren möchten. Ich denke, die Situation ist absolut eskaliert, aus dem Ruder gelaufen und ich sehe da nicht nur die einzelnen ressortzuständigen Stadtregierungsmitglieder, sondern die gesamte Stadtregierung in der Haftung drinnen (*Applaus BZÖ*), weil es ist Aufgabe jedes Stadtregierungsmitgliedes, bei Auffälligkeiten sich entsprechend zu äußern und zu dokumentieren, warum er nicht das aufgezeigt hat das Problem in der gesamten Stadt Graz und warum nicht die entsprechenden Maßnahmen eingeleitet worden sind. Die Situation ist insofern himmelschreiend, weil hier nicht nur das Recht auf Heimat für die dort lebende in Graz verwurzelte Bevölkerung mit Füßen getreten wird, sie ist auch absolut unwürdig einer Menschenrechtsstadt, die sich ja auch Graz bezeichnet, weil hier, es wurden heute viele Rechte, Kinderrechte usw. von Asylantragstellern, die einen negativen Bescheid erwartet haben oder bereits erhalten haben, erwähnt, es ist himmelschreiend, wie hier Frauenrechte in diesem Grazer Bezirk Tag für Tag missachtet werden, untergraben werden, wie Kinderrechte beeinträchtigt werden, wie das Recht all jener, die sich dort aufhalten und vor allem, die dort leben, auf körperliche, geistige und psychische Unversehrtheit mit Füßen getreten wird. Ich frage mich, ob hier dieses Viertel, das jetzt so akut betroffen ist, ob das der erste Baustein sein soll, dass sich die Grazer aus dieser Murvorstadt zurückzieht, sukzessive ein Viertel nach dem anderen, ob wir diese Stadt aus unserer Hand geben wollen und diese den kriminellen Banden, dem Drogendealer, den Räuberbanden vor den Hals werfen sollen. Ich sage nein dazu, ich sage, wir wollen unsere Stadt zurück, wir wollen auch nicht mehr diese Tiraden und Ausreden,

die wir seitens der Stadtregierung bisher erfahren haben, länger mehr dulden. Wir wollen Sicherheit dort, wir wollen Lebensqualität, wir wollen, dass in jedem Park und jeder Straße, auf jedem Platz, und da genügt es nicht nur, die eine oder andere Videokamera aufzustellen, da genügt es nicht, verstärkte Ordnungswache reinzubringen, verstärkt dort patrouillieren zu lassen, da muss ein integratives verzahntes Maßnahmenpaket her, um diese Situation wieder in den Griff zu kriegen. Wir sehen aber auch, dass hier die Bürgermeisterpartei mit dem Bürgermeister Nagl völlig am falschen Platz unterwegs ist, völlig einen falschen Kurs verfolgt. Mit Schachspielen im Volksgarten, mit Errichtung einer Hundewiese, mit Flugzetteln verteilen wird das Problem nicht gelöst werden. Meine Damen und Herren, die ÖVP sollte doch stattdessen noch eher einen Bittgottesdienst machen, dass wir die Drogendealer aus der Stadt verbannen, das wäre 400 % mehr als das, was hier getan wird (*Applaus BZÖ*). Die SPÖ scheint auch hier etwas, sage ich einmal, verklärend unterwegs zu sein. Ich habe das bei den Diskussionen auch verfolgt, die wir im Bräukeller geführt haben, es ist aus meiner Sicht in keiner Weise ein Lösungsansatz, dass man eine Gruppen fördert oder das Umfeld fördert, nur um die Situation zu beruhigen, indem man kriminellen Individuen beziehungsweise ihren Hinterleuten Geldgeschenke mittels Support, Beratung oder Betreuern beschenkt und sie auffüttert und sozusagen ihre kriminelle Neigung mit Satttheit einfach zermürbt. Das ist meines Erachtens nicht der Ansatz und kann gegenüber den Grazer Bürgern und Steuerzahlern, die ihr Geld wirklich hart verdient haben und der Stadt treuhänderisch überantwortet haben, nicht zugemutet werden. Wenn dies nicht der Ansatz seitens der SPÖ ist, dann ist es ok, ich habe es so in der Intention herausgehört. Bei den Grünen, denke ich mir, ist Heimat für sie kein Wert, die Frauenrechte zählen nur dann, wenn sie diverse Minderheiten möglicherweise betrifft, bei Kinderrechten, wie man es heute in der Diskussion gehört haben, die Rechte, dass wir hier in Graz geordnete Verhältnisse schaffen, die Rechte, dass wir hier in Graz wirklich Lebensqualität, Gesundheit an unsere Kinder, an unsere Jugendlichen und die nächste Generation weitergeben, sehe ich hier in dieser Koalition, hier in dieser Grün-Politik ja nicht einmal gefährdet, sie ist als desaströs zu bezeichnen (*Applaus BZÖ*). Es ist eine absolute Fehlentwicklung, die hier in Graz festzustellen ist und wir müssen natürlich auch als Opposition, das ist unsere Aufgabe und dafür sind wir gewählt worden, auch die Verantwortlichkeit dafür nennen. Eine Verantwortlichkeit, die sich alleine dadurch ergibt, wie sehr sich die

Diskussion oder die Situation in den letzten Jahren verschlechtert hat, wie wenig Effizientes unternommen worden ist, wie die BürgerInnen dieser Viertel im Sigmundstadl, im Volksgartenbereich des Bezirkes Lend im Stich gelassen worden sind. Und das, obwohl eigentlich die Grazer Stadtregierung die Handhabe ja bereits gehabt hätte. Wir haben immer wieder Probleme, wo die Stadt Graz sagt, ja mei, da können wir nichts tun und wir sind ja so arm und das Land tut nicht weiter und der Bund tut nicht weiter. Die Stadt Graz hat, wie jede andere Gemeinde die Möglichkeit, das Sicherheitspolizeigesetz anzuwenden aus dem Jahr 2002 und wir fordern, dass hier als eine der Akutmaßnahmen wirklich Schutzzonen geschaffen werden im Volksgartenbereich, natürlich unter Inkludierung der Schulen, wie das auch von der FPÖ richtigerweise gefordert wird, wir möchten dieser Drogendealerei den Kampf ansagen. Ausgangspunkt ist für kriminelle Machenschaften, dass hier alte Frauen, alte Menschen beraubt werden, bestohlen werden, dass hier zwei- und vierrädrige Fahrzeuge massenweise abhanden kommen, dass hier keine Sicherheit mehr gegeben ist, ja, dass wir kurz davor stehen, dass in diesem Bereich wirklich eine Ghettoisierung entsteht, dass Menschen beginnen, diesen eigentlich schönen Teil der Stadt, aus diesem schönen Teil der Stadt abzuwandern. Diesen Entwicklungen müssen wir massiv einen Riegel vorschieben und da ist eine der Kernaussagen oder Kernmaßnahmen, die wir fordern, exemplarisch fordern, wo jede Fraktion auch aufgerufen wird, hier entsprechend ergänzend mitzuwirken, dass ein integratives verzahntes Maßnahmenpaket besteht. Wir möchten natürlich auch, dass die Ordnungswache verstärkt eingesetzt werden kann, wir möchten, dass die Polizei diese Schutzzonen auch nützt, um Personen, die sich in diesem Viertel aufhalten, nicht nur zur Ausweiskontrolle bewegen zu können, sondern dass man wirklich auch danach trachtet, ob hier wirklich kriminelle Eigenschaften, ich denke etwa an Drogenhandel etc. vonstatten gegangen sind. Wir möchten, dass die Stadt Graz wirklich alle Maßnahmen ausschöpft in Zusammenhang auch mit anderen Behörden, Bund und Land, um wirklich nachhaltig und intensiv zu landen und Asylantragsteller, die sich in unserer Heimat aufhalten und die ihrer kriminellen Machenschaften überführt worden sind und sich dabei teilweise mafiös beteiligen, dass die wirklich abgeschoben werden, denn diese Personen haben in unserer Stadt, in unserer Heimat nach meiner Auffassung keinen Platz. Wir möchten aber auch ergänzend eine intensivere Drogenprävention, weil wir wissen natürlich, dass Kinder, Jugendliche, die einmal probiert haben, die vielleicht in eine Abhängigkeit bereits

geraten sind, dass sie hier entsprechend unterstützt werden sollen und vor allem auch jene, die noch davor sind, die noch nicht in diese, leider Gottes, in diese Situation geraten sind, dass wir hier im Rahmen Sozialinitiative, aber auch im Sportbereich, und da sind wirklich wieder alle aufgefordert in der Stadtregierung, dass man hier wirklich Konzepte einsetzt, integrative Konzepte, um hier den Kindern, die vielleicht aus einem „nicht geordneten“, unter Anführungszeichen, Elternhaus kommen, hier wirklich Ersatzfamilien anzubieten, das können Gemeinschaften sein, das können Sportvereine sein, das können Kulturorganisationen sein. Wir möchten aber auch, dass dieser offenen Suchtgiftszene im Hintergrund, die latent vorhanden ist, auch seitens der Politik und von der Öffentlichkeit null Toleranz entgegengebracht wird. Wir möchten auch den Ausbau von, und da ist die Landespolitik natürlich stark gefordert, den Ausbau von stationären Einrichtungen, um den Drogenentzug wirklich zu verbessern, weil es unzumutbar ist, dass Drogenabhängige, die von sich aus bereit sind, sich von dieser Sucht zu befreien, Wochen oder über ein Monat oder länger noch warten müssen, bis sie einen entsprechenden Entzugsplatz bekommen.

Daher stellen wir seitens der Fraktion des BZÖ in dieser wirklich brisanten Situation folgenden

d r i n g l i c h e n A n t r a g :

Der Gemeinderat der Stadt Graz wolle beschließen:

Der Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl, der Bürgermeister selbst, wird auch in Ausübung der Kompetenz-Kompetenz als Oberhaupt der Stadt Graz aufgefordert:

1. Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl soll untersuchen und alsbaldigst dem Gemeinderat berichten, warum eine solche Fehlentwicklung vonstatten gehen konnte und welche Änderungen in jeglicher Hinsicht vorzunehmen sind, um das künftig beziehungsweise anderswo hintanzuhalten, weil es ist klar, dass auch demnächst andere Viertel zu so einem hot spot werden können. Dabei sind die konkreten Verantwortlichkeiten bzw. Unterlassungen beginnend von der Stadtregierung plus Bürgermeister abwärts zu erkunden und jedenfalls zu beachten, dass allenfalls Arbeit, aber keinesfalls Verantwortung delegierbar ist.

2. Unter der persönlichen Leitung des Bürgermeisters Mag. Nagl ist eine umfassende Initiative der Stadtregierung zu setzen, um umgehend erste Notmaßnahmen zum Schutz der Bürger und zur Sanierung zu setzen. Diese können, wie exemplarisch benannt, wie folgt sein:
 - a. Einrichtung einer Schutzzone „Volksgarten“ in Anwendung des Sicherheitspolizeigesetzes BGBl I/Nr. 56/2006,
 - b. in Verhandlungen mit der Bundesministerin für Inneres ist eine Drogenermittler-Spezialeinheit für das Grazer Stadtpolizeikommando zu erreichen und auf eine restriktive Rückführung von des Drogenhandels überführten Asylanten und Asylantragstellern in ihre Heimatländer zu drängen,
 - c. das Grazer Stadtpolizeikommando um einen verstärkten Einsatz der Kräfte der Fremdenpolizei zu ersuchen,
 - d. beim Land Steiermark auf den verstärkten Bedarf an stationärer Einrichtungen zur Durchführung von Drogenentzugstherapien hinzuweisen und einen diesbezüglichen Ausbau der medizinisch-therapeutischen Angebote zum Drogenentzug einzufordern,
 - e. zu veranlassen, dass unter Einbeziehung aller Stadtsenatsreferenten der Bereiche Soziales und Frauen, Gesundheit, Jugend und Familie ein Sofort- und Notmaßnahmenpaket erstellt und geschnürt wird, um eine stärkere und aktivere Drogenprävention zu erreichen und nach außen wie nach innen keine Toleranz für eine „offene Suchtgiftszene“ zu vermitteln.
3. Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl möge bei der beschleunigten Bearbeitung von Position 1 rückhaltlos vorgehen, um den offensichtlichen ernsten Systemmangel rasch und detailliert zu erkunden und dem Gemeinderat über die wohl massiven und zahlreichen sowie möglicherweise auch personellen Fehlleistungen zu berichten und weiters Vorschläge beizubringen als Grundlage für weitere Beschlussfassungen hierzu.

Die Situation ist dringend, wichtig, akut, ernst, wählen Sie, welchen Ausdruck Sie verwenden möchten, wir müssen etwas tun, packen wir es gemeinsam an, unterstützen Sie diesen Antrag. Danke (*Applaus BZÖ*).

Bürgermeisterstellvertreterin Rücker übernimmt um 22.05 Uhr den Vorsitz.

GR. **Schneider** zur Dringlichkeit: Also, man soll ja nichts aus dem Zusammenhang reißen, aber in einem Antrag steht zum Beispiel der Satz drinnen, dieses Kumulat an gescheiterter Drogenintegrations-, Familien-, Sozial- und Bildungspolitik usw., das ist von der FPÖ gekommen, gehen Ihnen vielleicht die Augen einmal ein bisschen auf, in welcher Breite man das Problem auch ansehen muss? Es ist richtig, es ist viel nötig in der Drogenpolitik, in der Integrationspolitik, in einer Familienpolitik, die Migration mitdenkt, ebenso eine Sozial- und Bildungspolitik, die Migration mitbedenkt, das ist richtig, da muss man ansetzen. Wenn man dann umblättert und zum Antragstext kommt, dann kommt man auch gleichzeitig am Boden der Realität an, es geht natürlich nicht wirklich um eine bessere Bildungspolitik, eine bessere Integrationspolitik hier etc, nein, es wird nach Kameras und Polizei gerufen, schade. Ähnlich beim Antrag des BZÖ, immerhin ist im Antragstext dann etwas über Drogenpolitik drinnen, immerhin eine Erweiterung, aber ansonsten werden hier wieder Fantasien bemüht, Herr Kollege Mariacher, was Sie da zum Teil zusammenreden, das ist hochinteressant, vielleicht lesen Sie sich einmal im Nachhinein das Protokoll durch, was Sie da so sagen. Die Drogendealer sollen endlich aus dem Stadtgebiet verbannt werden...

Zwischenruf GR. Mag. Mariacher: Aus Österreich.

GR. **Schneider**: ...und dann sollen sie ihr Unwesen in Hitzendorf und in Seiersberg vielleicht treiben. Gut, wie auch immer Sie das auch anstellen wollen. Was Sie beide tun in diesem Falle ist, ein ganzes Viertel zu verleumden, hot spots und Schutzzonen über ein ganzes Viertel zu ziehen, ich weiß nicht, am besten auch noch die Leute, die dort wohnen, alle mit einem Stempel markieren. Ändern an den Problemen tun Ihre Ansätze überhaupt nichts und wir können froh sein, dass Sie hier nicht am

Ruder sitzen und agieren. Letztlich muss man ja sagen, Sie profitieren von Problemen, die es dort tatsächlich gibt, das ist richtig, Sie profitieren davon, indem diese Probleme nicht gelöst werden.

Zwischenruf GR. Mag. Mariacher: Sie machen diese Probleme.

GR. **Schneider**: Wir machen diese Probleme nicht, und ich muss Ihnen leider sagen, Sie sind diesmal zu spät dran, wir kümmern uns bereits um die Probleme, die konstruktiven Parteien hier in diesem Gemeinderat, die ÖVP, die SPÖ, die Grünen kümmern sich um diese Probleme und zwar schon länger. Sie sind leider zu spät dran, ich weiß, Sie schmeißen sich immer auf diese Themen und deswegen darf ich Ihnen ausrichten, dass wir weder bei der Dringlichkeit noch bei Ihren nicht wirkungsvollen Maßnahmen mitgehen werden. Dankesehr.

GR. Dr. **Piffli-Percevic**: Frau Vorsitzende, hoher Gemeinderat! Ich kann und soll es kurz machen, weil wir auch aus den Ausführungen von Stefan Schneider die wesentlichen Ablehnungsgründe gesehen haben. Es geht nicht an, ein ganzes Viertel, einen ganzen Bezirk zu, wörtlich, markieren, in zu beschildern, auszuweisen, ihn daher zu brandmarken...

Zwischenruf GR. Mag. Mariacher: Das tut ihr mit eurer Politik.

GR. Dr. **Piffli-Percevic**: Wir tun das Gegenteil, wir verwirklichen gemeinsam mit euch, gerade in unserem vorhergehenden einstimmigen Beschluss, tun wir uns doch

selber nicht den Mut absprechen, den wir doch haben. Einstimmig haben wir beschlossen, wir wollen bessere Koordinierungsmöglichkeiten für uns, für den Bürgermeister, der von uns gewählt wurde, damit die Stadtverwaltung mit der Politik gemeinsam strukturelle Maßnahmen setzen kann und präventive Maßnahmen. Beschildern, markieren, ausweisen, ausgrenzen, das sind nicht die Methoden, die zum Ziel führen. Die beiden Anträge sind von einem Gedanken geprägt, der nicht zielführend ist, um nicht weitergehend auszuführen. Stefan Schneider, auf ihn verweise ich vollinhaltlich. Ich verweise auf das Gemeinsame, was wir sehr positiv beschlossen haben und appelliere, dass wir auf diesem Wege gemeinsam, auch mit den anderen Behörden, unabhängig von Zuständigkeitsgrenzen uns die Probleme lösen und damit den Menschen helfen; wir lehnen daher beide Dringlichkeiten ab (*Applaus ÖVP*).

Bgm.-Stvin. **Rücker**: Ich wollte nur ganz kurz eine Anmerkung machen, weil ein Bild, das da gezeichnet wird, eben mit dem, dass man die Leute aus der Stadt hinausbringt, ein mittelalterliches Bild hat, weil wir haben anscheinend eine Stadt, wo wir Tore haben rundherum und dann machen wir die Tore zu. Wenn es so einfach wäre, das möchte ich nur so ein bisschen hinterfragen, in welcher Zeit wir uns bewegen und dass es ein bisschen komplexer ist, habt eben damit zu tun, dass wir heute und nicht im Mittelalter leben.

StRin. **Edlinger**: Ich darf nur ganz kurz für meine Fraktion zu diesen beiden Antrag Stellung nehmen. Ich glaube von mir behaupten zu dürfen und von einigen Kollegen/Kolleginnen auch in meiner Fraktion, dass wir uns jetzt schon seit längerem einfach intensiv mit den Problemen vor Ort befassen, auch im Austausch mit den Anrainern und Anrainerinnen sind und ich bin einfach zutiefst überzeugt davon, dass, wenn wir im und um den Volksgarten etwas weiterbringen wollen und die Situation für die Menschen verbessern wollen, dass sich dieses Thema und diese Fragestellungen einfach ganz, ganz sicher nicht dafür eignen, dass man hier

parteipolitisches Kleingeld versucht zu wechseln (*Applaus SPÖ*), dass man versucht mit dringlichen Anträgen, die man dann in der Gegend herumzeigen kann oder versucht, mit irgendwelchen medialen Schaumschlägereien zu punkten, das mag zwar vielleicht kurzfristig für eine Partei ein Erfolg sein, aber sicher nicht mittel- und langfristig die Situation dort vor Ort für alle Beteiligten verbessern, davon bin ich, davon sind wir einfach zutiefst überzeugt. Deswegen war es unser Anliegen auch immer schon, das Thema Volksgarten, die Probleme in und um den Volksgarten, auch als Thema in die Stadtregerungssitzung einzubringen. Zuletzt im März, jetzt aktuell wieder auf der Tagesordnung, das heißt, von daher ist für uns die Dringlichkeit dieser Anträge nicht gegeben, weil wir schon längst aktiv geworden sind, dass dies behandelt wird. Wobei ich gebe Ihnen Recht, und das habe ich auch bei der Bürger-/Bürgerinnenversammlung gesagt, es braucht ganz klare verbindliche Vereinbarungen zwischen den einzelnen Ressorts, zwischen den einzelnen Ressortverantwortlichen, damit wirklich Schritt für Schritt einfach Anstehendes angegangen wird, Probleme bearbeitet werden, und mir ist es einfach zu wenig, jetzt das nicht kontinuierlich zu behandeln und erst in einem halben Jahr sich dann wieder mit den Bürgern/Bürgerinnen zusammensetzen, da wären wir keinen Schritt weiter und weil ich glaube der Herr Klubobmann Sippel angesprochen hat, dass ich mich ja auch zum Thema Videoüberwachung geäußert habe bei dieser Bürgerversammlung, ja, das habe ich dort gesagt, ich habe gesagt, ich bin selbst ja nicht bekannt als Freundin von Videoüberwachungen, aber ich glaube, dass die Anrainer und Anrainerinnen ein Recht darauf haben, dass ganz genau geprüft wird, zum Beispiel an welchen Punkten, an welchen Stellen macht eine Videoüberwachung dort Sinn. Zum Beispiel im Zusammenhang Zufahrt von Drogen einkaufenden Konsumenten/Konsumentinnen in der Weißeneggergasse etc..., also ich glaube, diese Punkte und viele andere gehören einfach in einem kontinuierlichen Prozess abgearbeitet, aber da kommen wir besser weiter, wenn wir alle gemeinsam an einem Strang ziehen und vor allem uns alle gemeinsam an einen Tisch setzen und wir kommen sicher nicht weiter mit ein paar schnell geschriebenen dringlichen Anträgen. Daher nein zur Dringlichkeit und zu den Inhalten, sondern arbeiten wir kontinuierlich dran (*Applaus SPÖ*).

GR. **Sippel**: Ich möchte es auch kurz machen. Selbstverständlich ist es natürlich ein Kumulat, so wie auch natürlich auch wirklich so gemeint an verschiedenen Verfehlungen, auf verschiedenen Ebenen und es gibt auch auf verschiedenen Ebenen die unterschiedlichsten Missstände zu lösen, nur ist das eine längerfristige Geschichte, es ist ein längeres Vorhaben und ich glaube, da sind wir auch durchaus Ansprechpartner in den einzelnen Bereichen, aber was der Unterschied von uns zu Ihnen in diesem Fall ist, ist der, dass wir anscheinend die Einzigen sind, die in der Realität verhaftet sind und wir wollen hier redlich und auch auf Grund der Informationen und der Ängste und Sorgen, die wir von den Bürgern aus dieser Versammlung auch mitgenommen haben, hier auch wirklich etwas zur Lösung beitragen. Diese Vorschläge sind ja nicht etwas, was wir erfunden haben, sondern das ist das, was die Mehrheit der Versammelten hier dort auch gefordert hat und ich glaube jeder, der das verneint, war nicht bei derselben Veranstaltung und ich glaube, wir wollen uns nicht mehr länger in irgendwelchen Theoriestunden befinden oder in Theoriestunden abhalten, wir wollen endlich, dass etwas geschieht und diese Problemzone endgültig aus dem Grazer Stadtgebiet als Problemzone auch verschwindet. Und weil Sie hier das Bild gezeichnet haben von wegen Mittelalter, also ich glaube, da bin ich gerne mittelalterlich, wenn es darum geht, Kriminelle und Dealer aus dieser Stadt hinauszudrängen, auch von den Toren oder sonst irgendwo (*Applaus FPÖ*), das ist mir ganz egal. Ich glaube, dass Sie gut daran täten, hier die Ängste und Sorgen der Bürger auch wahrzunehmen, wenn Sie weiterhin auf diese Ignoranz auch setzen, wenn Sie diese Ignoranz weiter an den Tag legen, dann wird es Ihnen der Wähler auch dementsprechend danken (*Applaus FPÖ*).

GR. Mag. **Mariacher**: Sehr geehrte Damen und Herren! Ich denke, dass hier die Koalition aus Schwarz/Grün sich eine intellektuelle Blöße gegeben hat, indem sie uns, dem BZÖ, aber auch anscheinend der FPÖ vorwerfen, dass wir durch Einrichtung von Schutzzonen, und das ist ja eines unserer zentralen Forderungen, beschildern, markieren, ausgrenzen möchten. Sehr geehrte Damen und Herren! Die Koalition betreibt implizit eine Ausschilderung dieser Region, indem sie den Bürgern, die dort Leben, sagen, wenn sie mit den Zuständen, die dort herrschen, implizit sagt, das ist kein Lebensraum mehr für Grazerinnen und Grazer, das ist kein Lebensraum

mehr, der entsprechend Sicherheit bietet, das ist ein Lebensraum, der die Gesundheit der Kinder gefährdet, das ist ein Lebensraum, wo sie bestohlen und betrogen werden. Sehr geehrte Damen und Herren, Schwarz/Grün opfert einen ganzen Bezirk, der sich anscheinend immer weiter ausbreitet. Schwarz/Grün setzt keine ausreichenden Akutmaßnahmen, um die gesetzlichen Möglichkeiten, die die Stadt Graz innehat, auch wirklich auszunützen, Schwarz/Grün lässt die Grazerinnen und Grazer im Stich. Wir werden das nicht zulassen, wir wollen unsere Stadt zurück. Danke.

Die Dringlichkeit beider Anträge wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Die Vorsitzende erklärt, die dringlichen Anträge werden der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

11) Sicherstellung der vertragskonformen Umsetzung der Koralmbahn bis 2018 im Interesse des Wirtschaftsstandortes Graz

GR. **Grosz** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Grosz**: Sehr geehrte Damen und Herren, hoher Gemeinderat! Ich mache es kurz, der Antrag liegt Ihnen vor. Es ist Gefahr im Verzug, die Koralmbahn der baltisch-adriatische Korridor, der durch die Steiermark und durch Kärnten führt, ist ein Jahrhundertprojekt. Wir versprechen uns sehr viel. 2004 wurde mittels Vertrag zwischen der Bundesregierung, dem Land Steiermark und dem Land Kärnten, vertreten durch den verstorbenen Landeshauptmann Jörg Haider und der steirischen Landeshauptfrau Waltraud Klasnic, eine Rahmenfinanzierung und ein Bauetappenplan festgelegt. Bis 2018 soll der Koralmtunnel fertig sein. Viele Betriebe, viele Unternehmen, die sich angesiedelt haben in der Südsteiermark, in der Südweststeiermark, in Graz, am Güterterminal Werndorf, die nur auf Grund dieses

Korridors diese Bahnverbindung nutzen wollen, sind in Gefahr durch eine bestätigte Äußerung der Bundesministerin für Verkehr, Bures, die bis zum Jahr 2014 nunmehr plant, 594 Millionen Euro vom Etappenplan zu entziehen und auf einen späteren Zeitpunkt zu verlegen. Ich halte es grundsätzlich für falsch, in Zeiten einer Wirtschaftskrise Bauvolumen zurückzufahren, anstatt zu erhöhen, also das ist für mich vollkommen widersinnig. Ich glaube auch, dass durch diese Finanzierungsverschiebung der Fertigstellungstermin 2018 nicht einzuhalten sein wird, sondern Experten, und auch diese Steuerungs- und Arbeitsgruppe, die das Projekt Koralmbahn betreut, davon spricht, dass wir dieses Teilstück des Korridors erst 2024 fertiggestellt bekommen. Das ist arbeitsmarkt-, aber auch sozialpolitisch eine Katastrophe für Graz, für den Großraum Graz, für die Süd- und Weststeiermark, gerade in Zeiten, wo es Bauoffensiven braucht, aber auch gerade in Zeiten, wo es Hoffnung und Aufschwung braucht, auch Wirtschaftsentwicklung zuzulassen und zu fördern. Das Land Kärnten hat bereits eine entsprechende Resolution an die Bundesregierung verabschiedet, wo auch auf die Einklagbarkeit dieses Rahmenvertrages hingewiesen wird, das Land Steiermark hat es bis dato nicht gemacht, da es Landeshauptmann Franz Voves offensichtlich verweigert, sich hier auf die Hinterbeine zu stellen und gegenüber der Bundesregierung auch standhaft aufzutreten. Manche sprechen davon, dass die 594 Millionen Euro, die von der Rahmenfinanzierung des Koralmtunnels, der Koralmbahn entzogen worden sind, nunmehr dafür verwendet werden, andere Konjunkturpakete in der Steiermark zu schnüren, auf deren finanzielle Dotierung wir ohnedies Anspruch hätten, wenn man ordentlich verhandelt. Ich glaube, es ist ein klares Signal auch aus der Steiermark notwendig, es ist ein klares Signal auch im Interesse des Wirtschaftsstandortes und der Arbeitsplätze. Die Verträge sind einzuhalten, auch darauf pochen, dass der Koralmtunnel, die Koralmbahn, der baltisch-adriatische Korridor, seine Fertigstellung als Projekt 2018 auch eröffnet wird, um dem Wirtschaftsstandort gerecht zu werden.

Es ist daher Gefahr im Verzug und daher stellen die unterfertigten Gemeinderäte folgenden

d r i n g l i c h e n A n t r a g :

Der Gemeinderat der Stadt Graz wolle beschließen:

Der Gemeinderat der Landeshauptstadt Graz spricht sich vehement gegen eine finanzielle Kürzung der für den Bau der Koralmbahn im entsprechenden Rahmenplan fixierten Mittel aus und fordert die Bundesregierung und insbesondere die Bundesministerin für Verkehr, Innovation und Technologie auf, die notwendigen Schritte zu setzen, damit eine vertragskonforme Umsetzung des Koralmbahn-Projektes bis zum Jahr 2018 im Interesse des Wirtschaftsstandortes Graz sichergestellt wird. Ich ersuche um Ihre Zustimmung (*Applaus BZÖ*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit angenommen.

GR. **Eichberger** zum Antrag: Liebe Freunde, ich kann es relativ kurz machen in diesem Fall. Ich wollte mich zur Dringlichkeit melden und auch begründen, warum wir in diesem Fall gegen die Dringlichkeit sind.

Zwischenruf GR. Dr. Piffl-Percevic: Das interessiert uns jetzt sehr.

GR. **Eichberger**: Wir bekennen uns natürlich ganz klar, und das brauchen wir, glaube ich, da eh nicht erwähnen, und gerade als SPÖ-Mandatar brauche ich das nicht sagen, bekennen wir uns natürlich hundertprozentig zu diesem Großprojekt. Nur deshalb sind wir gegen die Dringlichkeit aufgetreten, weil es nicht so ist, wenn ein Nationalratsabgeordneter Grosz irgendwo eine Gefahr sieht oder irgendetwas wittert, dass wirklich was dahintersteckt. Anscheinend muss es zum Teil doch auch an der Funktion von Nationalräten liegen, weil ich kann mich noch gut erinnern, es ist noch nicht so lange her, wie Nationalratsabgeordnete, nämlich der Mag. Schönegger auch eine Initiative in die Welt gesetzt hat und auf einmal in ganz Graz herumgerannt ist und gesagt hat, das Margarethenbad wird Zugesperrt, dabei hat kein Mensch vom Margarethenbad zusperren gesprochen, hat er großartig eine Initiative gestartet, um

sich halt ins Rampenlicht zu setzen und ähnlich kommt es mir jetzt vor beim Herrn Nationalrat und Multifunktionär Grosz, der da einfach jetzt irgendwas behauptet, was hinten und vorne nicht stimmt, und es ist schon etwas verwunderlich, wo gerade auch Kolleginnen und Kollegen in diesem Hause sich ob der Tonart und ob der Kommunikation und der Wortwahl des Herrn Grosz hier aufregen, aber dann gleich, wenn es ihnen passt und vor allem wenn es halt eine rote Ministerin betrifft, ist ihnen auch der Inhalt und sind die Anschuldigungen und die Anschüttungen eines Herrn Grosz in diesem Antrag ihnen egal und das ist das, was ich hier bedauerlich finde. Groß immer aufschreien, Herr Grosz, du Böser, Böser, aber wenn es ihnen passt und wenn es gegen eine Rote geht, sind wir voll dabei. Weil es ist schon ein starkes Stück, was sich da hier der Herr Abgeordnete Grosz und Gemeinderat Grosz erlaubt, nämlich hineinzuschreiben, diese fahrlässig Vorgangsweise, wo gibt es eine fahrlässige Vorgangsweise; wo gibt es Beweise dafür, dass es das nicht gibt, dann möge sich der Herr Kollege Grosz einmal erkundigen, dieses ist auf Schiene, es ist das Geld da, es wird nicht gekürzt, es ist dieser beabsichtigte Fertigstellungstermin gesichert und, und, und. Das heißt, der Kollege Grosz kommt her, setzt ein Gerücht in die Welt, weil er irgendwo etwas gehört hat, geträumt hat oder sonst irgendwas oder weil er glaubt, es passt gerade in die Zeit, sich für den öffentlichen Verkehr stark zu machen und die ÖVP und alle anderen gehen ihm auf den Leim, ich gratuliere euch recht herzlich, ohne dass es geprüft wurde, nur aus dem Gedanken heraus, das ist der politische Gegner und da können wir vielleicht ein bisschen nachlegen und ein Schäufelr gewinnen. In diesem Sinn möchte ich euch nur sage, gratuliere euch, dass ihr dem Kollegen Grosz nicht auf die Schliche gekommen seid, das 1 : 1 übernommen habt, wenn es euch einen Spaß macht, weil es halt die Doris Bures betrifft, dann sollt ihr halt jetzt um 23.00 Uhr oder was noch eure Freude haben, wir sind dagegen, weil wir betreiben eine seriöse Politik...

Zwischenruf GR. Grosz: Jetzt wird es lustig.

GR. **Eichberger**: ...und nicht eine Angstmache und irgendeine Gerüchtepolitik. In diesem Sinn sind wir natürlich dagegen (*Applaus SPÖ*).

GR. **Hagenauer**: Weil ich vom Herrn Kollege Eichberger angesprochen wurde. Es ist natürlich die Koralmbahn schon ein bisschen ein anderes Kaliber. Der Vergleich hinkt also, die Koralmbahn ist äußerst, da sind wir uns aber, glaube ich, einig, äußerst bedeutungsvolles Projekt für die Steiermark, das ist einmal das Erste. Das Zweite, es ist nicht irgendetwas, was der Herr Kollege Grosz heute Abend da ihm eingefallen ist, sondern es ist in der Tat, Sie werden ja die Zeitungen lesen, die ganze Medienlandschaft der Republik in den letzten Tagen voll genau von diesen Geschichten. Der Hintergrund ist eben eine Studie, die also Realität ist und deren Ergebnisse auch gar nicht bestritten werden, deren Inhalt nicht bestritten werden, die Frage ist, was zieht man aus dieser Studie dann für Konsequenzen? Die Steiermark und die Stadt Graz befürchtet natürlich von da her nicht zu Unrecht, weil ausdrücklich davon die Rede ist in der Studie, dass Großprojekte verzögert werden sollen, später realisiert werden sollen, befürchtet völlig zu Recht, dass hier eben genau das Projekt der Koralmbahn also später oder verschoben wird, später realisiert wird. Ich Übrigen weiß es hier, glaube ich, in Graz und in der Steiermark auch jeder, dass das nicht der erste Versuch ist, dieses Projekt zu verzögern, und hier sich öffentlich gegen eine Verzögerung auszusprechen, ist einmal grundsätzlich durchaus zulässig. Dass es Schwierigkeiten gegeben hat immer wieder in jüngster Zeit, natürlich die Mittel aufzustellen für den Ausbau der ÖBB und dass diese Probleme in Zukunft noch eskalieren werden, das ist leider Realität. Das war der Grund jedenfalls für die Grünen, hier dem zuzustimmen. Mehr habe ich dazu nicht zu sagen. Danke (*Applaus Grüne*).

GR. **Grosz**: Hoher Gemeinderat! Selten bin ich mir mit dem Kollegen Hagenauer so einer Meinung wie jetzt, und er hat sehr vieles vorweg genommen. Ich glaube, wir sollten auch dieses Projekt jetzt nicht verparteiologisieren und überhaupt verpolitizieren. Faktum ist, Kollege Eichberger, vor drei Wochen, Kollege Hagenauer

hat es angesprochen, in mehreren Tageszeitungen wurde die Befürchtung geäußert, dass jene exakt genannten 594 Millionen Euro gekürzt beziehungsweise verschoben werden. Daraufhin, und ich weiß nicht, ob du diese Tageszeitungen verfolgt hast, es ist kein Tagtraum von mir, wurde das zwei Tage lang nicht dementiert. Am dritten Tage hat das via Austria Presse Agentur, wo du sicherlich als Doppelfunktionär auch beim AMS oder auch dein Kollege Haßler als hoher GKK-Funktionär und Gagenbezieher, und da könnte man jetzt die gesamte Suada herunterlassen über jeden anderen auch, also wer selbst im Glashaus sitzt, sollte nicht mit Steinen werfen, hat die Austria Presse Agentur vermeldet, dass Bundesministerin Doris Bures bestätigt, dass bis zum Jahr 2014 die besagten 594 Millionen Euro auf das Jahr 2018 verschoben werden. Kein Tagtraum des Herrn Grosz, kein Tagtraum und kein Lesefehler des Herrn Hagenauer und aller anderen Fraktionen, die heute diesen Beschluss hier fassen. Auch keine Fantasie, sondern ehrliche Sorge um den Wirtschaftsstandort bei einem Jahrhundertprojekt, wo eigentlich parteiübergreifend sehr viele Menschen dahinterstehen und ich möchte nicht wissen, wie wir uns in dieser Situation in der Steiermark, wie wir ausschauen würden, wenn wir in Zeiten der Wirtschaftskrise nicht gerade jetzt dieses Projekt haben, wo sich viele Regionen und Bezirke unseres Bundeslandes wie an einen Strohhalm klammern. Und ich wäre auch nicht so vorsichtig, wenn mir nicht die Aussagen einer gewissen Frau Schaubach noch im Gedächtnis wären, die vor zwei Jahren den sofortigen Stopp des Koralmtunnels und des Koralmbaus gefordert hatten und ich bin nicht von Verfolgswahn geplagt, wie offenbar du, lieber Klaus Eichberger, der da ständig eine parteipolitische Verschwörung gegen diese Frau Bures vermutet. Wenn ich nicht gewarnt wäre durch einen gewissen Herrn Kräuter, der dir bekannt sein sollte, dein Bundesgeschäftsführer, der vor einem Jahr gefordert hat, den Koralmtunnel sowie den Semmering-Basis-Tunnel einmal zu überdenken und die Mittel besser einzusetzen. Wer hier Häuptling doppelte Zunge ist hier in diesem Gemeinderat ist offenkundig, das bist du und deine Fraktion, die sehr wohl im Hintergrund daran zimmert, dass dieser Koralmtunnel, dass man dieses Projekt über die Klinge springen lässt und damit mehrere Arbeitslose. Und dass Ihr keinen Skrupel habt, wenn es um Arbeitslose geht, das sind wir ja eh gewohnt, spätestens seit dem Zeitpunkt wo hier am Standort Graz aus parteipolitischen und wirtschaftlichen Überlegungen durch eure Heuschreckenstiftung der Firmenstandort der Leykam wegradiert wurde und die Arbeitnehmer ins Ausland verlegt wurden. Und zur

Erinnerung, lieber Kollege Eichberger, Genosse Hannes Androsch, der seinen gesamten Wirtschaftsstandort mittlerweile nach Indien verlegt hat und dafür noch die höchsten Orden dieses Landes umgehängt bekommen hat, sollte dir doch auch in Erinnerung sein. Das heißt, kein Verfolgungswahn, sondern die Steiermark ist gewarnt, wenn der oberste politische Vertreter unseres Landes zu dieser bestätigten Meldung der Kürzung von Koralmittel bis dato nichts gesagt hat, bis dato herumlaviert, die Sozialdemokratie, und das stelle ich fest und alles andere ist die Unwahrheit, die Sozialdemokratie nicht hinter diesem Projekt steht, sondern alles daran setzt, dass dieses Projekt auch noch scheitert und zig-tausende Arbeitslose verursacht. Daher danke ich den Fraktionen der KPÖ, den Grünen, der Österreichischen Volkspartei, der freiheitlichen Partei sowie meiner eigenen Fraktion, dass wir hier überparteilich einen Standpunkt vertreten und klar zum Ausdruck bringen, wie wichtig uns dieses Projekt, der Wirtschaftsstandort und die Arbeitsplätze sind. Ich danke (*Applaus BZÖ*).

Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen.

12) Versagen des Landtages Steiermark im Rahmen der Bekämpfung der organisierten Bettlerkriminalität

GR. **Grosz** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Grosz**: Die Tatsachen sind bekannt, die Chronologie ist bekannt, wir diskutieren seit dem Jahr 2005. In der letzten Sitzung vor der Sommerpause hat sich dieser Gemeinderat noch einmal getroffen am 25.6. und eine Petition an den Landesgesetzgeber beschlossen, um ein Bettelverbot in Graz einrichten zu können. Diese Debatte ist offenbar auf Landtageebene im Keim erstickt, obwohl der Landtag jetzt in diesen heiligen Hallen tagt, hat sich dieses Thema offenbar versandet. Daher bin ich der Meinung, wir sollten die Kompetenz über ein Bettelverbot wieder in den Gemeinderat verlagern. Es gibt eine Mehrheit aus ÖVP, BZÖ und Freiheitlichen, die das bestimmen könnte im eigenen Verordnungswege, daher folgenden

dringlichen Antrag:

Der Gemeinderat der Stadt Graz wolle beschließen:

Nachdem der Landtag Steiermark nicht in der Lage ist, der Petition des Grazer Gemeinderates vom 25.6.2009 Folge zu leisten, wird folgerichtig der Bürgermeister der Stadt Graz dringend aufgefordert, unter Zuziehung von Verfassungsexperten eine rechtskonforme Regelung zum Verbot der Bettelei - zur Bekämpfung des Menschen- und Kinderhandels - im Stadtgebiet von Graz auszuarbeiten und diese bis zur ordentlichen Gemeinderatssitzung im Oktober 2009 dem Gemeinderat der Stadt Graz zur Beschlussfassung vorzulegen. Ich ersuche um Ihre Zustimmung (*Applaus BZÖ*).

GRin. **Potzinger**: Geschätzte Frau Vizebürgermeisterin, sehr geehrte Damen und Herren, lieber Herr Antragsteller! Ich darf mich ganz kurz beziehen, sehr geehrter Herr Antragsteller, ich wäre dankbar, wenn du mir zuhörst, auf die letzte Seite des Motivenberichtes, in dem es gravierende Mängel und unlogische Abfolgen gibt, es wird immer allgemeines Bettelverbot mit besonderen Fällen verwechselt. Ich weise noch einmal darauf hin, dass die Volkspartei niemals einem allgemeinen Bettelverbot zugestimmt hat, sondern Bettelverbot in bestimmten Fällen, vor allem, wo es um organisierte Kriminalität und um Kinderhandel geht. Offensichtlich, Herr Kollege Grosz, ist manchmal dein Schreibfinger schneller als logische Gedankengänge. Wir können deshalb diesem Antrag nicht zustimmen, er ist für uns weder dringlich noch sachlich begründet, da auf Landesebene intensiv am Thema gearbeitet wird (*Applaus ÖVP*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Die Vorsitzende erklärt, der dringliche Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.